



KDA

Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt

JOURNAL

Schwerpunkt

DEMOKRATIE

Ausgabe

#4

- 2** **Vorwort**
Gudrun Nolte-Wacker
- 4** **Trennende Mauern niederreißen:
Was Martin Luther mit Martin Luther King
zu tun hat**
Geleitwort von Bischöfin Kirsten Fehrs
- 6** **Viel Licht, viel Schatten: Demokratie als
Problem und Aufgabe der Kirche**
Dr. Stefan Atze
- 12** **Keine Angst vor Veränderungen:
Mit sozialer Demokratie Gesellschaft gestalten**
PD Dr. Ralf Ptak
- 18** **Von Bürgern, Demokraten und Idioten –
und was der Apostel Paulus dazu sagt**
Pastor Dr. Jürgen Kehnscherper
- 26** **Von der Werkstatt zur Wirkstatt**
Maike Hagemann-Schilling
- 30** **Viele Beteiligte, die auf gleicher
Augenhöhe kooperieren – so gelingt ein
»Mehr an Demokratie«**
Christian Peters
- 34** **Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern:
Wie auf Hass, Gewalt und Menschenverachtung
reagieren?**
Gastbeitrag von Pastor Klaus-Dieter Kaiser
- 40** **Zehn Thesen zu der Frage, was nun zu tun ist**
Zwischenruf von Prof. Dr. Harald Welzer
- 42** **»Die Lösungen liegen meist schon in den
Menschen«**
Franziska Wells im Gespräch mit Dr. Eric Wallis
- 44** **Demokratie in Unternehmen ist doch gut – oder?**
Monika Neht
- 52** **Mitbestimmung – Demokratie am Arbeitsplatz**
Gespräch mit Ina Morgenroth:
»Arbeit 4.0 braucht den Sozialstaat 4.0«
Heike Riemann
- 58** **»Demokratie im Handwerk hat Tradition
und Zukunft«**
Kerstin Albers-Joram im Gespräch mit Josef Katzer
- 62** **Luther und wir: Freiheit als Voraussetzung
der Demokratie**
Rüdiger Schmidt
- 66** **Alle Macht den Verbrauchern?**
Ulrich Ketelhodt
- 70** **Das KDA-Team**
- 72** **Impressum**

Liebe Leserinnen und Leser!

Mit dem Journal 2017 greifen wir das große Thema Demokratie auf. Als wir uns dafür entschieden, ahnten wir, wie wichtig es ist, darüber zu schreiben und Diskurse anzustoßen. Dass es so eine zentrale und elementare Bedeutung für unser Arbeiten und unser Leben bekommt, bewegt uns tief. Die Erfahrungen der Menschen von Ausgrenzung und mangelnder Teilhabe am gesellschaftlichen Leben führen zu Demokratieverlust. An dieser Stelle setzt sich der KDA mit seiner Stimme in Kirche und Zivilgesellschaft für den Diskurs und die konkrete Begleitung ein.

Nichts ist einfacher, als die Schuld für die aufziehende Krise der Demokratie bei denen zu suchen, die von der Krise profitieren – bei Trump, Le Pen, Putin, Petry oder Orban. Doch was genau ist in und mit der Demokratie passiert, dass ihr Vertrauen entzogen wurde?

Die Demokratie ist kostbar und sie ist die beste Form, die Zukunft zu gestalten. Aber es ist mühsam und braucht einen langen Atem, wenn wir Demokratie als Marktplatz der Meinungen, Alternativen und auch der Gegenstimmen begreifen. Ja, die Demokratie benötigt die Opposition, denn keiner hat einen Alleinvertretungsanspruch auf seine Meinung. Die Regeln und Gesetze in der Demokratie gelten für alle Menschen und alle können sich beteiligen. Was aber fordert die Demokratie heute heraus? Welchen Grund gibt es heute, sich für das demokratische System zu engagieren?

Es scheint, dass sich die Demokratie und damit viele Versprechen für ein zukunftssicheres und stabiles System so stark verändern, dass es die Menschen verunsichert. Denn Demokratie heißt nicht mehr automatisch Wohlstand und Wachstum; manche fühlen sich durch politische Repräsentant*innen nicht mehr wirklich vertreten und gewählte Abgeordnete haben oft nicht mehr die Wahl bei ihren

Entscheidungen, weil politischer wie finanzieller Spielraum zum Beispiel durch internationale Bindungen gesteuert wird.

Mit diesem Journal wollen wir Mut machen für die Demokratie: mit Argumenten, Meinungen, Stellungnahmen, Einblicken in die Arbeitswelt. Und mit einem roten Faden: Demokratie ist wertvoll!

Ganz besonders freuen wir uns über zwei Gastbeiträge: Prof. Dr. Harald Welzer gibt uns mit seinem Zwischenruf zehn Thesen mit auf den Weg, was nun zu tun ist. Akademie-Direktor Klaus-Dieter Kaiser stellt die Verhältnisse in Mecklenburg-Vorpommern vor und geht der Frage nach, wie man auf Hass, Gewalt und Menschenverachtung reagieren kann.

Zu dem Themenkreis gehören auch das Interview mit Dr. Eric Wallis, der eines der Regionalzentren für demokratische Kultur leitet, und der Beitrag über Erfahrungen vor Ort mit neuen demokratischen Ansätzen in Mecklenburg-Vorpommern.

Drei Texte widmen sich grundsätzlichen Betrachtungen. Wenn es um Kirche und Demokratie geht, ist da »Viel Licht, viel Schatten«, wie der erste Beitrag darlegt. Der zweite skizziert, wie sich mit einer sozialen und partizipatorischen Demokratie unter dem Primat der Politik die Gesellschaft im 21. Jahrhundert gestalten lässt – auch als Chance gegen den Rechtspopulismus. Für neue Instrumente der Beteiligung plädiert ebenso der dritte Beitrag, der einen Bogen schlägt von der aktuellen Ungleichheit der Vermögensverteilung zur Polis-Demokratie im antiken Athen und dem Apostel Paulus.

Dass mehr Unternehmen inzwischen auf Selbstbestimmung und Kooperation der Mitarbeitenden setzen, lässt uns

fragen: »Demokratie in Unternehmen ist doch gut – oder?« Denn was bedeutet die »neue« Demokratie in Firmen eigentlich für die verfasste Mitbestimmung? Sie hat sich ja seit Jahrzehnten bewährt und macht den bundesdeutschen Sozialstaat mit aus, wie ein weiterer Beitrag zeigt – ergänzt durch ein Interview über Mitbestimmung praktisch und den »Sozialstaat 4.0« aus Gewerkschaftssicht.

Im Gespräch mit dem Präsidenten der Handwerkskammer Hamburg, Josef Katzer, wird deutlich, was Demokratie im Handwerk bedeutet, nämlich Tradition und Zukunft. Außerdem nehmen wir Sie mit zum Besuch in einer besonderen »Wirkstatt«: Im Rahmen eines EU-Projekts fördert der KDA die Teilhabe von Menschen, die schon lange erwerbslos sind. Und wie sieht es mit der Demokratie »am Ladentisch« aus? Entscheiden Verbraucher*innen durch ihren Einkauf tatsächlich darüber, was auf welche Weise hergestellt wird? In der Theorie schon – aber in der Praxis ist das nicht so einfach.

Im Jahr des Reformationsjubiläums darf Luther nicht fehlen. Im Beitrag »Luther und wir« blicken wir auf einen Kern der Demokratie: die Freiheit.

Für das geistliche Geleit von Bischöfin Kirsten Fehrs mit ihrem bewegenden und vom Freiheitsgeist inspirierten Text sind wir sehr dankbar.

Der KDA setzt mit den Themen seines jährlichen Journals immer wieder Zeichen, von der Region (2014) zur Gerechtigkeit (2015), zum Mut (2016) und hin zur Demokratie im vorliegenden Heft. Wir werden mit unserer Arbeit in Kirche, Wirtschaft und Gesellschaft die demokratische Teilhabe weiter stärken und etablieren. Mit Veranstaltungen, Diskursen,



Gesprächen und Begegnungen möchten wir die Menschen auch mit der Frage konfrontieren: Welches Land wollen wir sein? Zum Beispiel wirft die Digitalisierung der Arbeitswelt für den KDA die Frage auf: Führt sie zu mehr Demokratie oder wird möglicherweise Demokratie verhindert?

Wenn wir wollen, dass etwas bleibt – und das gilt auch für die Demokratie –, dann müssen wir den Mut zur Veränderung haben. Deshalb laden wir Sie ein, sich auf Veränderung und neue Perspektiven einzulassen, im Sinne der Jahreslosung 2017: *Gott spricht: Ich schenke euch ein neues Herz und lege einen neuen Geist in euch (Hesekiel 36, 26).*

Wir brauchen diesen neuen Geist und wir freuen uns auf viele Debatten und starke Stimmen!

Eine anregende Lektüre wünscht der KDA,

Ihre

*Gudrun Nolte-Wacker
Leiterin des KDA in der Nordkirche*

Trennende Mauern niederreißen: Was Martin Luther mit Martin Luther King zu tun hat



**Geleitwort von Kirsten Fehrs,
Bischöfin im Sprengel Hamburg und Lübeck**

Als evangelische Kirche haben wir uns einiges vorgenommen für dieses Jahr 2017. 500 Jahre Reformation, es gibt Grund zu feiern – und nachzudenken. Es geht um eine kritische und zugleich selbstbewusste Auseinandersetzung mit einer Bewegung, die theologische, kulturelle und politische Veränderungen in Gang setzte. Eine progressive Bewegung, die sich modern am ehesten in dem Begriff »Freiheit« auf den Punkt bringen lässt. Wie weltumspannend sie ist, das wurde mir jüngst deutlich beim Blick auf die gegenwärtigen Veränderungen in den USA.

Dort wurde am Anfang dieses Jahres ein neuer Präsident eingeführt, der in vielem mit dem bricht, was wir unter Freiheit verstehen. Er will eine Mauer bauen als Bollwerk der Abschottung. Er will die USA enorm aufrüsten und zugleich Umwelt- und Sozialprogramme zusammenstreichen. Vor allem aber beunruhigt er durch seine fortwährenden Angriffe auf die freie Presse, die viel von Wut und von dem Gestus apodiktischer Macht ausstrahlen und wenig von Werten.

Hunderttausende gehen in den USA auf die Straße, um gegen diese Politik zu protestieren. Nicht wenige berufen sich dabei auf einen Mann, der in den USA viel bekannter ist als Martin Luther: Sein Name ist Martin Luther King.

Ich habe erst kürzlich von der besonderen Beziehung zwischen ihm und unserem Land erfahren. Gerade mal fünf Jahre alt war der kleine Michael King, als sein Vater, der auch

Michael King hieß und ein Baptistenpastor war, ihn mitnahm zu einem Baptistenkongress nach Deutschland, 1934 war das. Nach dieser Reise änderte Michael King senior seinen Namen und den seines Sohnes in Martin Luther King. Es heißt, dass Vater King so stark beeindruckt war von Martin Luthers Leben und Werk, dass er sich von seinem Namen, aber auch in seiner Haltung an ihn gebunden hat. Eine Haltung des Mutes. Und der Freiheit. Und ich musste sofort daran denken, dass ja auch Luther selbst strenggenommen seinen Namen geändert hat. Von »Martin Luder« in »Martin Luther«, abgeleitet von griechisch »E-leutherios« – »der Freie« oder »der Befreite«. Darum ging's: die Freiheit eines Christenmenschen!

Genau 30 Jahre später kam der inzwischen berühmte Martin Luther King Jr. erneut nach Berlin. Die Zeiten hatten sich geändert. Die Stadt war geteilt, eingeladen hatte ihn Willy Brandt, damals Regierender Bürgermeister, schon 1961. Doch zu dieser Hoch-Zeit der Rassenunruhen in den USA wollte King seine Heimat lieber nicht verlassen. Erst im September 1964 kam er und sprach zunächst in der Waldbühne in West-Berlin, vor 20.000 Menschen. Er begeisterte sie mit den Worten: »Überall, wo Menschen trennende Mauern niederreißen, erfüllt Christus seine Verheißung. In diesem Glauben werden wir gemeinsam für die Freiheit aufstehen in der Gewissheit, dass wir eines Tages frei sein werden.« Am Abend dann wollte er auch in Ostberlin predigen. Kurz zuvor hatten DDR-Grenzer einen Flüchtling erschossen. Aus Furcht vor Spannungen riet die US-Stadtkommandantur ihm dringend ab – vorsichtshalber behielt sie gleich seinen Pass



Der US-amerikanische Bürgerrechtler Martin Luther King bei seinem Besuch in West-Berlin. Am 12. 9. 1964 besichtigte er mit dem Direktor des Berliner Informationszentrums, Werner Steltzer, die Mauer in der Bernauer Straße.

ein. King wäre vermutlich nicht King gewesen, wenn er sich daran gehalten hätte. Er fuhr einfach ohne Pass zum Checkpoint Charly und zeigte dort seine Kreditkarte vor. Die DDR-Grenzer akzeptierten, hielten sie ihn doch irgendwie auch für einen Verbündeten. Wenn die gewusst hätten ... Denn am Abend predigte Martin Luther King in der Marienkirche, 3.000 Menschen waren gekommen, viel mehr, als in die Kirche hineinpassten. King sprach über den gewaltlosen Kampf für die Freiheit. Der Kirchenchor sang das alte Spiritual »Go Down, Moses« – und als es immer wieder hieß: »Let My People Go«, hatte jeder verstanden, was gemeint war. Noch heute sagen Menschen, die dabei waren: Die Erinnerung an diesen Moment habe ihnen 1989 Mut gegeben.

Zwei Ereignisse, eine Geschichte vom Geben und Nehmen: Als Fünfjähriger nahm der kleine Michael King etwas aus Deutschland mit, den großen Namen Martin Luther. Als 35-Jähriger brachte er etwas nach Deutschland zurück. Hoffnung. Einen Traum: trennende Mauern niederzureißen. Und es dauerte nur 25 Jahre, bis diese Vision Wirklichkeit wurde.

Doch die Verwirklichung eines anderen Traums steht noch aus. King hat ihn in seiner berühmten Rede 1963 formuliert: »Ich habe einen Traum, dass meine vier kleinen Kinder eines Tages in einer Nation leben werden, in der sie nicht wegen der Farbe ihrer Haut, sondern nach dem Wesen ihres Charakters beurteilt werden.«

Gerade wenn man diesen Satz Martin Luther Kings liest und hört, könnte man denken: Wie traurig, dass das nach über 50 Jahren immer noch nicht verwirklicht ist. Weder in

den USA noch hier bei uns. Denn noch immer durchziehen Spaltungen unsere Gesellschaft, noch immer spielen Hautfarbe und Herkunft eine viel zu große Rolle. Noch immer wird viel zu oft gefragt: »Wo kommst du eigentlich her?« statt: »Wo wollen wir eigentlich gemeinsam hin?«

Und dann denke ich: Hey, schau dich um! Nicht nur ich, viele Menschen haben immer noch diesen Traum. Diesseits und jenseits des Atlantiks, auch in Russland, der Türkei, selbst in Syrien und im Irak träumen Menschen von einer freien und friedlichen Zukunft. Und wer sagt eigentlich, dass das ein Traum bleiben muss? Und so zähle ich auf uns und unsere Träume. Ich zähle auf unseren Mut, unsere Liebe zum Nächsten. Und ich zähle auf unsere Sehnsucht nach Gerechtigkeit.

Gerade in unserer Zeit ist jedes Signal, sich verbinden zu wollen, so enorm wichtig. Angesichts all der Trennungen und Spaltungen in so vielen Ländern.

Gerade jetzt braucht es deshalb Signale der Freundschaft. Es braucht die Solidarität der Hoffenden über Grenzen hinweg. Und vor allem braucht es die Erinnerung. An Menschen wie Martin Luther. Oder Martin Luther King. Wir stehen nicht allein, und wir beginnen nicht bei null. Wir sind ein Teil dieser weltweiten Gemeinschaft derjenigen, die sich nicht entmutigen lassen, sondern die dem nachfolgen, der die Gerechtigkeit Gottes lebt: Jesus Christus der Friedefürst, der uns immer wieder die Hand reicht.

Viel Licht, viel Schatten: Demokratie als Problem und Aufgabe der Kirche

Welche Werte tragen die Demokratie und befähigen Menschen, demokratisch zu handeln? Eine höchst aktuelle Frage, die auch die Kirchen angeht. Wobei der historische Rückblick zeigt: Die protestantische Kirche selbst hat sich mit der Bejahung der Demokratie schwergetan. Was heute beim Thema Demokratie aus christlich-kirchlicher Perspektive wichtig ist, umreißen sieben »Denkanstöße«.

Von Dr. Stefan Atze

»Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.«¹ Es gibt kaum eine Veranstaltung oder Publikation zum Thema Kirche und Demokratie, in der dieses Zitat nicht fällt. Man wartet förmlich darauf, wann und wie oft dieser Satz und der Name seines Schöpfers – des Staatsrechtlers Ernst-Wolfgang Böckenförde – zumeist als Phrase fallen.

Hinter diesem Satz steht die Überlegung, dass in einer Demokratie die Legitimierung der Herrschaft von den Bürgerinnen und Bürgern ausgeht. Und eben dabei ist der demokratische Staat auf die verinnerlichte demokratische Haltung der Gesellschaft angewiesen. Der demokratische Staat könnte Demokratie nicht erzwingen, das wäre undemokratisch und gegen die Freiheit gerichtet. Für Böckenförde bedarf die Demokratie einer »moralischen Substanz« oder »Wertebasis« in der Gesellschaft, welche Demokratie erst möglich macht.

Wo das Mantra von dem Bedürfnis des demokratischen Staates ertönt, da sind für gewöhnlich die Kirchen nicht weit. So sehen die beiden großen Kirchen in Deutschland ihren gemeinsamen öffentlichen Auftrag darin, dass sie selbst keine Politik betreiben, aber »Politik möglich machen wollen«.² Dies ist keine Anmaßung, sondern Verantwortung aus dem jeweiligen Selbstverständnis heraus. Die Verantwortung der Religionen für eine sich immer wieder erneuernde Grund-



legung des demokratischen Staats erfolgt aus einem bestehenden moralischen Fundus heraus sowie durch ethische Traditionen und Diskursmöglichkeiten. So hat etwa die katholische Soziallehre wesentlich zum Wertegerüst hinter dem Grundgesetz der Bundesrepublik beigetragen, wie auch die evangelische Kirche nach 1945 mit ihren Akademien wichtige Diskursräume für eine Annäherung an die damals noch »neue« Staatsform Demokratie bereitgestellt hat.

Demokratie ist heute nicht nur Herrschaftsform, sondern auch Lebensstil und der Kitt gesellschaftlichen Zusammenhalts. Aber gerade in unserer Zeit wird deutlich, dass diese demokratische Kultur vor großen Herausforderungen steht: Populismus, schnelle Antworten auf komplexe Fragen, Ablehnung von Fakten in Diskursen, Verunglimpfungen (von »Lügenpresse« bis »Gutmenschentum«) sowie die eindimensionale Suche nach Identität in einem unübersichtlichen Umfeld. Die Sorge um das Bestehende und Angst vor

der Zukunft führen bei vielen dazu, die Werte der Demokratie auszublenden. Für ein größeres Bild dazu müssen wir nicht erst über den Atlantik schauen, bereits in unseren europäischen Nachbarstaaten sehen wir, dass sich Demokratie neu bewähren muss.

Die Frage nach dem Wertegerüst, das Demokratie trägt und Menschen befähigt, demokratisch zu handeln, ist also höchst aktuell. Die Feststellung, dass die freiheitliche Demokratie besonderer Voraussetzungen bedarf, sollte aber nicht missverstanden werden. Der Bestand der Demokratie hängt nicht exklusiv von den Kirchen und ihrer Moral ab. Religion ist hier nur *ein* Medium, in dem eine entsprechende Wertebasis und ethische Tradition gepflegt werden.³

An dieser Stelle bedarf es einer wichtigen Klarstellung. Das anfangs erwähnte Böckenförde-Wort stammt aus dem Jahr 1967 und ist in erster Linie an ein katholisches Publikum gerichtet gewesen. Es ist zu vermuten, dass vor 50 Jahren

¹ Böckenförde, E.-W. (1976): Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation (1967), in: ders.: Staat, Gesellschaft, Freiheit, Frankfurt/M., S. 42–64, hier: S. 60.

² Vgl. Rat der EKD/Deutsche Bischofskonferenz (1997): Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Gemeinsames Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland, epd-Dokumentation 11/97, S. 3.

³ Versuche, sich über eine Wertebasis in der Demokratie zu verständigen, sind z. B. unter den Stichwörtern »Grundwertedebatte« oder »Zivilreligion« bekannt.

eine solche Behauptung vor einem protestantischen Publikum eher undenkbar gewesen wäre. Auch wenn heute die evangelische Kirche gern mit der Demokratie auf Augenhöhe gesehen wird, hat der Protestantismus lange mit der Demokratie gehadert. Eine formale Anerkennung der Demokratie durch die EKD gab es erst 1985.⁴ Daher ist es nötig, einen kurzen Blick auf den langen und schweren Weg der protestantischen Kirche zur Demokratie zu werfen. Erst dann kann das Verhältnis von Kirche und Demokratie verantwortungsvoll entfaltet werden.

Kirche und Demokratie – ein langer Weg

Ob Absolutismus, Feudalismus oder Pornokratie, die Herrschaft der Papst-Mätressen im Mittelalter: In ihrer fast 2000-jährigen Geschichte hat die – anfangs noch geeinte – Kirche unter vielen Regierungsformen bestanden. Die jeweils gültige Herrschaftsform wurde als Teil der göttlichen Ordnung nicht hinterfragt – ebenso nicht der Herrscher von »Gottes Gnaden«. Die lutherische Kirche hat diesen Weg zunächst verfestigt. Zwar hat die Reformation einen demokratischen Aufbruch nach innen vorbereitet, wie die Proklamation des Priestertums aller Gläubigen oder synodale bzw. presbyteriale Kirchenverfassungen im calvinistischen und angelsächsischen Raum. Jedoch haben gerade die lutherischen Landeskirchen das Bündnis von »Thron und Altar« bis zum Ende des Ersten Weltkriegs fast durchgängig hochgehalten und ihm lange noch nachgetrauert. – Demokratie und Mitbestimmung? Kaum eine Spur. – Einzig denkbare »Role Model« herrschaftlicher Souveränität war der Monarch. Im Gegensatz dazu hatten sich die katholischen Bürger schon Mitte des 19. Jahrhunderts selbstbewusst parteipolitisch organisiert. Typisch lutherisch ist für lange Zeit die vorbehaltlose Unterstützung eines möglichst starken Macht- und Obrigkeitsstaates mit Fürst, König oder Kaiser als Souverän. Davon sowie von einer ständischen Gesellschaftsordnung und einem landesherrlichen Kirchenregiment, also der Einheit von Staat und Kirche mit dem Herrscher als oberstem Bischof, ist die Ethik des Politischen im Luthertum bis 1918 bestimmt.

Martin Luther hat selbst keine explizite politische Ethik verfasst. Diese beruht vielmehr auf einer nachträglichen Rekonstruktion. Als »Zwei-Regimenter-Lehre« bekannt, war diese aber umso wirkmächtiger.⁵ Kurz zusammengefasst: Gott regiert die Menschen durch die weltliche Obrigkeit mit

dem *Schwert* und durch die Kirche mit dem *Wort*. Der weltliche Herrscher ist von Gott eingesetzt. Mitbestimmung der Bürger? Undenkbar. Eine innerkirchliche Auseinandersetzung mit der politischen Ethik gab es dann hauptsächlich erst in Umbruchzeiten, im Zusammenhang mit der Revolutionsstimmung um 1848 und den sozialen Spannungen im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts.

Betont wurde dabei von theologischer Seite fast durchgängig die grundsätzliche Gleichwertigkeit aller möglichen Staatsformen. Es wurde weiter die bestehende Herrschaftsform bejaht. Zu einem Bruch mit dieser Haltung kam es erst mit dem Beginn einer parlamentarischen Demokratie in Deutschland. Die Weimarer Republik ist mit ihrer Verfassung und Rechtsordnung vonseiten der lutherischen Kirche größtenteils abgelehnt worden. Kirchenvertreter haben damit maßgeblich zur Delegitimierung und Destabilisierung der Weimarer Republik und einer demokratischen Ordnung beigetragen.

An dieser Stelle verfinstert sich die Geschichte des Verhältnisses von Luthertum und Demokratie. Einflussreiche konservative lutherische Theologen versuchen sich nach 1918 an einem Gegenentwurf zur langsam aufkeimenden parlamentarischen Demokratie. Der Staat als »Machtorgan« Gottes, so die Meinung, würde abgelöst durch die selbsternannte *Herrschaft des Pöbels*, der sich selbst als mitbestimmender Staatsbürger sieht. – Der »Sünde« ist dabei Tor und Tür geöffnet, denn nach damaliger Auffassung soll die Obrigkeit durch Rechtssetzung und die Durchsetzung der Rechtsordnung doch gerade den sündigen Bürgern Einhalt gebieten.

Exemplarisch für diese theologische Strömung sei an Emanuel Hirsch (1888–1972) erinnert, der ganz auf dieser Linie lag. Freiheitliche Demokratie löse bestehende Gesellschaftsstrukturen auf und höhle den Menschen von innen aus, vermarkte sein Inneres und führe zur Atomisierung der Gesellschaft. Alternativ setzte Hirsch den Volkswillen und die völkisch-deutsche Identität an die Stelle, die den Staat trägt. Die intellektuelle Vorbereitung der Haltung weiter Teile der Kirche im Dritten Reich ist hier eindeutig, so wurde der Führerstaat als sachlogische Folge begrüßt.

Nach 1945 tat sich die lutherische Ethik weiter schwer mit dem neuen demokratischen Staat der Bundesrepublik. Bis in die 1970er-Jahre wurde weniger auf die Möglichkeiten und Chancen der Demokratie hingewiesen als auf ihre Schwächen und Gefahren.⁶ Theologische Vorbereiter einer

⁵ Vgl. Scheliha, A. von (2013): Protestantische Ethik des Politischen, Tübingen, S. 11–218.

freiheitlich-demokratischen Haltung, wie die Vertreter der Bekennenden Kirche um Dietrich Bonhoeffer, wurden in dieser Zeit oft noch kritisch gesehen. Bonhoeffer hatte sich in seiner »Ethik« deutlich für eine politische Verantwortung der Kirche ausgesprochen. Es kann als Weckruf und neue Aufgabe

Dietrich Bonhoeffer: »Es gehört zum Wächteramt der Kirche, Sünde Sünde zu nennen«

der Kirche in einer demokratischen Ordnung verstanden werden, wenn Bonhoeffer sagt: »Es gehört zum Wächteramt der Kirche, Sünde Sünde zu nennen und die Menschen vor Sünde zu warnen.«⁷ Dieser und andere »Lichtblicke« in der protestantischen Theologie setzten sich langsam durch.

»Die Demokratie ist keine christliche Staatsform, aber ...«

Dass die Kirche sich zum demokratischen Verfassungs- und Rechtsstaat bekennt und sich selbst als eine Stimme im demokratischen Diskurs sieht, steht heute am Endpunkt dieser Entwicklungsgeschichte. Neben der gewachsenen Erkenntnis, dass die Demokratie eine beständige und belastbare Herrschaftsform ist, bedurfte es nicht zuletzt auch des Engagements engagierter Christ*innen in Gemeinden, Synoden und Kirchentagen, um eben diese Einsicht durchzusetzen. So hat sich schließlich 40 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) in ihrer Denkschrift »Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie« zur Demokratie bekannt. »Als evangelische Christen stimmen wir der Demokratie als einer Verfassungsform zu, die die unantastbare Würde der Person als Grundlage anerkennt und achtet«, hält das Dokument fest. Die Demokratie ist zwar »keine ›christliche Staatsform‹«, aber – so heißt es weiter – »die positive Beziehung von Christen zum demokratischen Staat ist mehr als äußerlicher Natur«.⁸ Es besteht dabei eine unmittelbare Verbindung mit dem christlichen Glauben. So begründet die EKD in ihrem Bekenntnis zur Demokratie ihre Haltung in erster Linie mit der Deckungsgleichheit höherer Ziele. Beispielsweise ist mit dem besonderen Schutz der Menschenwürde in der freiheitlich-demokratischen Grundordnung die biblische Lehre von der Gottesebenbildlichkeit des Menschen bestmöglich realisiert

⁶ Vgl. a. a. O., S. 273 ff. – Dennoch gab es, abgesehen von dieser kirchlich-theologischen Mehrheitsmeinung, in vielen Kirchengemeinden und evangelischen Akademien in dieser Zeit Diskurs- und Bildungsräume für eine demokratische Kultur.

⁷ Bonhoeffer, D. (1975): Ethik, 3. Aufl., München, S. 373.

⁸ EKD (1985): Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie, Gütersloh, S. 14.

und abgesichert. Daran schließen sich unmittelbar weitere gemeinsame »Ziele« von Staat und Kirche an: Anerkennung der Freiheit und Gleichheit, politische und soziale Gerechtigkeit. Demokratie meint in dieser Deutung mehr als die bloße Regierungsform. Demokratie und *Gemeinwohl* bedingen sich wechselseitig.

Der demokratische Weg politischer Entscheidungsfindung wird dabei mit seinen Stärken betont. Demokratie führt unterschiedliche Interessen zusammen und ermöglicht das Leben in einer pluralistischen Gesellschaft. Es gehört zur Aufgabe von Christ*innen, sich aktiv am demokratischen Geschehen zu beteiligen. Hier hebt die Schrift insbesondere nicht nur das (partei-)politische Engagement hervor, sondern betont auch, wenn nötig, den zivilen Ungehorsam und den Widerstand. Demokratie ist aber kein abgeschlossenes Projekt, sondern eine stete Herausforderung. Kirche und ihre Mitglieder sind zu »kritischer Solidarität« aufgefordert, um das Bestehen der Demokratie zu gewährleisten und sie weiter zu verbessern.⁹

Kritische Solidarität mit der Demokratie – was heißt das für kirchliches Handeln?

Demokratie zu bewahren und weiterzuentwickeln ist eine Herausforderung. Einerseits ist kritische Solidarität Aufgabe jedes christlichen Bürgers. Andererseits hat die Kirche ein Wächteramt über die Sphäre des Politischen. Diese Funktion der Kirche lässt sich auch biblisch begründen: mit dem Versöhnungsauftrag an uns alle, »Botschafter an Christi statt« zu sein (2 Kor 5, 20). Aktuell gibt es verschiedene Dimensionen und Handlungsstränge, an denen Demokratie zum Thema christlichen und kirchlichen Handelns wird. Dazu einige Denkanstöße zu aktuellen Fragen der Demokratie aus kirchlicher Perspektive:

Wahrung demokratischer Grundwerte! Im Anschluss an das anfangs zitierte Wort von Böckenförde bedarf die freiheitliche Demokratie einer Wertebasis, von der her sie sich begründet weiß. So ist der Ruf nach Werten und einer Sicherung der Werteordnung des Grundgesetzes aktuell auch vielerorts zu hören. Doch in den öffentlichen Debatten wird diese Frage meistens oberflächlich und beliebig behandelt. Werte werden zu einer politischen Phrase, die Forderung nach ihnen bleibt eine leere Worthülle. Erst wenn Werte konkret benannt werden und sich daraus Formen politischen

⁹ Es muss für ein Gesamtbild aber auf zweierlei hingewiesen werden: Einerseits gab es damals in den Kirchen der DDR – aus den unmittelbaren Erfahrungen begründet – Einwände, eine Staatsform theologisch zu bevorzugen. Zum anderen waren die Kirchen der DDR und ihre Gemeinden aber auch Schutzräume demokratischer Opposition.

Handelns ableiten lassen, ist unserer Demokratie gedient. Das heißt, sinnvoll und glaubwürdig ist die Rede von demokratischen Werten erst dann, wenn wir konkret über Freiheit, Solidarität und Toleranz etc. sprechen. Wenn pauschal »die Werte der abendländischen Kultur« propagiert werden oder Werte losgelöst von der gesellschaftlichen und politischen Realität Anwendung finden sollen (»post-faktisch«), ist dies noch längst keine Wertedebatte. Die Werte der freiheitlichen Demokratie müssen aktiv und konkret gepflegt werden. Hier haben wir als Kirche eine Aufgabe, denn wir haben eine gepflegte Tradition, diese Werte konkret zu benennen und zu reflektieren.

Demokratie ermöglichen! Wie oben bereits erwähnt, will und kann Kirche »Politik möglich machen«. Dazu gehört nicht nur, Werte inhaltlich zu vermitteln. Kirche selbst ist mit ihren Gemeinden, Diensten usw. *Ort demokratischer Kultur*. Sie leistet einen Beitrag zur *Pflege* demokratischen Denkens. Es ist unsere Aufgabe, zu demokratischem Austausch zu ermutigen, ihn zu ermöglichen und weiterzuentwickeln. Es gilt, verschiedenen Standpunkten Stimme und Achtung zu

Kirche selbst ist mit ihren Gemeinden und Diensten ein Ort demokratischer Kultur.

verschaffen, kritische Toleranz zu üben und den Sprachlosen zu helfen, sich zu äußern. Dafür schafft Kirche *Begegnungs- und Diskursräume*. Kirche hat die Möglichkeit, öffentliche, aber geschützte Räume der Kommunikation bereitzustellen. Wir wollen Menschen, auch und gerade als Kontrahenten mit divergierenden Ansichten oder Interessen ermutigen, Konflikte nicht als Bedrohung wahrzunehmen. Vielmehr sollen sie befähigt werden, Konflikte als Ausdruck der Aushandlung unterschiedlicher, legitimer Interessen zu verstehen und damit als Chance zur Entwicklung anzunehmen.

Öffentliche Theologie! Kirchliche Beiträge zur politischen Diskussion werden für gewöhnlich als »politische Theologie« bezeichnet. Doch dieser Anspruch wird heute immer mehr in Frage gestellt und muss sich rechtfertigen. Gegen ein selbstverständliches politisches Auftreten sprechen ein wachsender gesellschaftlicher Pluralismus, ein sinkender Repräsentanzanspruch der Kirche durch Mitgliederschwund

und sinkende Anschlussfähigkeit kirchlicher Sprachformen. Gerade theologische Begriffe wie »Gottesebenbildlichkeit« oder das christliche Verständnis von Gerechtigkeit bedürfen heute einer Übersetzung.¹⁰ Das heißt, Kirche muss sich heute zunächst ihren öffentlichen Auftrag bewusst machen, um sich authentisch an Diskursen zu beteiligen. Der Anspruch der Kirche, mit einer öffentlichen Theologie »Salz der Erde« und »Licht der Welt« zu sein (Mt 5), muss heute immer auch begründet werden und anschlussfähig sein. In einem kirchlichen Prozess bedarf es ferner einer kritischen Klärung, in welchen politischen Fragen sich eine öffentliche Theologie zu Wort melden kann bzw. welche Grenzen es an der Beteiligung am (politischen) demokratischen Geschehen gibt.

Aus der Geschichte lernen! Aus der nachgezeichneten problematischen Geschichte von Protestantismus und Demokratie lassen sich wichtige Schlüsse ziehen. Demokratie muss kultiviert und entwickelt werden, denn es gibt mächtige Alternativen zu ihr, die auf schlüssigen und eingängigen Argumenten beruhen. Der Blick in die Weimarer Republik gibt eine Ahnung, wie in Zeiten der Orientierungslosigkeit und des Umbruchs ganz andere Werte plausibel erscheinen können. Die Suche nach Identität lässt den Blick auf dem »Volk« verharren. *Die Stimme des Volkes* unterstellt eine vermeintliche Einheitlichkeit, die jedoch andere Positionen als Minderheitsmeinungen ausblendet. Die Gefahr besteht u. a. darin, dass Populismus Demokratie aushöhlt. Geschichtlich sind seit der Antike *vox populi, vox Dei* – die Stimme des Volkes und die Stimme Gottes – als untrennbare Verbindung gesehen worden. Allein daraus leitet sich eine theologische Verantwortung ab, die konkret in der Verpflichtung kirchlichen Handelns mündet, blinden Appellen »des Volkes« und verkürzten Forderungen eines vermeintlichen Gemeinwohls zu begegnen und diese kritisch zu hinterfragen sowie bei ihrer Bewertung klare Wertemaßstäbe anzuwenden.

Auch die Schattenseite der lutherischen Demokratiegeschichte muss zur Sprache kommen.

Und schließlich heißt historische Verantwortung auch, dass die problematische Geschichte von lutherischer Tradition und Demokratie nicht unberücksichtigt bleibt. Bei der Betonung von »Demokratie« und »demokratischen Werten«

¹⁰ Vgl. Vetter, M. (2017): Salz der Erde, Licht der Welt, in: Deutsches Pfarrerblatt, Heft 1, S. 9–13.

in kirchlichem Handeln und öffentlicher Theologie sollte auch über diese Seite Rechenschaft abgelegt werden. Unsere biblische und reformatorische Tradition darf nicht vorschnell zum Paten für Demokratie und demokratisches Verhalten erklärt werden. Wir bleiben da als Kirche authentisch und glaubwürdig, wo in unseren Ausführungen zur Demokratie auch die Schattenseite der lutherischen Demokratiegeschichte verantwortlich zur Sprache gebracht wird.

Ein demokratisch geeintes Europa! Der Integrationsprozess für ein geeintes demokratisches Europa steht vor neuen Herausforderungen. Ob EU oder Eurozone, die Rückkehr in eine europäische Nationalstaatlichkeit scheint heute – jedenfalls in Teilen – nicht ausgeschlossen. Eine wichtige Rolle für die Vereinigung Europas spielen, ähnlich wie für die lokale freiheitliche Demokratie, die konkreten Wertetraditionen der Kirchen. Ein wichtiger Schritt zur Einheit Europas ist die Gründung der »Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa«. Ähnlich wie von der EKD erst 1985 die Demokratie legitimiert wurde, wurde auch erst im Jahr 1973 mit der Leuenberger Konkordie die gegenseitige Lehrverurteilung unter den reformatorischen Kirchen aufgehoben. Seitdem befinden sich diese in einem regen Austausch auf europäischer Ebene. Gelänge es, einen Dialog der Religionen zu etablieren und ggf. mit dem katholischen Konzept einer europäischen »Neuevangelisation« kritisch zu verbinden, wäre dies die Möglichkeit einer geistig-moralischen Basis für eine Verständigung der Menschen und Nationen in einem pluralen Europa.

Demokratie in der digitalen Kultur wahren! Der digitale Wandel ist aktuell nicht nur in aller Munde, sondern durchdringt und verändert tatsächlich alle Lebensbereiche. Die Debatte darum wird leider bisher oft zu eingeschränkt geführt. Entweder geht es – zumeist isoliert – um Arbeit und Fertigung (Industrie/Arbeit 4.0), Soziale Medien oder Datenschutz. Ob Roboter in der Pflege, selbstfahrende Autos, künstliche Intelligenz etc.: Neue Technologien werden unsere Lebenswelt ganz neu strukturieren. Diese neuen Möglichkeiten bedeuten aber auch Entgrenzung und bergen Gefahren für unser Zusammenleben. Es bedarf neuer Regeln, angepasster Institutionen und neuer Chancen zur Autonomie und Teilhabe.

Es stehen wichtige Fragen im Raum, die auch für die Demokratie von Relevanz sind. Welchen Wert hat der Mensch in einer alles durchdringenden digitalen Kultur, wenn Den-

ken, Handeln und Willensentscheidungen berechenbar sind und vielleicht besser und schneller von digitalen Systemen übernommen werden können? Was, wenn Mitbestimmung und Meinungsäußerung – kurz: das »deliberative« Moment der Demokratie (Jürgen Habermas) – nicht mehr allein von Bürgern, sondern auch von Maschinen gestaltet werden? Die Diskussion um »Social Bots«, um Programme, die in sozialen Medien Botschaften verbreiten und zur gezielten Meinungsbildung eingesetzt werden, ist nur ein erstes Beispiel. Es bedarf einer Diskussion um die Realisierung unserer freiheitlich-demokratischen Werte auch in einer digitalen Kultur. Die Kirche muss dabei ihren Weg finden, sich an einem solchen Diskurs zu beteiligen.

Demokratie als Thema des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt? Demokratie und ihre Werte sind immer auch Themen der einzelnen gesellschaftlichen Teilbereiche. Das gilt auch für Arbeitswelt und Wirtschaften. Ob Mitbestimmung oder Teilhabe, vom »demokratischen Unternehmen« bis zur »solidarischen Ökonomie«: Demokratie schwingt hier immer mit. Und auch Europa wird zum Thema des KDA, wenn es beispielsweise um die Krise des Euro geht und dadurch das Vertrauen in das Gemeinschaftsprojekt eines demokratischen Europas zunehmend infrage steht.

Es gelten aber auch die besagten Bedingungen für einen verantwortlichen Umgang mit Demokratie, der die problematische lutherische Demokratie-Tradition kritisch mit aufnimmt. Auf zwei Zusammenhänge sei dabei exemplarisch verwiesen. Zum einen finden sich beim bereits zitierten Emanuel Hirsch, der eine populistische Diktatur an die Stelle der Demokratie setzen wollte, gleichwohl auch Forderungen nach einer »Sozialisierung« von Betrieben, in der Elemente im Sinne einer Wirtschaftsdemokratie mitschwingen.¹¹ Kirchliche Forderungen nach mehr Demokratie in der Wirtschaft bedürfen aus einer verantwortlichen Haltung heraus daher immer einer vorausgehenden theologischen Legitimation. Zum anderen darf bei Forderungen nach mehr Mitbestimmung und Solidarität in der Arbeitswelt nicht die innerkirchliche Arbeitssituation ausgeblendet werden. Um authentisch zu sein, dürfen – auch wenn man hier auf einem guten Weg ist – Mängel in der Kirche nicht ausgeklammert werden. KDA-Arbeit hat eben auch eine Innen-Wirkung, die unter das Stichwort der Demokratisierung der Kirche fällt.

¹¹ Hirsch, E. (1925): Deutschlands Schicksal, 3. Aufl., Göttingen, S. 151.

Keine Angst vor Veränderungen: Mit sozialer Demokratie Gesellschaft gestalten

»Ich glaube, dass wir an einem Punkt angelangt sind, an dem wir uns fragen müssen, ob die Errungenschaft der Demokratie mehr als eine kleine Episode in der Geschichte der Menschheit ist. Wird sich diese zerbrechliche Herrschaftsform, die sich in ein paar Ländern für einige Zeit durchgesetzt hat, als bleibender Fortschritt erweisen oder nur eine vorübergehende Verirrung der Geschichte bleiben, die in Wahrheit bestimmt wird von Raffgier und Mord und Totschlag? Im Grunde frage ich in all meinen Büchern stets aufs Neue, ob uns der Widerstreit zwischen unserer menschlichen und unserer animalischen Natur auf Dauer überhaupt eine Überlebenschance lässt. Und wenn ich mich heute umschaue, muss ich feststellen: Verbrecherbanden und Schurken kontrollieren den größten Teil der Welt.«

T. C. Boyle, US-amerikanischer Schriftsteller, in einem Interview mit Spiegel-Online, 8. 2. 2017

Von PD Dr. Ralf Ptak

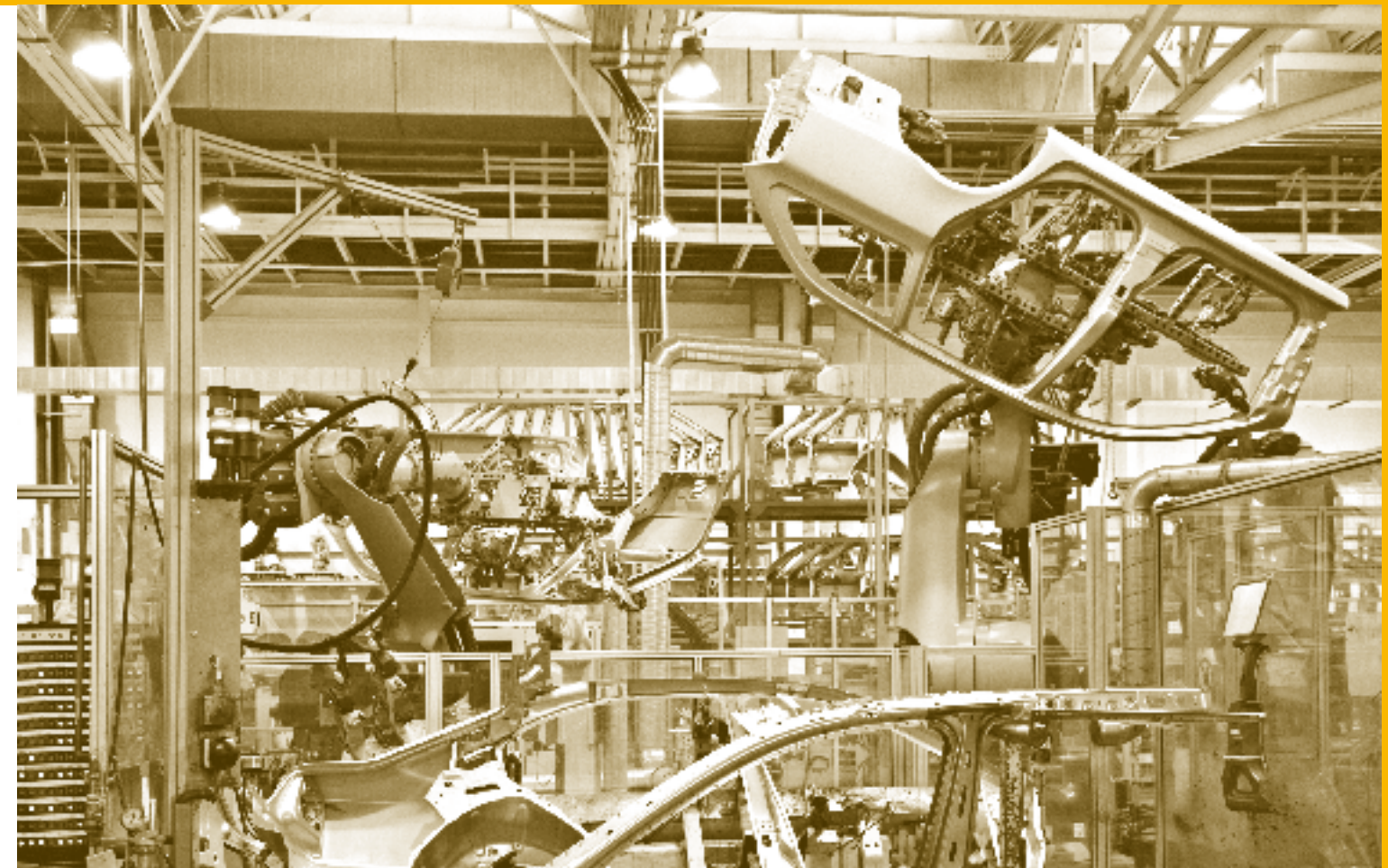
Diese mindestens skeptische Sicht von T. C. Boyle gibt eine (zumeist in der westlichen Welt) verbreitete Wahrnehmung wieder, die auch durch die sozialwissenschaftliche Empirie bestätigt wird: Viele Menschen zweifeln am Gelingen der Demokratie und ihren realen Gestaltungsmöglichkeiten. Sie ziehen sich zurück ins Private, weil sie sich in dieser Demokratie nicht vertreten fühlen und zugleich überfordert sind von der aktuellen gesellschaftlichen und sozioökonomischen Dynamik. Oder sie sprechen bis weit in die Mittelklassen hinein autoritären Denkmustern zu, die zwar schon immer in der bundesrepublikanischen Gesellschaft verwurzelt waren, aber durch die wohlfahrtsstaatliche Demokratie lange Zeit gebändigt werden konnten. Dagegen scheint die Erfahrungswelt der marktkonformen Demokratie in ihrem gereiften Zustand die »animal spirits« der Menschen freizulegen, als »Produkt einer nervösen Gesellschaft, in der die Affektkontrolle verwildert.« Der Sozialwissenschaftler Oliver Nachtwey spricht in diesem Zusammenhang von der »regressiven Variante neuer politischer Proteste.«¹ Trotz derlei Befunden verlieren sich große Teile der bundesdeutschen Eliten in einer gesellschaftlichen Selbstwahrnehmung, die Deutschland als Hort der Stabilität beschreibt, mit immer

neuen Beschäftigungs- und Exportrekorden, wodurch vermeintlich (fast) allen Menschen Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten geboten würden. Aus dieser Sicht reden letztlich nur Miesepeter und Extreme den »Standort Deutschland« schlecht.

Dieses Narrativ mag kurzfristig der gesellschaftlichen Stabilisierung dienen, ist aber ein gefährliches Spiel mit der Demokratie, weil es sich an der Wirklichkeit bricht oder – um es vorsichtiger zu formulieren – daran, was viele Menschen als andere Wirklichkeit in ihrem Leben wahrnehmen. Da gibt es die Angst und Unsicherheit einer wettbewerbszentrierten Gesellschaft; Angst davor, in der globalisierten, digitalisierten Welt überflüssig zu werden; Angst davor, trotz mehrerer Jobs die Miete nicht bezahlen zu können. Zu Recht verweist Wilhelm Heitmeyer, Herausgeber der von 2002–2011 erstellten Langzeitstudie »Deutsche Zustände«, darauf, dass das, was wir als Normalität bezeichnen, bedrohlich wird: »Die Selbstberuhigung durch das herrschende Normale als das Selbstverständliche und Eingelebte kann höchst selbsttäu-schend und deshalb gefährlich sein. Das versteckt Destruktive ist dann schwerer zu entdecken als das offen liegende Extreme.«²

¹ Nachtwey, Oliver (2015): Rechte Wutbürger. Pegida oder das autoritäre System, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 3, S. 81–89, hier S. 81 u. 83.

² Heitmeyer, Wilhelm (2017): Wenn Normalität bedrohlich wird, in: Tagesspiegel vom 29. Januar, S. 7.



Ob wir es wollen oder nicht, die Demokratie ist ins Wanken geraten. Es zeigen sich »die Umriss einer postrepräsentativen Demokratie«³, wie der Vorsitzende und Herausgeber der Verlagsgruppe Handelsblatt, Gabor Steingart, schreibt und das durchaus mit dem Unterton einer normativen Sicht. Was also ist los mit der Demokratie? Wie konnte es zu dieser Entwicklung kommen?

Demokratie ist mehr als formale Rechtsgleichheit

Auch wenn die rechtsstaatliche Demokratie mit ihrer formalen Gleichheit ein Wert an sich ist, muss sich Demokratie stets daran messen lassen, ob sie in der Lage ist, allen Gesellschaftsmitgliedern ein gutes und sicheres Leben zu gewährleisten. Das gilt aus historischen Gründen insbesondere für die Demokratie der Bundesrepublik Deutschland, die mehr noch als in vergleichbaren Staaten an den ökonomischen Erfolg geknüpft ist.⁴ Nicht umsonst gilt Ludwig Erhards Bestseller-Buch »Wohlstand für Alle« von 1957 bis

Die Demokratie ist ins Wanken geraten.

heute als ein identitäres Werk der Bundesrepublik. Diese enge Verkopplung von Wohlstand produzierendem Wirtschaftswachstum und Demokratie bedeutet allerdings auch eine starke sozioökonomische Anfälligkeit der deutschen Demokratie. Das wiegt umso schwerer, als mit zunehmender ökonomischer und sozialer Ungleichheit seit den 1990er-Jahren und ihrer Zuspitzung durch die in den letzten Jahren sichtbar gewordene Entkopplung von Wirtschaftswachstum und allgemeinem Wohlstand das Misstrauen gegenüber der Demokratie gestiegen ist. Indem zunehmend wenige vom wirtschaftlichen Fortschritt profitieren und gleichzeitig viele kaum mehr eine würdige Existenz bestreiten können, ist der implizite sozioökonomische Konsens der Bundesrepublik aufgekündigt, dass es stets *allen* besser gehen soll, wenn die Wirtschaft wächst.

Es ist vor diesem Hintergrund kaum verwunderlich, wenn über 58 % der Bevölkerung kein Vertrauen mehr darin

haben, dass Parteien und Politiker die aktuellen gesellschaftlichen Probleme lösen können, wie in der aktuellen Studie »Gesplante Mitte – Feindselige Zustände« von Alexander Zick und seinem Team deutlich wird.⁵ Auch wenn diese Zweifel nicht mit einer Ablehnung der Demokratie als solcher gleichzusetzen sind, zeugen sie doch von einer weit verbreiteten Skepsis gegenüber der real existierenden Demokratie. Schließlich ist sie die Instanz und das Verfahren, welches für die bestehenden Probleme und Herausforderungen Lösungen zugunsten der Allgemeinheit gewährleisten soll.

Derlei Herausforderungen gibt es zurzeit viele, sei es der dynamische technische Fortschritt durch Informations- und Kommunikationstechnologien, der als Diskurs über die Digitalisierung von Wirtschaft, Arbeit und Gesellschaft zu einem aktuellen Hype geworden ist.⁶ Oder aber die sozioökonomischen Folgen einer auf Hyperindividualismus, überbordende Konkurrenz und Wettbewerbsfetisch setzenden neoliberalen Modernisierung,⁷ deren Ausmaße nach drei Dekaden immer deutlicher zutage treten, vor allen Dingen in Gestalt einer bedenklich gewachsenen sozialen Ungleichheit und Fragmentierung der Gesellschaft.⁸ Oder ein aggressiver, antidemokratischer Rechtspopulismus, der ohne Empathie das Recht des Stärkeren zur gesellschaftlichen Basis erheben will und sich dabei auf demokratische Freiheitsrechte beruft, obwohl er diese einschränken oder abschaffen will. Und nicht zu vergessen die ökologische Krise,⁹ die insbesondere durch die CO²-bedingte Erderwärmung das bisherige globale Wirtschafts- und Konsumptionsmodell fundamental infrage stellt. Das alles sind Probleme, die zielgerichtetes, politisches Handeln erfordern, die nur durch gemeinsame Anstrengungen im Rahmen einer partizipativen Demokratie zu lösen sein werden.

Ein kurzer historischer Blick auf die Demokratie

Die moderne parlamentarische Demokratie, wie wir sie heute kennen, ist ein historisches Ergebnis der Französischen Revolution mit ihren Grundsätzen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Der Umbruch von der feudalen zur kapitalistischen Gesellschaft war eben nicht nur eine Befreiung von den Fesseln einer statischen, wenig produk-

tiven Privilegienökonomie, sondern dieses Freiheitsstreben begründet gleichermaßen die Anerkennung des demokratischen Mehrheitsprinzips, der Gewaltenteilung und später die Anerkennung unveräußerlicher Menschenrechte. Mit dem Gleichheitsgrundsatz verbindet sich die Gleichheit vor dem Recht (Rechtsstaat), aber auch der politischen Teilhabe, die auf dem Prinzip der Volkssouveränität gründet. Die Brüderlichkeit, die wir heute als Solidarität bezeichnen, gibt der Demokratie eine materielle, soziale Grundlage, indem sie die Menschen befähigt, sich auf der Grundlage einer gesicherten Existenz am politischen und kulturellen Leben der Gesellschaft zu beteiligen. Wir sprechen in diesem Fall von sozialer Demokratie, die durch einen entwickelten und verbrieften Sozialstaat gewährleistet wird (im Unterschied zu freiwilligen Leistungen und Almosen).

Über Ausmaß und Gültigkeit der einzelnen Grundsätze gab und gibt es immer wieder politische Auseinandersetzungen, bisweilen auch Kämpfe, genauso wie über die Frage, ob die Demokratie dem übergeordneten Ziel menschlicher Emanzipation dient oder sie als ein »objektives« technisch-bürokratisches Verfahren zur Herstellung geordneter gesellschaftlicher Verhältnisse zu betrachten ist, wie es etwa Max Weber vertreten hat.¹⁰ Diese Konflikte kann man aus deutscher Perspektive beispielhaft an der Weimarer Republik nachvollziehen, die sich 1918/19 als erste deutsche parlamentarische Demokratie mit starker sozialstaatlicher Komponente konstituiert hatte, aber von verschiedensten anti-emanzipatorischen Kräften abgelehnt, angegriffen und letztlich durch den Faschismus beseitigt wurde. Nach 1945 setzte sich dann die wohlfahrtsstaatlich eingebettete Demokratie als Regelprinzip der westlichen Industriestaaten durch und galt lange auch als Vorbild für Schwellen- und Entwicklungsländer. Denn die offene und von der Einhegung sozialer Ungleichheit getragene Demokratie gewährleistete bis in die 1970er-Jahre hinein ein vergleichsweise hohes Maß an politischer Stabilität, sozialer Sicherheit und ökonomischer Prosperität, die zugleich emanzipatorische Spielräume eröffnete, wie sie etwa in der Studentenbewegung der 1960er-Jahre und den folgenden sozialen Bewegungen deutlich wurden.

Insofern kann man sagen, dass sich die soziale Demokratie in den Jahrzehnten der Nachkriegszeit im Großen und Ganzen –

bei allen Defiziten z. B. in der Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern oder einem unzureichenden Umweltbewusstsein – als politisches Beteiligungsverfahren bewährt hat. Gerade weil sie relativ flexibel auf die gesellschaftlichen Veränderungen lösungsorientiert reagieren konnte, wurde die soziale Demokratie von der großen Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert. Fast schien es, als habe sich die Demokratie mit dem Kapitalismus dauerhaft versöhnt, sodass der Soziologe Wolfgang Streeck für diese Nachkriegsphase vom »demokratischen Kapitalismus« spricht.¹¹

Vom »demokratischen Kapitalismus« zur neoliberalen Postdemokratie

Es gibt eine Reihe von politischen und ökonomischen Gründen, warum diese politische Formation zum Ende der 1970er-Jahre ins Wanken geriet, die hier allerdings nicht behandelt werden können.¹² Tatsache ist, dass die soziale Demokratie mit ihrer ausgeprägten wohlfahrtsstaatlichen Ausgestaltung und einer wirksamen staatlichen Politik zur Stabilisierung der Gesamtwirtschaft zunächst massiv infrage gestellt und im Folgenden sukzessive durch einen neuen ökonomischen Determinismus abgelöst wurde, der diesen Nachkriegskonsens auflöste. Stichwortgeber dieser Entwicklung waren die Vertreter des wissenschaftlichen Neoliberalismus, vor allem Ökonomen sowie einige Juristen und weitere Sozialwissenschaftler, die seit ihrer ursprünglichen Formierung in den späten 1930er-Jahren zwar international vernetzt, aber bis dahin ohne großen wissenschaftlichen und politischen Einfluss geblieben waren. Sie unterscheiden sich von anderen wirtschaftsliberalen und marktzentrierten Ansätzen durch ihr Selbstverständnis als intervenierende intellektuelle Elite, die in zentrale, wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse zielorientiert eingreift, auch wenn sie ihre Normativität meist hinter einem positivistischen Wissenschaftsverständnis verstecken.¹³

Ihre Vision einer Marktgesellschaft basiert auf dem Ziel einer »Entthronung der Politik«¹⁴ und markiert damit eine Freund-Feind-Linie gegen den Interventionsstaat einerseits und gegen die soziale Demokratie andererseits. Entlang dieser Ziele haben die Neoliberalen eine Staatstheorie ent-

³ Steingart, Gabor (2016): Weltbeben. Leben im Zeitalter der Überforderung, München, S. 203.

⁴ Ptak, Ralf (2004): Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft. Stationen des »neuen« Liberalismus in Deutschland, Opladen, S. 233 ff.

⁵ Zick, Andreas / Küpper, Beate / Krause, Daniela (2016): Gesplante Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

⁶ Vgl. die Ausgabe der Zeitschrift Mittelweg 36, 26. Jg., Heft 6, Dez. 2015/Jan. 2016, Von Menschen und Maschinen. Arbeiten im digitalen Kapitalismus, Hamburg; auch: Staab, Philipp (2016): Falsche Versprechen. Wachstum im digitalen Kapitalismus, Hamburg.

⁷ Diese seit den späten 1970er-Jahren einsetzende Politik ist eben nicht nur in der brachialen Gestalt einer Margaret Thatcher in Großbritannien wirksam geworden, sondern auch als »progressiver Neoliberalismus«, der durch die Politik des vermeintlich 3. Weges sozialdemokratischer Parteien vertreten wurde und bisweilen wird. Vgl. Fraser, Nancy (2017): Für eine neue Linke oder: Das Ende des progressiven Neoliberalismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 2, S. 71–76.

⁸ Vgl. Atkinson, Anthony B. (2015): Inequality. What can be done?, Cambridge (USA) London; Bank, Julian / Treck, Till van (2015): »Unten« betrifft alle: Ungleichheit als Gefahr für Demokratie, Teilhabe und Stabilität, in: APuZ, 65. Jg., Heft 10, S. 41–46; Piketty, Thomas (2016): Ökonomie der Ungleichheit. Eine Einführung, München.

⁹ WBGU (2011): Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, Berlin; IPCC (2007): Climate Change 2007: The Physical Science Basis. Contribution of Working Group I to the Fourth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change, Cambridge.

¹⁰ Lösch, Bettina (2017): Die neoliberale Hegemonie als Gefahr für die Demokratie, in: Christoph Butterwegge / dies. / Ralf Ptak, Kritik des Neoliberalismus, 3. Aufl., Wiesbaden, S. 201–257, hier S. 205.

¹¹ Streeck, Wolfgang (2013): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Frankfurt a. M.

¹² Vgl. hierzu Ptak, Ralf (im Erscheinen): Von der Kritik am Ökonomismus zur permanenten Ökonomisierung: eine sozioökonomische Analyse mit exemplarischem Blick auf das Schulwesen, in: Sigrid Hartong / Björn Hermstein / Thomas Höhne (Hrsg.), Ökonomisierung von Schule – Ansätze, Kontroversen und empirische Fallstudien, Weinheim.

¹³ Ptak, Ralf (2017): Grundlagen des Neoliberalismus, in: Christoph Butterwegge / Bettina Lösch / ders., Kritik des Neoliberalismus, 3. Aufl., Wiesbaden, S. 13–78, hier S. 67 ff.

¹⁴ Hayek, Friedrich August von (1981): Recht, Gesetzgebung und Freiheit, Bd. 3: Die Verfassung einer Gesellschaft freier Menschen, München, S. 201.

wickelt, die staatliche Eingriffe in wirtschaftliche Prozesse per se als ineffizient delegitimiert und eine Demokratietheorie formuliert, welche die Demokratie als marktförmigen Tauschhandel kategorisiert, bei dem Einzel- oder Gruppeninteressen gegen Wählerstimmen getauscht werden. Die repräsentative Mehrheitsdemokratie ist demnach ein Prozess gegenseitiger Interessenmaximierung zwischen Wahlvolk und Politikerkaste, der stets zulasten Dritter geht und deshalb begrenzt werden muss.¹⁵ »Wahre« Demokratie vermittelt sich in der neoliberalen Vorstellungswelt allein über dezentrale Märkte, wobei die Souveränität der Konsumenten als echte Form gesellschaftlicher Partizipation betrachtet wird.

Auch wenn diese vermeintlich »realistische« Deutung der Demokratie¹⁶ nicht zum Common Sense geworden ist, so hat die ökonomistische Sicht auf die Demokratie, die sich auf das Menschenbild eines nutzenmaximierenden, egoistischen Individuums stützt, sowohl bei weiten Teilen der Elite wie auch im Alltagsbewusstsein beträchtlich an Einfluss gewonnen. Damit wird die archaische Sicht der Marktradikalen auf Politik und Demokratie zu einer Art Selffulfilling Prophecy. Das liegt vor allem daran, dass die wirkungsmächtig gewordenen neoliberalen Grundsätze der Deregulierung, Flexibilisierung, Liberalisierung und des intensivierten Freihandels zu einer globalen Ökonomie geführt haben, die den Einfluss der Politik zunehmend beschränkt und die Macht der transnationalen Konzerne gestärkt hat. Hayeks Maxime von der »Entthronung der Politik« scheint durch das Vordringen ökonomischer Denkweisen in fast alle Lebensbereiche (auch in solche der Daseinsvorsorge, die bisher als außermärkliche Sphären galten) und die unreflektierte Dominanz der Ökonomie im politischen Raum in der Realität angekommen zu sein.

In jedem Fall empfinden viele Menschen »die Wirtschaft« als den maßgeblichen gesellschaftlichen Akteur, der national und international die politische Agenda bestimmt: »Märkte werden zur sozialen und politischen Kontrollinstanz, die keinen Widerspruch duldet, die unsichtbare Hand stellt sich für viele als Faust dar, der Kapitalismus ist autoritär geworden.«¹⁷ Dazu kommt, dass in einem gesellschaftlichen Klima, in dem Wettbewerb zum alles überragenden konstituierenden Prinzip der Gesellschaft erhoben wird, die

Vorstellung vom Kampf aller gegen alle Platz greifen kann und hyperindividualistischer Eigennutz an die Stelle von Gemeinwohlorientierung tritt. Auf dieser Grundlage greift ein immer stärker werdendes nutzenorientiertes Denken um sich, das auch die Sicht auf Individuen einschließt und wie bspw. im Flüchtlingsdiskurs die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ökonomistisch auflädt und erweitert.

Für eine soziale und partizipatorische Demokratie des 21. Jahrhunderts

Trotz der dargestellten Bedrohung der Demokratie zeigen sich zugleich gesellschaftliche Gegenbewegungen, die sich vor allen Dingen in einem wachsenden Engagement der Zivilgesellschaft manifestieren. Das betrifft sowohl ehrenamtliches Engagement wie z. B. bei der Unterstützung von Flüchtlingen in der jüngsten Zeit, aber auch das bürgergesellschaftliche Drängen auf mehr politische Beteiligung durch Elemente der direkten Demokratie. Auch wenn dabei Gefahren einer populistischen Aufladung bestehen, so zeigt sich doch, dass viele Menschen in der Demokratie mehr sehen als die Stimmenabgabe bei Parlamentswahlen. Insofern ist es keineswegs tautologisch, die Demokratie mit dem Adjektiv partizipativ zu belegen, denn im 21. Jahrhundert gilt es, die repräsentative Demokratie um zeitgemäße Formen der Beteiligung zu ergänzen. Dabei bieten internetgestützte Formen der Beteiligung – wie sie etwa im Konzept der Liquid Democracy diskutiert werden – gute Ansätze, um gerade jüngere Menschen für die Revitalisierung einer neuen, sozialen Demokratie zu gewinnen.

Die repräsentative Demokratie muss um zeitgemäße Formen der Beteiligung ergänzt werden.

Aber es bedarf auch einer grundsätzlichen Debatte um die Zukunft der Demokratie. Sie wird nur dann wieder an Akzeptanz gewinnen und den Rechtspopulismus mit seiner gewaltförmigen Exklusion und seinen ethnischen Konstruk-

ten verdrängen, wenn sie hilft, die existenziellen Probleme der Menschen zu lösen und ihnen die Angst vor der Zukunft zu nehmen, nach dem Motto »Niemand wird zurückgelassen!«.

Die Ökonomie hat sich wieder demokratischen Verfahren unterzuordnen.

Diese Debatte muss darauf abzielen, die Ökonomie wieder als funktionales, lebensdienliches Instrument der Gesellschaft zu verankern, eine Ökonomie, die kein Selbstzweck ist, sondern die sich demokratischen Verfahren unterzuordnen hat. In diesem Sinne bedarf es eines neuen Primats der Politik, einer Politik, die sich nicht auf den autoritären Führer stützt, sondern die durch die Grundsätze von Repräsentanz und Partizipation legitimiert ist. Das wird ohne gesellschaftliche Gegenwehr zum marktradikalen Ökonomismus kaum möglich sein, denn – so schrieb Chantal Mouffe 2011 – es gelte, »eine antihegemoniale Offensive gegen die Versuche (zu) starten, die zentralen Institutionen des Wohlfahrtsstaates zu zerstören und das gesamte soziale Leben zu privatisieren und den Regeln des Marktes zu unterwerfen.«¹⁸ Denn nur eine Demokratie, die den Menschen verlässlich soziale Sicherheit gibt, wird die Anerkennung und Dynamik haben, um die Veränderungen der Zukunft zu bewältigen.

¹⁵ Vgl. zur ökonomischen und neoliberalen Demokratietheorie: Schui, Herbert / Blankenburg, Stephanie (2002): Neoliberalismus. Theorie, Gegner, Praxis, Hamburg, S. 25 ff.

¹⁶ Lösch, Bettina (2017): a.a.O. (Fn. 10), S. 206.

¹⁷ Nachtwey, Oliver (2015): a.a.O. (Fn. 1), S. 86.

¹⁸ Mouffe, Chantal (2011): „Postdemokratie“ und die zunehmende Entpolitisierung, in: APuZ, 61. Jg., Heft 1-2, S. 3-5.

Von Bürgern, Demokraten und Idioten – und was der Apostel Paulus dazu sagt

Ist eine Demokratie »für alle« überhaupt möglich? Derzeit sind politische Entscheidungen systematisch verzerrt, sie fallen eher zulasten der einkommensschwachen Schichten. Nötig sind deshalb neue Instrumente zur Beteiligung derer, die ihre Stimme bisher zu wenig in die Politik einbringen können. Das zeigt auch der Blick auf die (kurze) Blüte der Polis-Demokratie im antiken Athen – und auf die revolutionäre Wendung beim Apostel Paulus, die gleichsam die Idee universaler Menschenrechte vorwegnahm.

Von Pastor Dr. Jürgen Kehnscherper

»Demokratie ist ein Verfahren, umstrittene Fragen auf eine Weise zu entscheiden, die auch den Unterlegenen als legitim erscheint. Niemand kann dabei erwarten, dass die eigene Meinung stets umgesetzt wird. Wenn allerdings die Politik systematisch den politischen Präferenzen bestimmter sozialer Gruppen folgt, wohingegen die anderer missachtet werden, wird der Grundsatz politischer Gleichheit beschädigt.«¹

Was möglicherweise viele Menschen schon immer geahnt oder vermutet haben, ist nun durch eine aktuelle Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) wissenschaftlich untersucht und belegt worden: Politische Entscheidungen in unserem Land sind systematisch zum Nachteil der armen und zum Vorteil der reichen Bevölkerungsschichten verzerrt.



So ideal stellte der Maler Leo von Klenze 1846 die Akropolis und den Areopag in Athen dar. Die Geschäfte der Polis fanden ausschließlich im öffentlichen Raum statt. Die Bürger identifizierten sich mit ihren öffentlichen Plätzen, Tempeln, Theatern, Sportstätten und Versammlungshallen. Alle diese Institutionen dienten der Kommunikation und dem Zusammenhalt der Bürger. Sie gehören noch heute zu den staunenswerten Überresten der Polis-Demokratie.

¹ Elsässer, Lea / Hense, Svenja / Schäfer, Armin (2016): Systematisch verzerrte Entscheidungen? Die Responsivität der deutschen Politik von 1998 bis 2015, Forschungsvorhaben im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Endbericht, Berlin, S. 4.

In den USA hatte schon zwei Jahre zuvor eine ähnlich angelegte Studie von Wissenschaftlern der angesehenen Princeton und Northwestern University² für Aufsehen gesorgt. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass die Behauptung Amerikas, die größte demokratische Gesellschaft zu sein, ernsthaft gefährdet ist. Es konnte nachgewiesen werden, dass der Wille der großen Mehrheit der Bevölkerung bei politischen Entscheidungen nicht berücksichtigt wird, sobald die Mehrheitsmeinung anders ist als die der Wirtschafts-Eliten oder organisierter Gruppen, die Wirtschaftsinteressen vertreten.³ Oder, kürzer gesagt: »Wenn Arme und Reiche unterschiedliches wollen, folgt die US-Politik fast ausnahmslos den Reichen.«⁴

Die deutsche Studie von 2016 hat mit einem ähnlichen Forschungsansatz ein breites Spektrum von Sachfragen aus den »DeutschlandTrend-Umfragen« unter Berücksichtigung der sozialen Schichtung der Befragten sowie der späteren politischen Umsetzung ausgewertet. Das Ergebnis ist eindeutig: »In diesem Bericht werden erstmals Forschungsergebnisse für Deutschland vorgestellt, die eine ähnliche

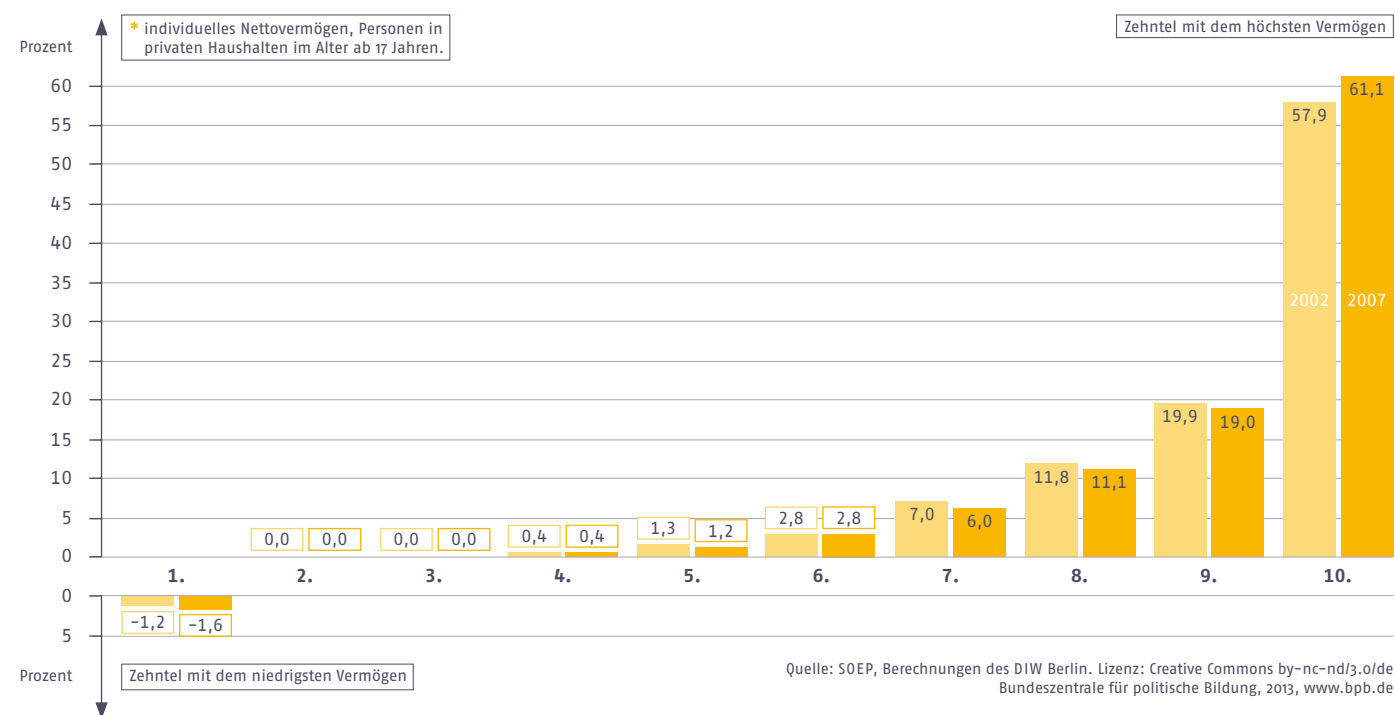
Schiefelage in der politischen Responsivität zulasten der sozial Benachteiligten wie in den USA nachweisen.«⁵

Einkommensarme Befragte, so die Studie, wünschen sich insbesondere für die Außen-, Wirtschafts- sowie die Sozialpolitik in vielen Fällen andere Entscheidungen als einkommensstarke. Für die politische Umsetzung dokumentiert die Forschungsarbeit einen »deutlichen Zusammenhang zwischen den getroffenen politischen Entscheidungen und den Einstellungen der Bessergestellten, aber keinen oder sogar einen negativen Zusammenhang für die Einkommensschwachen.«⁶ Mit anderen Worten: Was die obersten Einkommensschichten in unserem Land politisch wollen, hat statistisch die besten Aussichten, umgesetzt zu werden. Was die untersten Einkommensschichten in unserem Land wollen, wird mit großer Wahrscheinlichkeit *nicht* umgesetzt.

In einer repräsentativen Demokratie müssen Abgeordnete die Anliegen und Interessen der Bevölkerung wahrnehmen. Andererseits sind sie jedoch auch frei, ihrem Gewissen zu folgen. Wie alle Bürger sind auch sie auf ein Grundgesetz

Vermögensverteilung

Erwachsene Bevölkerung nach Zehnteln (Dezile), Anteile am Gesamtvermögen in Prozent, 2002 und 2007*



² Prof. Martin Gilens und Prof. Benjamin I. Page werteten für ihre Studie »Testing Theories of American Politics: Elites, Interest Groups and Average Citizens« (2014) 1.779 Gesetzesinitiativen aus den Jahren 1982 bis 2002 aus und glichen sie mit jeweils zuvor erfolgten Meinungsumfragen ab.

³ Vgl. Deutsche Wirtschafts Nachrichten vom 26. 4. 15: Princeton-Studie als Warnung an Europa: USA sind keine Demokratie mehr, <https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2015/04/26/princeton-studie-als-warnung-an-europa-usa-sind-keine-demokratie-mehr/> (zuletzt abgerufen 20. 1. 2017).

⁴ Elsässer, Lea, u. a. (2016): a. a. O. (Fn. 1), S. 10.

⁵ Ebd.

⁶ Ebd., S. 43.

⁷ Grundgesetz, Präambel.

⁸ Die Tatsache einer aktuell höheren Wahlbeteiligung durch die zunehmende Zahl von Protestwählerinnen und -wählern widerspricht diesem Zusammenhang nicht, sondern unterstreicht die These und gibt ihr eine neue Dynamik.

verpflichtet, das sich das deutsche Volk »im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen«⁷ gegeben hat. Demokratisch gewählte Politiker sollen keine Politik nach kurzlebigen Meinungsumfragen machen. Das ist im Zeitalter von Twitter, Facebook & Co. ganz gewiss auch besser so. In einer repräsentativen Demokratie dürfen auch unpopuläre Entscheidungen getroffen werden – wenn sie denn gut begründet sind. Eine »dauerhafte oder systematische Ignoranz« gegenüber dem Willen eines großen Teils der Bevölkerung, wie ihn der Abschlussbericht der Studie des BMAS konstatiert, stellt allerdings die demokratische Legitimation der Politik auch in Deutschland ernsthaft infrage.

Da die Parteienfinanzierung in Deutschland nicht privat, sondern überwiegend staatlich geregelt ist, dürfte sie als Ursache für die systematisch verzerrte Responsivität auscheiden. Liegt der Grund für die Schiefelage in der Zusammensetzung der deutschen Parlamente, in denen bestimmte sozioökonomische Schichten kaum oder überhaupt nicht vertreten sind? Oder gibt es gar einen sich selbst verstärkenden Kreislauf, in dem sich permanent benachteiligte Schichten von der etablierten Politik und dem Gebrauch ihres Wahlrechtes abwenden,⁸ weil sie sich nicht gehört und vertreten fühlen, und andererseits die etablierte Politik sie ignoriert, weil sie ohnehin keine Wählerstimmen repräsentieren?

Lässt sich Demokratie demokratisieren?

Drängend ist in jedem Fall die Frage, wie die brandgefährliche und nun auch für Deutschland nicht mehr zu leugnende Schiefelage behoben werden kann. Die Autorinnen und Autoren der Studie des BMAS machen einen bemerkenswerten Vorschlag: Sie plädieren dafür, zunächst einmal die Unterschiede in den Präferenzen stärker bewusst zu machen. Die Studie belegt nämlich, dass das Einkommen ein stärkerer Indikator für Meinungsunterschiede ist als z. B. das Geschlecht, das Alter oder die Herkunft aus Ost- oder Westdeutschland. Das Einkommen macht tatsächlich den entscheidenden Unterschied.

Außerdem ist es offensichtlich nicht ausreichend, wenn alle Gruppen der Gesellschaft *rein formal* das gleiche Recht auf politische Mitwirkung genießen. Zusätzlich muss es geeignete Institutionen und Instrumente geben, die eine Beteiligung auch in der Praxis sichern. Mit dem Gender Mainstreaming wurde beispielsweise ein Instrument geschaffen, um auf die unterschiedlichen Bedürfnisse von Frauen und

Männern aufmerksam zu machen und sie bei politischen Entscheidungen zu berücksichtigen. Ebenso wurden im Zuge der zunehmenden Etablierung inklusiven Denkens und Handelns Instrumente entwickelt, um u. a. die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen auf einem ganz neuen Niveau zunächst *verstehen* und dann auch berücksichtigen zu können.

In gleicher Weise sollten Instrumente geschaffen werden, »um die Vorstellungen und Bedürfnisse derer stärker zu berücksichtigen, die ihre Stimme weniger stark in den politischen Prozess einbringen, oftmals aber in besonderem Maße von politischen Entscheidungen betroffen sind. Verwiesen sei hier beispielhaft auf die Hartz IV-Gesetzgebung, die vor allem den Alltag armer Menschen beeinflusst.«⁹

Wenn in Deutschland im Bereich der Gleichstellung der Geschlechter oder bei der Inklusion von Menschen mit Behinderung durch passende Instrumente erstaunliche Fortschritte gemacht wurden – warum sollte ähnliches nicht auch für *andere Gruppen* möglich sein?

Doch um deren Anliegen politisch berücksichtigen zu können und Voraussetzungen zu schaffen, dass für sie neben einer Teilhabe auch eine Teilgabe möglich wird, müssten sie erst einmal bekannt bzw. verstanden sein! Um nur *ein* Beispiel zu nennen: Die Wahrnehmung der tatsächlichen Lebenssituation von armen bzw. arbeitslosen Menschen in Deutschland ist hochgradig unterentwickelt. Menschen, die von Transferleistungen aus dem SGB II leben müssen, sind die einzige Gruppe, die in unserem demokratischen Staat immer noch ungestraft pauschal herabgewürdigt werden darf – im Oktober 2016 waren dies mehr als 6,2 Millionen Menschen. Zur Lebenssituation langzeitarbeitsloser Frauen und Männer gibt es bezeichnender Weise im deutschsprachigen Raum seit der bahnbrechenden Marienthal-Studie von 1933 kaum fundierte Untersuchungen mit einem deziert *qualitativen* Forschungsansatz.¹⁰

Die Wahrnehmung, wie arme Menschen in Deutschland leben, ist hochgradig unterentwickelt.

Demokratie hat für alle zu gelten. *Unten* und damit »draußen« ist in Deutschland schon, wer in bestimmten Regionen oder Stadtteilen lebt, wer die falschen Schulen besucht, zu viele Kinder oder den falschen Beruf hat, allein-

⁹ Elsässer, Lea, u. a. (2016): a. a. O. (Fn. 1), S. 44.

¹⁰ Jahoda, Marie / Lazarsfeld, Paul / Zeisel, Hans (1933/2014): Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch über die Wirkungen langandauernder Arbeitslosigkeit, 24. Aufl., Frankfurt/Main. Positive Beispiele für aktuelle fundierte *qualitative* Untersuchungen, aber leider Ausnahmen allein auf weiter Flur: Dörre, Klaus / Scherschel, Karin / Booth, Melanie, u. a. (2013): Bewährungsproben für die Unterschicht?, Frankfurt a. M.; sowie:

Bednarek-Gilland, Antje (2015): Fragiler Alltag Studie zu den Fähigkeiten langzeitarbeitsloser Menschen, Studie des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD, Hannover.

Anders als ein quantitatives Herangehen, das objektivierbare Daten misst, zählt und statistisch auswertet, bemüht sich ein qualitativer Ansatz zum Beispiel durch intensive Begleitung und Interviews über einen längeren Zeitraum hinweg die intrinsischen Motive, Bedürfnisse und Konditionierungen zu erfassen und vor allem auch zu *verstehen*.

erziehend oder zu alt ist – oder einfach nur ängstlich und überfordert. Ist Demokratie für alle überhaupt möglich? Die Staatsform der Demokratie ist bereits vor etwa 2.500 Jahren entwickelt worden. Die Erforschung und Deutung ihres Herkommens, ihres Aufblühens und ihres Vergehens ist bis heute eine unerschöpfliche Quelle aller Staats- und Gesellschaftstheorie geblieben. Der Blick auf den Ursprung schärft und inspiriert den Blick auf die Gegenwart auch in Bezug auf die Bedeutung geeigneter Institutionen zur Beteiligung.

Testfeld Demokratie: Die griechische Polis

Die meisten Länder der Welt werden heute autokratisch oder oligarchisch regiert und auch Demokratien fallen bekanntlich immer wieder in diese Herrschaftsformen zurück. Da dies allerdings (immerhin!) als irregulär gilt, präsentieren sich Autokraten und Oligarchen gerne als »lupenreine« Demokraten. »Doch wo auch immer diese Herrschaft hinterfragt wird«, so der amerikanische Politologe und Historiker Josiah Ober mit Blick auf die antike Polis-Demokratie, »wissen Politiktheoretiker und Gesetzgeber, dass es eine Alternative gibt. Sie wissen, dass ein glänzendes Zeitalter bürgerzentrierter Politik und hoher Kultur möglich ist.«¹¹

In den Ländern und Nationen, die sich mit ihrer Kultur in der Tradition der europäischen Antike sehen, sollte unstrittig sein, dass Freiheit, sozialer Ausgleich und eine hoch entwickelte Verabredungskultur die besten Voraussetzungen für politische Stabilität, kulturelle Blüte und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sind.

Das Urprinzip der Demokratie: Ausgleich und Vertrauen unter ihren Bürgern schaffen.

Die Idee, Instrumente bzw. Institutionen zu entwickeln, die sowohl die Bedürfnisse als auch die Potenziale der Bürgerschaft möglichst vollständig abbilden und integrieren, ist nicht neu: Dies war das Herzstück der griechischen Polis-Demokratie. Die politische Stärke und der wirtschaftliche Erfolg der Demokratie hingen schon in ihrer Urform von der Fähigkeit und dem Willen ab, Ausgleich und Vertrauen unter ihren Bürgern zu schaffen.

¹¹ Ober, Josiah (2016): Das antike Griechenland. Eine neue Geschichte, Stuttgart, S. 437. Mit der Einbeziehung wirtschaftswissenschaftlicher Perspektiven gelingt Josiah Ober eine bemerkenswerte neue Deutung der Geschichte der griechischen Demokratie.

¹² So ist das von den klassischen griechischen Staatstheoretikern entwickelte Schema der möglichen Verfassungen seit dem 6. Jh. v. Chr. bis heute unverändert gültig: Entweder regiert einer, einige, oder »alle«. Dies wurde schon in der Antike als Typisierung mit unzähligen Misch- und Sonderformen verstanden. Ob eine dieser drei Verfassungen gut oder schlecht ist, das bemisst sich daran, ob die Herrschenden nur ihrem eigenen Nutzen oder dem Gemeinwohl dienen.

Die (eine) griechische Demokratie hat es nie gegeben. Die Regierungsformen der zahlreichen griechischen Stadtstaaten (*polis*, pl. *poleis*) und ihrer Bündnisse waren mindestens so vielfältig wie die der heutigen EU-Länder. Trotz oder gerade wegen etlicher gesetzgeberischer Fehlschläge und wiederholter Rückfälle in Oligarchie und Despotismus blieb die *bürgergerechte* Ordnung des Staatswesens Gegenstand ständiger Reflexion und Erneuerung.¹² Innovation gab es im klassischen Griechenland vom 6. bis zum 4. Jahrhundert weniger auf dem Feld der Technik, dafür umso mehr bei der Entwicklung partizipativer Institutionen.

In der Neuzeit findet Innovation überwiegend auf dem Gebiet industrieller Technologien statt und hat als sich selbst verstärkendes System ein historisch beispielloses Niveau an Beschleunigung erreicht – mit all den bekannten selbstzerstörerischen sozialen und ökologischen Konsequenzen.

Nun ist jedoch die Technik »nur ein Feld, in dem ständige wachstumspositive Innovationen möglich sind«.¹³ Was wäre, wenn auch nur ein kleiner Teil der gewaltigen, gegenwärtig für den technologischen Fortschritt aufgewendeten gesellschaftlichen Ressourcen für die Entwicklung innovativer öffentlicher Instrumente aufgewendet würde, die das Niveau sozialer Kommunikation und Kooperation steigern? Dies entspräche der Intention des Vorschlages der Arbeitsgruppe des BMAS. Wie ein Blick in die Geschichte zeigt, wäre es eine ebenso gute und sichere Investition in die Zukunft wie die Entwicklung neuer Technologien.

Freiheit ist nicht durch Abgrenzung zu gewinnen

»Denn einzig bei uns heißt einer, der an staatlichen Dingen gar keinen Teil nimmt, nicht ein stiller Bürger, sondern ein schlechter, und nur wir entscheiden in den Staatsgeschäften selber oder denken sie doch richtig durch.«¹⁴

Einen Menschen, der sich mit den Angelegenheiten seines Staates, der *polis*, identifiziert und aktiv für sie eintritt, nannten die alten Griechen einen *polites*, einen »politischen Menschen«. Wer auf »das Seine« (*ta idia*), also allein auf sein persönliches Fortkommen beschränkt blieb, hieß *idiotes*, was auch damals schon so viel wie »Idiot« bedeutete.

Ta idia, »das Eigene«, war das »Haus« (*oikos*), der Ort des Wirtschaftens und der Produktion. Da Wirtschaft lebens-

¹³ Ebd., S. 177.

¹⁴ »Gefallenenrede« des Perikles in: Thukydides, Peloponnesischer Krieg II, 40.

¹⁵ Die universalen Menschenrechte sind bekanntlich bis heute selbst in modernen Demokratien nicht vollständig umgesetzt, z. B. das Menschenrecht auf Arbeit; es gilt noch nicht einmal das Recht auf gleichen Lohn für Männer und Frauen.

¹⁶ Solon wurde etwa im Jahr 640 v. Chr. geboren und war ein Zeitgenosse des jüdischen Propheten Jeremia, der ebenfalls die soziale Ungleichheit in seiner Gesellschaft scharf kritisierte. Solons Reform begann 594 v. Chr.

notwendig ist und kaum Spielräume lässt, kann es nach antikem Verständnis im *oikos* keine Freiheit geben. Im »Haus«, das mit tausenden Sklaven und Abhängigen in Einzelfällen durchaus den personellen Umfang heutiger Großunternehmen erreichen konnte, regiert zwangsläufig der *despotes*. Unzulässig ist die Despotie nach antikem Verständnis nur, wenn sie als Herrschaftsform vom *oikos* auf die Gesamtheit der *polis* ausgeweitet wird. Wenn die Polis sich nach ihren eigenen Gesetzen (*nomoi*) demokratisch regieren und ihre Freiheit behalten will, muss sie von der *Oiko-nomie* strikt getrennt bleiben.

Oikos und Ökologie

Bis in die Neuzeit hinein galt das Verständnis der Ökonomie als »Haus-Wirtschaft« und ihrer strikten Trennung von der Politik. Erst im 18. Jahrhundert hatte die private Hauswirtschaft sich über den Merkantilismus zur »Volks-Wirtschaft« ausgeweitet. Die Wirtschaft, die heute unser Überleben sichert, ist zu einer öffentlichen Angelegenheit geworden. Die Trennung von *oikos* und *polis* ist aufgehoben – mit all den sich daraus ergebenden Problemen auch für die Demokratie. Ein großer Teil der Politik kreist um die Steuerung der Wirtschaft – und trifft dabei auf deren Eigengesetzlichkeit. In der modernen »Menschheitsfamilie« mit einem »Weltmarkt« ist der gesamte Planet zu einem einzigen *oikos* geworden. Seine Zukunft wird entscheidend davon abhängen, ob die Politisierung der Öko-nomie demokratischen Prinzipien folgen und in eine verantwortungsvolle Öko-logie münden wird.

Die Kehrseite dieses Demokratieverständnisses war, dass es nur für »Hausherren« und Bürger galt. Frauen, Sklaven und andere Personen, die kein Bürgerrecht besaßen, gehörten zum Bereich des *oikos* und hatten bestenfalls indirekt Anteil an den Früchten der Demokratie.

Antike Demokratie basiert auf Bürgerrechten. Darin liegen ihre Stärke und ihre Beschränkung. Die universalen, d. h. für *alle* Menschen gültigen Menschenrechte wurden erst 1948 von der UNO deklariert.¹⁵ Als Begründer der Bürgerrechte gilt der athenische Dichter und Staatsmann Solon.¹⁶ Während einer schweren sozialen und wirtschaftlichen Krise in Athen diagnostizierte der zum Schlichter berufene Solon ein

¹⁷ Vgl. Olof Gigon im Vorwort zu: Aristoteles (2011): Politik, München, S. 12.

¹⁸ Eine der Neuerungen Solons war beispielsweise das Vereinsrecht, das über das römische Recht bis in unsere Zeit fortgeschrieben wurde und bis heute unentbehrlicher Bestandteil der bürgerlichen Zivilgesellschaft ist.

¹⁹ Von der erfolgreichen Abwehr des Perserreiches in der Seeschlacht von Salamis 480 durch die von Athen geführte Koalition griechischer Stadtstaaten bis zum Beginn des Peloponnesischen Krieges 431–404 v. Chr., den Athen gegen seine griechischen Nachbarn führen musste.

Ungleichgewicht: »Die Reichen sind zu reich und übermütig, die Armen zu arm, und die Mittleren vermögen sich nicht durchzusetzen. Darum kann ein Tyrann kommen und sich auf die Unzufriedenen stützen.«¹⁷ Mit einem ganzen Bündel von Verordnungen¹⁸ setzte Solon einen maßvollen Ausgleich unter den Polis-Bürgern durch und stärkte erfolgreich eine breite Mittelschicht. Das später noch verfeinerte föderale System, das auch die dazugehörigen ländlichen Regionen gleichberechtigt mit einbezog, festigte das Zusammengehörigkeitsgefühl der Bürger. Ein im Jahreszyklus rotierendes System der Mitarbeit im regierenden Rat der 500 brachte einerseits sehr umfassend die Kenntnisse und Interessen der Bürgerschaft in die Politik. Andererseits erwarb ein großer Teil der Bürger Kompetenzen in der Regierungs- und Verwaltungsarbeit sowie bei der Rechtsprechung und lernte, wie diese Institutionen effektiv zu gebrauchen sind.

Es brauchte allerdings noch 100 Jahre des Experimentierens, bis die Demokratie in Athen funktionierte. Ihre Blüte dauerte jedoch nur 50 Jahre¹⁹ und trug dabei den Keim ihres Untergangs bereits in sich. Denn Athen wurde durch sein innovatives System der Demokratie wirtschaftlich und militärisch zu einer »Super«-Polis und begann, seine Bündnispartner zu dominieren. Demokratie gab es nur im eng begrenzten Binnenverhältnis. Gegenüber allen anderen hieß es: »Athen zuerst«. So kam seine Demokratie in das Dilemma, das bis heute gilt: »... denn die Herrschaft, die ihr übt, ist jetzt schon Tyrannei; sie aufzurichten mag ungerecht sein, sie aufzugeben ist gefährlich.«²⁰

Freiheit und Demokratie sind nicht durch Ab- und Ausgrenzung zu gewinnen, sondern durch Kommunikation und Kooperation. Wie wir heute wissen, kann auf Dauer nur frei und demokratisch bleiben, wer auch andere frei sein lässt. Demokratie gibt es nur, wenn sie auch für die scheinbar Geringsten, die – wie wir heute sagen würden – Abgehängten gilt.

In diesem Sinne entwickelte der Apostel Paulus 500 Jahre nach der Blüte Athens eine ganz neuartige Vision einer freien und solidarischen Gemeinschaft. Er greift dazu den in der Antike geläufigen Vergleich der menschlichen Gemeinschaft mit dem Zusammenspiel der Glieder eines Körpers auf – und deutet ihn neu: »Und wenn ein Glied leidet, dann leiden alle Glieder mit; Und wenn ein Glied geehrt wird, dann freuen sich alle Glieder mit.«²¹

²⁰ So Perikles in seiner »Trostrede« an die Athener, mit der er sie von der Notwendigkeit eines Krieges gegen die Nachbarn überzeugt: Thukydides, Geschichte des Peloponnesischen Krieges II, 63.

²¹ Paulus, 1. Brief an die Korinther 12, 26.



Der Apostel Paulus, dargestellt in einem Mosaik aus dem 5. Jahrhundert.

Das Ende der Alternativlosigkeit: Die Revolution des Paulus

Als der Apostel Paulus seine Briefe schrieb, war Korinth eine römische Kolonie mit einer blühenden Wirtschaft, einer bunt gemischten Bevölkerung und einem starken sozialen Gefälle. Offenbar wirkten die sozialen Spannungen auch in das Leben der christlichen Gemeinde hinein. Worum es im Einzelnen ging, ist aus den Briefen des Paulus nicht mehr sicher zu rekonstruieren. Aber es wird deutlich, dass der christlichen Gemeinschaft weniger durch Glaubens- und Bekenntnisfragen als durch Unterschiede des Ranges und des Ansehens eine Spaltung drohte: »Gering geschätzt die Einen, hoch geachtet die Anderen.«²² Konkret im Blick ist die Geringschätzung und Rücksichtslosigkeit, mit der die Wohlhabenden denen begegneten, die in Armut und von ihrer Hände Arbeit lebten.²³ Konflikte dieser Art sind in einer Vielzahl von Beispielen aus der griechischen und römischen Welt überliefert. Die politisch-rhetorische Figur, mit der diesem Konflikt häufig begegnet wurde, war das Bild von der Einheit des menschlichen Körpers und seiner Glieder. Das berühmteste Beispiel ist die Rede, mit der der römische Patrizier Menenius Agrippa 495 v. Chr. einen Streik der Plebejer beendet haben soll. Ziel des bildhaften Vergleiches war es, bestehende Hierarchien zu legitimieren. Jedes Glied des Körpers tut den Dienst, für den es ausersehen ist, und alle zusammen mühen sich und ernähren den Magen. Wenn es dem Magen gut geht, geht es dem ganzen Körper gut. »Die Masse hörte sich die Geschichte an und kam zur Erkenntnis, dass der Überfluss der Reichen auch die Sache der Armen fördere.«²⁴ Ein späterer Bearbeiter fügt noch hinzu: »Denn wenn die Reichen nichts besäßen, so fänden auch die Armen in Notzeiten niemand, der ihnen leihen könnte.«²⁵ Diese eigenwillige Logik ist keineswegs sarkastisch, sondern durchaus ernst gemeint. Sie findet bis heute durch die trickle-down-Hypothese ihre Anhänger, die in der ökonomischen Entwicklungstheorie besagt, dass der wachsende Reichtum der Reichen durch folgende vermehrte ökonomische Aktivität dazu führe, dass auch die Armen etwas davon haben.

Paulus greift zunächst ganz konventionell das seinen Lesern wohlbekanntes Bild vom Leib und seinen Gliedern auf und buchstabiert es ausführlich durch: Jedes Glied hat seinen Platz und seine Funktion, alle zusammen bilden

²² Vgl. hierzu und zum Folgenden Halbe, Jörn (2016): Parteilichkeit und Solidarität. Gemeinde Jesu Christi – Anbruch inklusiver Welt, in: Okuli, Christoffel Blindenmission.

²³ Was in griechischem Verständnis das gleiche war. Wer von seiner Hände Arbeit lebte, den nannten die Griechen einen Banausen – und meinten es auch so. Im klassischen Griechisch gibt es zwei Worte für »arm«. *Penia* ist die Armut, die zum Lebensunterhalt durch Arbeit zwingt – egal wie hoch der Verdienst ist. Die andere Sorte von Armen sind die *ptochoi*, die Bettler. Standesgemäß ist allein das Leben eines Rentiers. – Nur vor diesem Hintergrund ist nachvollziehbar, dass es dem Ansehen und der Autorität des Paulus in Korinth schwer geschadet hat, dass er seinen Lebensunterhalt lieber durch Arbeit verdiente, als eine standesgemäße »Rendite« aus seiner Gemeinde zu beziehen.

den Leib und der ist mehr als seine Glieder. Paulus redet jedoch nicht einer vermeintlichen, quasi naturhaft gegebenen Alternativlosigkeit bestehender gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse das Wort. Im Gegenteil. Paulus überrascht seine Leser und gibt dem bekannten Bild einen völlig neuen Sinn: »Vielmehr sind die Glieder des Leibes, die uns die schwächsten zu sein scheinen, die nötigsten.«²⁶ Die jeweils Geringsten sollen bei uns die Wichtigsten sein, ihnen gebührt die größte Aufmerksamkeit! »Denn Gott hat den Leib zusammengefügt und dem geringeren Glied höhere Ehre gegeben, damit keine Spaltung sei, sondern die Glieder in gleicher Weise füreinander sorgen.«²⁷

Was Paulus hier an Gesellschaftstheorie kundtut, muss auf seine Zeitgenossen mindestens so atemberaubend neuartig und aufrüttelnd gewirkt haben wie beispielsweise seine Predigt von der Auferstehung der Toten. Ebenso unerhört war auch seine Rede von einem »Bürgerrecht im Himmel«²⁸: »Hier ist nicht Jude noch Grieche, hier ist nicht Sklave noch Freier, hier ist nicht Mann noch Frau; denn Ihr seid alle in Christus Jesus.«²⁹ Damit stellt Paulus damals allgemein gültige Selbstverständlichkeiten auf den Kopf und nimmt die Idee universaler Menschenrechte vorweg.

Paulus stellt damalige Selbstverständlichkeiten auf den Kopf.

Die Tatsache, dass Paulus diese subversiven Ideen zunächst nur für die christliche Gemeinde formuliert hat, nimmt ihnen nichts von ihrer gesellschaftlichen Brisanz. Denn für Paulus bildet sich in der Gemeinde, dem Leib Christi, schon heute die zukünftige Ordnung der Welt Gottes ab. Durch die unermüdliche Gründung und Pflege christlicher Gemeinschaften baut der Apostel eine religiös-politische Gegenöffentlichkeit, eine Alternative zu den Gegebenheiten im römischen Reich auf.

Die Demokratie des Paulus ist dynamisch. Sie kehrt nicht einfach die Verhältnisse um und lässt aus oben unten und aus unten oben werden. Wichtig sind vielmehr die, die *jeweils* unten sind. Sie bedürfen der besonderen Aufmerksamkeit und Sorgfalt der anderen. Entsprechend dynamisch

²⁴ Cassius Dio, Römische Geschichte IV, 17, 12. Die Plebejer setzten immerhin einen Schuldenerlass durch. Ähnlich wie 100 Jahre zuvor unter Solon wurde jedoch die Ordnung der Stände nicht angetastet.

²⁵ Zonaras, epitome historiarum 7, 14.

²⁶ 1 Kor 12, 22.

²⁷ 1 Kor 12, 24b f.

²⁸ Paulus, Brief an die Philipper 3, 20; „im Himmel“ ist die Umschreibung für „bei Gott“, also nicht erst zukünftig, sondern schon jetzt.

²⁹ Paulus, Brief an die Galater 3, 28.

ist auch das Verständnis von Armut. Arm sein ist danach nicht allein eine Frage des Einkommens. Arm sind diejenigen, deren Lebenswirklichkeit marginalisiert wird. Arm ist, wer politisch keine Rolle spielt und dadurch im bitteren und ursprünglichen Sinne des Wortes zum *Idioten* gemacht wird.

Von der Werkstatt zur Wirkstatt

Im März 2016 ist der KDA mit dem dreijährigen EU-Projekt SEMPRE an den Start gegangen. SEMPRE will unter Mitwirkung örtlicher Organisationen die Teilhabe von benachteiligten Gruppen in ländlichen Regionen mit Hilfe des sogenannten Empowerment-Ansatzes stärken. Der KDA konzentriert sich dabei auf Personen und Familien im Kreis Plön, die von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind. Zwei von ihnen, die zunächst an einer Zukunftswerkstatt teilnahmen und jetzt in der »Wirkstatt« mitarbeiten, kommen hier selbst zu Wort.

Von Maike Hagemann-Schilling

SEMPRE steht für »Social Empowerment in Rural Areas«, beteiligt sind neben dem KDA 15 Organisationen aus acht Ländern im Ostseeraum. SEMPRE zielt darauf ab, benachteiligte Gruppen vom Anfang bis zum Ende der Projektlaufzeit einzubeziehen. Die betroffenen Menschen aus der Region sollen beteiligt werden, von der Bedarfsanalyse, über die Entwicklung von neuen Dienstleistungen für sie, bis zur Unterstützung und Initiierung von daraus entstehenden Projekten. Sie werden also im Rahmen des Projektes ermutigt, sich für ihre Belange einzusetzen. Für die Umsetzung dieser Ziele nutzt SEMPRE partizipatorische Methoden.

Die Menschen aus der Region sollen von Beginn an beteiligt werden.

Im August 2016 führte der KDA im Osterberg Institut in Niederkleveez eine Zukunftswerkstatt mit langzeitarbeitslosen Frauen und Männern aus dem Kreis Plön durch. Es ging darum, den betroffenen Personen Gehör zu geben, ein Bild von ihrer Lebenssituation zu bekommen, Hindernisse und Behinderungen zu benennen und Ideen für Verände-

rungen zu entwickeln. Die Zukunftswerkstatt, als ein Instrument demokratischer Partizipation, ermöglicht Beteiligung von Beginn an. Frei nach Bertolt Brecht: »Es ist eine demokratische und inhaltliche Selbstverständlichkeit, dass Menschen das Haus, in dem sie leben wollen, selbst planen und gestalten können.«

Aus der Zukunftswerkstatt ist eine Arbeitsgruppe hervorgegangen, die sich »Wirkstatt« nennt. Die Mitglieder beteiligen sich an der Entwicklung neuer Angebote für sie im Kreis Plön; denkbar sind zum Beispiel die Einrichtung eines Treffpunktes oder die Schaffung einer kostenfreien Mitfahrbörse. KDA-Referentin Maike Hagemann-Schilling, die für die Projektkoordination von SEMPRE im Kreis Plön zuständig ist, führte das folgende Interview mit zwei Mitgliedern der Wirkstatt.

Was hat sie bewogen, sich im vergangenen Jahr zur Zukunftswerkstatt anzumelden?

Jürgen Wolter*: Ich habe über einen Zeitungsartikel von der Zukunftswerkstatt gehört. In dem Artikel wurde das SEMPRE-Projekt vorgestellt und ich habe sofort gedacht, das ist eine großartige Sache. Wenn die EU dahintersteht, dann wird es Hand und Fuß haben. Ich habe mit dem Titel die Hoffnung verbunden, dass man sich dort wirklich einbringen kann, und der Name Zukunftswerkstatt legte auch den Gedanken nahe, dass die Informationen und Themenfelder, die dort bearbeitet werden sollten, von der Basis kommen. Es war ein ganz wichtiger Punkt für mich, dass ich mich einbringen kann.

Daria Linden*: Ja, bei mir ist das so ähnlich. Ich setze mich seit vielen Jahren in der Diakonie ehrenamtlich ein und die Leiterin der Einrichtung fragte mich, ob ich mir vorstellen

könnte, daran teilzunehmen. Nach kurzer Überlegung habe ich zugestimmt. Für mich war auch ausschlaggebend, dass ich meine Situation auf dem Arbeitsmarkt verbessern will. Ich möchte arbeiten, das ist schon lange bekannt, und vielleicht entwickelt sich über diesen Weg eine Chance für mich.

Welche persönlichen Erfahrungen haben Sie mit dem Beteiligungsinstrument Zukunftswerkstatt gemacht und welche Erkenntnisse haben Sie dort mitgenommen?

Jürgen Wolter: Ich hatte vorher keine genaue Vorstellung davon, was eine Zukunftswerkstatt ist. Ich war von der Macht sehr angetan. Wertvoll war die professionelle Moderation: Die Teilnehmergruppe, die sehr heterogen war, wurde auf diese Art und Weise tatsächlich dazu gebracht, mal so richtig Tacheles zu reden. Die drei Phasen der Zukunftswerk-

statt, die wir da durchschritten haben, waren sehr interessant. Zwischendurch wurde deutlich, dass einige Teilnehmer sehr gefangen sind in ihren Problemlagen, ihren Ideen oder in ihrer eigenen Gedankenwelt. Die Moderation hat das gut hingekriegt, dass wir mit dem Thema voran- und ins konstruktive Arbeiten kamen, ohne dass der Einzelne sich übergangen fühlte. Das war sehr gelungen.

»Wir haben mal so richtig Tacheles geredet.«

Daria Linden: Für mich stellt es eine riesige Hürde dar, vor anderen zu sagen, dass ich Leistungen vom Jobcenter beziehe. Da musste ich in der Zukunftswerkstatt eine große Hemmschwelle überwinden. Wir haben den Tag sehr gut





nicht alle über einen Kamm scheren. Mir braucht niemand zu sagen, dass ich einen strukturierten Tagesablauf brauche. Den habe ich und den kann ich mir selbst sinnvoll gestalten. Nötig sind individuellere Begleitung und Beratung.

Jürgen Wolter: Die Mitarbeiter in den Institutionen sind natürlich angehalten, auf die Kosten zu achten. Das macht es für Personen aus unserer Gruppe umso schwerer, ihre Anliegen und Wünsche anzubringen und durchzusetzen. Viele haben auch gar nicht die Kraft, ihre Ziele wahrzunehmen, weil sie zum Beispiel eine psychische Erkrankung haben. Das ist ein echtes Problem.

Aus der Zukunftswerkstatt ist die »Wirkstatt« entstanden: Betroffene beteiligen sich an der Entwicklung von Projekten, welche die Lebenssituation von langzeitarbeitslosen Menschen im Kreis Plön verändern sollen. Auch Sie gehören dazu. Welche Ziele verfolgt die Wirkstatt und wofür steht der Name?

Jürgen Wolter: Wir wollen andere Betroffene motivieren, aktiv zu werden und hervortreten. Es ist eine gesellschaftliche Aufgabe, gerade für diejenigen, die im Abseits sind und sich als nicht mehr beachtenswert fühlen, etwas zu tun. Daher auch der Name »Wirkstatt«. Für mich ist wichtig, an dieser Stelle wirken zu können.

»Wir wollen andere Betroffene motivieren, aktiv zu werden.«

gemeistert, es wurde viel gearbeitet und vorgestellt. Das fand ich sehr gut, auch von der Moderation. Aber die Hürde, mich als Arbeitslosengeld-II-Empfängerin zu outen, bleibt bestehen. Besonders, wenn man so viel geleistet hat im Leben.

Das Bild von Menschen, die lange arbeitslos sind, ist geprägt von vielen Vorurteilen. Was sind Ihrer Meinung nach die größten Probleme und Herausforderungen im Umgang mit der Arbeitslosigkeit und der daraus resultierenden Lebenssituation?

Daria Linden: Ich bin zwar Arbeit suchend beziehungsweise im Leistungsbezug, möchte aber trotzdem ein erfülltes Leben haben. Das ist schwierig! Ich kann keine Kurse oder Veranstaltungen besuchen, die für mich wichtig wären, oder mir Kleidung kaufen für ein Bewerbungsgespräch. Der Regelsatz

lässt keinen Spielraum, um irgendetwas anzuspahren. Man fühlt sich gefangen in einem System ohne Zukunftsperspektive. Um das Gefühl zu haben, ein Teil der Gemeinschaft zu sein, engagiere ich mich ehrenamtlich. Da kann ich etwas bewirken und die daraus resultierende Anerkennung gibt mir Energie. Außerdem habe ich die Möglichkeit, kostenfrei an Fortbildungen und Bildungsmaßnahmen teilzunehmen. Das Ehrenamt bedeutet mir sehr viel. Dadurch bin ich in Bewegung.

»Ich engagiere mich ehrenamtlich. Dadurch bin ich in Bewegung.«

Jürgen Wolter: Meine größte Herausforderung ist, nicht in Lethargie zu verfallen, sondern jeden Tag etwas zu wollen und den Antrieb zu haben, etwas zu erreichen. Aufgrund der

eingeschränkten finanziellen Möglichkeiten ist man weniger mobil, man hat weniger Anregungen, man geht nicht hinaus in die Öffentlichkeit – jedenfalls nicht gerne –, man geht nicht bummeln, man steckt einfach in ganz vielen Punkten zurück. Und dagegen anzugehen und sich zu sagen, »doch, ich mache das jetzt«, daran arbeite ich im Moment.

Öffentliche Einrichtungen und Behörden, die funktionieren und gut ausgestattet sind, sind ein Erkennungsmerkmal eines starken Gemeinwesens, das niemanden ausgrenzt und in dem alle dazugehören. In der Zukunftswerkstatt gab es vonseiten der Teilnehmenden hier Kritik. Was müsste Ihrer Meinung nach verändert werden, damit Sie als Kunden der für Sie zuständigen Institutionen zufriedener wären?

Daria Linden: Es sollte individuell auf den Kunden eingegangen werden. Jeder hat andere Bedürfnisse und man kann

Daria Linden: Wirkstatt – das ist mehr als eine Idee. Wir *wollen* nicht nur etwas verändern, wir *tun* es auch. Wie bei vielen anderen, die an diesem Projekt beteiligt sind, ist auch mein Weg gepflastert mit Hindernissen. Ständig für die kleinsten Dinge kämpfen zu müssen, kostet viel Energie. Solche Erfahrungen prägen! Wenn durch die Arbeit in der Wirkstatt andere motiviert werden, an ihrer Lebenssituation etwas zu ändern, und wieder Licht am Horizont sehen, dann haben wir viel erreicht.

Ich danke Ihnen für Ihre Offenheit und wünsche Ihnen für die weitere Arbeit in der Wirkstatt viele gute Impulse sowie Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten in Ihrem Lebensumfeld und in Ihrer Region.

**Die Namen wurden geändert.*



Viele Beteiligte, die auf gleicher Augenhöhe kooperieren – so gelingt ein »Mehr an Demokratie«

Neue Formen der Beteiligung sorgen für ein »Mehr an Demokratie«, wie drei Beispiele aus Arbeitsmarktpolitik und Gemeinwesenentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern zeigen.

Von Christian Peters

Wer Zeitungsartikel über Mecklenburg-Vorpommern liest oder mit Bürgern, vor allem der »alten« Bundesländer, über das Land spricht, kann zu dem Eindruck kommen, dass die Demokratie hier gefährdet sei. Im Fokus stehen dabei besonders die hohen Stimmenanteile für die Parteien rechts von der Mitte. Diese sicher nicht zu unterschätzenden Entwicklungen sind aus meiner Sicht jedoch nur eine Seite der Realität. Zugleich beobachte ich, dass in

vielen Bereichen, häufig mit den repräsentativ-demokratischen Institutionen verzahnt, neue Formen der Beteiligung entstehen. Dieser Prozess ist sowohl auf Landesebene als auch in den Kommunen festzustellen. Teilhabe und Beteiligung finden dabei zunehmend sowohl im staatlichen als auch im gemeinwohlorientierten Sektor statt. – Obwohl die repräsentativen Strukturen dadurch nicht verändert werden, würde ich aufgrund der Ausweitung der Entscheidungs- und Gestaltungsmöglichkeiten von einem »Mehr an Demokratie« sprechen.

Anhand von drei Beispielen aus meiner Arbeit im arbeitsmarktpolitischen Bereich und der Gemeinwesenentwicklung in den letzten 15 Jahren möchte ich bemerkenswerte Elemente dieser Entwicklung darstellen.

1 Das erste Beispiel fand in einer Kultur statt, die meistens eher als hierarchisch und bürokratisch beschrieben wird. Meine Aufgabe bestand darin, ein Controlling für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der Kommunen, die vom Bundesland und der Europäischen Union unterstützt wurden, aufzubauen und zu leiten. Controlling klingt dabei sehr technisch, an Kennzahlen orientiert und auf die Finanzen bezogen.

Das Besondere hier war jedoch, dass Zahlen nur einen Teil der Realität darstellten. Vielmehr standen die Dialogorientierung, das Voneinander-Lernen und das gemeinsame Gestalten eines Politikbereichs im Zentrum. Es wurde auf regelmäßig stattfindenden Workshops viel über die Interpretation von Ergebnissen diskutiert, Kennzahlen wurden bei Bedarf sogar geändert, Praxisbeispiele wurden präsentiert und analysiert. Die Teilnehmenden schätzten ganz besonders die Transparenz, die Lebendigkeit des Prozesses sowie den kontinuierlichen Erfahrungsaustausch.

2 Nach der Einführung des SGB II (Hartz IV) im Jahr 2005 war ich in einer ähnlichen Struktur Prozessbegleiter für die ESF-Maßnahmen (Europäischer Sozialfond) mit dem Ziel der Integration von Langzeitarbeitslosen mit besonderen Vermittlungshemmnissen (Integrationsprojekte). Hier, ähnlich wie im ersten Beispiel, kann man von einer trägerübergreifenden Beteiligung bei hoheitlichen Aufgaben sprechen. Als neues Element kam jedoch ein Aspekt aus dem Konzept der »emanzipatorischen Demokratie« hinzu: das Empowerment. Die meisten Workshop-Teilnehmer waren diesmal nicht die geschulten und diskussionserfahrenen Leitungspersonen bzw. Sozialpädagogen, sondern Mitarbeiter aus den Projekten, die meist geringer qualifiziert waren.

3 Mein drittes Beispiel beleuchtet Beteiligungsprozesse im Bereich der ländlichen Entwicklung. Seit zwei Jahren bin ich beim Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt dafür zuständig, Projekte der kooperativen oder solidarischen Ökonomie, an denen die Kirche mitgestaltet, in der Entstehung zu unterstützen. Das Besondere ist hier die Beteiligung unterschiedlichster Akteure. Einmal sind das Kirche und/oder Diakonie, nicht selten als Initiatoren. Fast immer kooperieren diese eng mit Bürgermeistern und Gemeinderäten. Daneben gibt es Dorf- bzw. regionale Ver-

Das Erstaunliche an den Veranstaltungen, die etwa vier Mal im Jahr stattfanden, war die Zusammensetzung der Teilnehmer: Neben den Mitarbeitern des Ministeriums für Arbeit als steuernde Behörde nahmen Vertreter aller Kommunen teil, die vor der Einführung des SGB II auch für die arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger zuständig waren. Hinzu kamen »auf gleicher Augenhöhe« die Maßnahmenträger und damit die Praktiker. So kam es zu einer deutlichen Perspektiverweiterung, besonders in Bezug auf die Lebenssituation arbeitsloser Menschen. Das führte letztendlich zu echten Unterstützungsangeboten, die individuell zugeschnitten waren.

In meiner Rolle als Moderator des Prozesses war mir die Arbeit auf gleicher Augenhöhe zwischen den verschiedenen Akteuren besonders wichtig. In diesem Zusammenhang hat sicher auch eine Rolle gespielt, dass für die meisten beteiligten Akteure die Integrationsorientierung Neuland bedeutete und gemeinsam nach neuen Wegen gesucht wurde.

Damit wurde es wichtiger, die einzelnen Teilnehmer zu ermutigen, ihre Erfahrungen ernst zu nehmen, sich vor einer Gruppe von Menschen zu äußern, für ihre Meinung einzustehen usw. Daneben wurde der starke Wunsch nach Qualifizierung deutlich, der zu einem vielfältigen Angebot an Workshops führte. Erkenntnisse aus den Workshops wurden direkt praktisch umgesetzt, z. B. in Form von gesundheitsfördernder Gruppenarbeit für die Arbeitslosen, besonderen Wegen der Berufsorientierung oder in Projekten der Gartengestaltung und anderen Kleinprojekten. Hier hat das Empowerment das gemeinsame Gestalten in einer Art »arbeitsdemokratischen«, auf die Einbeziehung aller Mitarbeiter gerichteten Prozess erst ermöglicht.

eine oder andere bürgerschaftliche Initiativen und (kleine) Unternehmer vor Ort, die sich engagieren und von denen nicht selten auch neue Ideen ausgehen.

Die gemeinsame Planung und Gestaltung dieser Akteure dreht sich um Bedarfe in der Kommune, z. B. vom Dorfladen, der Versorgung mit regionalen Lebensmitteln bis zur Pflegeeinrichtung und zu neuen Wohnformen. Die Aufgaben bzw. Inhalte und die Strukturen der Beteiligung sind also, je nach den Bedürfnissen und im Gegensatz zu den ersten beiden Beispielen, immer wieder andere.

Auch in Fällen, wo die Kommune nicht der (Mit-)Initiator von Projekten ist, bringt sie sich häufig unterstützend ein, z. B. bei der Beantragung von Fördermitteln oder durch mietfreie Räume. Die Kooperation der repräsentativen Demokratie mit den, meist neuen, Formen von Initiativen breitet sich in Mecklenburg-Vorpommern weiter aus.

Die Kommune ist fast immer dabei.

Sehr förderlich ist, dass hier sachorientiert und meist auf gleicher Augenhöhe kooperiert wird. Diese Zusammenarbeit ist meist zwar nicht institutionalisiert, damit nicht offiziell verbindlich (wie z. B. in Bestimmungen zur Bürgerbeteiligung in einigen größeren Städten), aber funktioniert meist, solange an gemeinsamen konkreten Zielen gearbeitet wird. Eine größere Verbindlichkeit, z. B. in Form einer Beteiligungssatzung, wäre jedoch ein stabilisierendes Element.

Mehr Beteiligte einbinden

Aus der Perspektive einer emanzipatorischen Demokratie ist jedoch kritisch anzumerken, dass man sich in der Praxis tendenziell auf wenige Stakeholder beschränkt. So sind die aktiven Gestalter oft relativ gut qualifiziert, stehen im Arbeitsleben oder sind »frisch« im Rentenalter. Menschen mit Behinderung, Langzeitarbeitslose und Jugendliche fehlen fast immer in den Initiativen.

Hier ging die Stadt Loitz, an deren Zukunftsprozess ich als Beobachter teilnahm, bewusst einen anderen Weg: Jugendlichen der Realschule wurde angeboten, sich mit ihren Vorstellungen für die Zukunft der Kleinstadt einzubringen. Sie lösten die Aufgabe, indem sie ihre Ideen gestalterisch im kleinen Format umsetzten. Ihre Visionen bestanden z. B. aus einer Diskothek und einem Fitnessraum.

Um hier weiter emanzipatorisch zu arbeiten und ein wirkliches Empowerment zu bewirken, ist es wichtig, diese Ideen aufzugreifen und die Umsetzung zu unterstützen. Hier wie auch in den anderen Beispielen geht es um verbindliche Beteiligungsprozesse im Gegensatz zu den heute modernen Beteiligungs-Events.

Verbindliche Prozesse statt Beteiligungs-Events.

Einen Aspekt möchte ich in Bezug auf diese Wege in Richtung einer »großen« Beteiligung bzw. zu mehr Demokratie besonders hervorheben: die Perspektiverweiterung,

die Annäherung an eine umfassendere Wahrnehmung der Realität durch die Einbeziehung einer möglichst großen Anzahl von Beteiligten. Dieser Prozess ist vergleichbar mit einem Mosaik, bei dem erst die Einbeziehung vieler Teile das Gesamtbild ergibt. In den beiden ersten Beispielen betraf das vor allem die tatsächliche Situation der Arbeitslosen: psychosoziale Probleme, Ausgrenzung und der Wunsch nach einer sinnvollen Tätigkeit – im Gegensatz zur »halben Wahrheit«, dass jemand ohne Arbeit ist und nur irgendwie vermittelt werden muss. – In der Regionalentwicklung geht es

Auch beim Mosaik ergeben erst viele Teile das Gesamtbild.

vor allem darum, gemeinsam Bedürfnisse im Gemeinwesen zu erkunden, die Menschen im Prozess mitzunehmen und ihnen die Möglichkeit der Mitgestaltung zu geben. Hier ist es, wie im zweiten Beispiel, wichtig, Unterstützung und ggf. auch Bildungsmaßnahmen zu organisieren, um auch Gruppen zu beteiligen, die sich zum Teil nicht in der Lage sehen, hier mitzuarbeiten, oder aber sich ausgeschlossen fühlen.

Wertschätzung lässt Akteure aufblühen

Insgesamt ist für mich an allen drei Beispielen faszinierend, die Wirkung dieser Art von »Mehr Demokratie« zu beobachten. Einerseits, besonders jetzt in der ländlichen Entwicklung, ist zu sehen, wie schnell, aber auch mit wie viel Spaß Dinge umgesetzt werden, wenn verschiedene Akteure mit unterschiedlichsten Kompetenzen auf gleicher Augenhöhe kooperieren. So wirkten in einer Dorfladen-Initiative ein Getränkehändler, eine Planerin, eine Werbefachfrau, eine Bäuerin, aber auch Menschen mit »fachfremden« Berufen sehr gut zusammen.

Die andere Seite ist die Wirkung auf die Menschen: Ich erlebe immer wieder Akteure, die durch die Wertschätzung, das gemeinsame Gestalten auf gleicher Augenhöhe und das Sich-Einbringen mit allen Potenzialen aufblühen und sehr engagiert für die Projektziele eintreten. Das gilt für Menschen mit unterschiedlichem Bildungshintergrund und sozialem Status.

Klaus-Dieter Kaiser leitet die Evangelische Akademie der Nordkirche in Rostock. Der gebürtige Dresdener (Jg. 1956) studierte Evangelische Theologie an der Kirchlichen Hochschule in Ost-Berlin, arbeitete für die Evangelischen Studentengemeinden und war im EKD-Kirchenamt für theologische Grundsatzfragen zuständig. 2004 übernahm er die Leitung der damaligen Evangelischen Akademie Mecklenburg-Vorpommern. Kaiser ist Herausgeber des Buches »Lebendiger ländlicher Raum. Herausforderungen – Akteure – Perspektiven« (Wochenschau Verlag, 2014).



Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern: Wie auf Hass, Gewalt und Menschenverachtung reagieren?

Demokratie braucht das Engagement des Einzelnen und den Zusammenschluss mit anderen, sie braucht Institutionen, die den Diskurs organisieren, sowie politische und staatliche Rahmenbedingungen. Vor welchen Herausforderungen das Flächenland Mecklenburg-Vorpommern dabei steht, zeigt dieser Beitrag. Damit sich mehr Menschen in ihrer gesamten Lebenswelt für Demokratie und gegen antidemokratische Bestrebungen engagieren, sind Motivation, Befähigung und Gelegenheit gefragt.

Gastbeitrag von Pastor Klaus-Dieter Kaiser, Direktor der Evangelischen Akademie der Nordkirche in Rostock

1. Demokratisches Engagement im Spannungsfeld einer »offenen Gesellschaft und ihrer Feinde« (Karl Popper)

Demokratie ist mehr als eine Form der Herrschaft und bedeutet mehr als die Stimmabgabe des Einzelnen in freien Wahlen. Sie ist mit Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und Meinungsfreiheit verbunden und durchdringt alle Lebensbereiche des Menschen. Demokratie ist damit mehr als ein theoretisches Konzept, Demokratie muss für die Menschen im Alltag erfahrbare Praxis sein.

Deshalb braucht unsere offene Gesellschaft, unser Zusammenleben, ein Vierfaches: erstens das Engagement des

Einzelnen für die öffentlichen Belange, zweitens das Sich-Zusammenschließen mit anderen (sowohl Gleichgesinnten wie auch Engagierten mit divergierenden Meinungen, Interessen und politischen Überzeugungen) und drittens Institutionen im öffentlichen Raum, um den notwendigen Diskurs um Lösungen für die kommunale Gemeinschaft zu organisieren und zu stabilisieren. Als viertes treten die politischen Rahmenbedingungen hinzu sowie das staatliche Handeln (z. B. Gewaltmonopol des Staates und Durchsetzen der Verfassungsrechte und Gesetze).

Wer ist nun das Subjekt demokratischen Handelns? Verantwortung trägt zunächst jede und jeder Einzelne. Der Einsatz

für mehr Demokratie hat also eine individuelle Dimension. Aber ohne Zusammenschluss, ohne Formen der Vergemeinschaftung wird Engagement schnell zu einer Überforderung und zugleich geschwächt. Solche Zusammenschlüsse müssen zum einen immer wieder neu ausgehandelt werden und zum anderen auch auf Dauer gestellt werden. Ohne offenen Meinungsstreit und ohne verbindliche Verabredungen wäre Demokratie gefährdet. Empathie und Gefühl sind wichtig, reichen aber nicht aus. Es braucht das Stützen durch Institutionen und durch »bürokratisches« Handeln. Und es braucht den Schutz durch Recht und Gesetz. Begeisterungsfähige Menschen und stabile Institutionen sind die beiden Stütz-

pfiler einer demokratischen Gesellschaft. Dabei braucht unser Zusammenleben die offene Gesellschaft, Pluralität und Diskurskultur.

Begeisterungsfähige Menschen, stabile Institutionen – die Stützpfeiler einer demokratischen Gesellschaft.

Zugleich ist aber festzuhalten, dass es auch ein Recht auf Nichtbeteiligung an den öffentlichen Angelegenheiten gibt. Niemand darf gezwungen werden, sich politisch in Gremien und Institutionen zu beteiligen. Wer diese Mühen scheut, darf nicht an den Pranger gestellt werden. Vielmehr gilt es, die vorhandenen demokratischen Strukturen und Institutionen so attraktiv zu machen, dass sich möglichst viele Bürgerinnen und Bürger von sich aus daran beteiligen möchten.

2. Antidemokratische Herausforderungen in Mecklenburg-Vorpommern

Befindet sich die Demokratie heute in einer Krise? Auf der einen Seite erleben wir zunehmend Hass und Gewalt auf der Straße und in den sozialen Medien. Vereinfachende Parolen und Ausgrenzung Andersdenkender sind an der Tagesordnung. Andererseits gibt es eine Vielzahl von Menschen, die sich in zivilgesellschaftlichen Vereinen und in der Kommunalpolitik engagieren. Im Flächenland Mecklenburg-Vorpommern im Nordosten Deutschlands stehen wir vor vier Herausforderungen.

2.1. Das komplizierte Erbe der SED-Diktatur im Osten Deutschlands

»Privat geht vor Katastrophe« war ein Slogan, der das Leben in der DDR prägte. Familie, Freundeskreis und Nachbarschaft waren notgedrungen die entscheidenden Gestaltungen des Geselligen unter den Bedingungen einer Diktatur. Gemeinschaft wurde höher bewertet als eine ausdifferenzierte Gesellschaft. Die Folgen der von der SED praktizierten Entbür-

gerlichung der gesamten Gesellschaft sind bis heute spürbar. Dabei war die Haltung einer solchen radikalen »Privatisierung« zugleich eine Abwehr des Einzelnen gegen den alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens durchdringenden Machtanspruch der allein herrschenden Partei (SED) und als ökonomisches Organisationsprinzip notwendig für das Zusammenleben. Beziehungen und Familie ersetzen das Fehlen des Marktes und der Öffentlichkeit. Verbunden war dies dann noch mit einer überhöhten Erwartungshaltung an den Staat. Die Menschen nahmen den totalitären Staat, der sich in alles einmischte und kontrollierte, in seiner Machtfülle beim Wort: Der Staat ist für alles zuständig.

Die Folgen der doppelten Enteignung in den Zeiten der SED-Herrschaft – zunächst der Gesellschaft durch den Staat und dann des Staates durch die eine Partei – wirken bis heute nach. Die für eine freie Gesellschaft notwendige Unterscheidung zwischen Staat und Gesellschaft, zwischen Legislative und Exekutive, zwischen Zivilgesellschaft und Staat war nur gering ausgebildet. Für Mecklenburg-Vorpommern kommt zu dem doppelten Erbe der NS- und der DDR-Zeit noch die jahrhundertelange Tradition paternalistischer Strukturen im ländlichen Raum hinzu. Diese eingeübte, letztlich aber vor-moderne Praxis des Rückzugs aus der Sphäre des Öffentlichen verband sich nach 1990 mit den emanzipatorischen Individualisierungsprozessen einer freien offenen Gesellschaft und deren permanenten Entscheidungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten in der persönlichen Lebensgestaltung.

2.2. Aktuelle Probleme fehlender Gestaltungsmöglichkeiten in den ländlichen Räumen

Es müssen Lösungen angesichts der demografischen Entwicklung und der notwendigen Vitalisierung ländlicher Räume gefunden werden. Wie kann es gelingen, auch in den von Wegzug bedrohten Regionen des Bundeslandes ein Potenzial an demokratischen Ressourcen zu erhalten? Mit den ambivalenten Folgen der Kreisgebietsreform in Mecklenburg-Vorpommern, den damit verbundenen langen Wegen, dem zunehmenden Gewicht der Verwaltungen in den demokratischen Steuerungsprozessen und den aus finanziellen Gründen sehr geringen Gestaltungsspielräumen

der Kommunen wird einer eher skeptischen und distanzier-ten Haltung zur Demokratie Vorschub geleistet. Im Alltag verfestigt sich so für viele Menschen das Lebensgefühl, der Staat habe sich aus der Fläche zurückgezogen. Zugleich gibt es in vielen Dörfern ein zivilgesellschaftliches Engagement, beispielsweise in Kulturvereinen oder im Wiederbeleben von Dorfläden. Um solche Initiativen demokratischen Miteinan-ders zu stärken und auf Dauer zu stellen, braucht es zugleich die Unterstützung durch staatliches Handeln.

2.3. Extremistische Einstellungen und völkisches Denken

Wir haben es mit einer enormen Spannbreite des organi-sierten bzw. diffusen Rechtsextremismus zu tun. Im Blick auf die Strukturen sind klar institutionalisierte und teilweise auch militante Formen festzustellen, wie die NPD, der NSU oder in den Kameradschaften. Zugleich gibt es, gerade im ländlichen Raum, sehr offene Strukturen mit einem nach außen (vermutlich im Unterschied zur inneren Verfasstheit) sehr offenen Verhalten. Und es lassen sich seit geraumer Zeit Tendenzen beobachten, dass sich rechtsextremistisches Verhalten in eher diffusen und deshalb nur sehr schwer zu identifizierenden Netzwerken organisiert. Die Ambiva-lenz der Alternative für Deutschland (AfD) gehört in diesen Bereich. Gerade im Blick auf den einzelnen Menschen ist zu unterscheiden zwischen verfestigten Haltungen gruppen-bezogener Menschenfeindlichkeit, punktuellen Ansätzen fremdenfeindlicher, rassistischer, antisemitischer und ander-er Ressentiments und einer eher allgemeinen Anfälligkeit gegenüber solchen Vorurteilen (der Annahme einer prinzi-piellen Ungleichheit aller Menschen). In der Auseinander-setzung mit solchen Haltungen bedarf es deshalb eines differenzierten Ansatzes. Dabei vollzieht sich diese Auseinandersetzung im Kontext einer Vertrauenskrise gegenüber den Institutionen der Demokratie und ihrer Bindekräfte. Pluralismus und Meinungsstreit sind oft negativ konno-tiert. Die zentrale Kritik an den demokratischen Akteuren im Nordosten kreist um das scheinbare oder reale Versa-gen angesichts der sozialen und wirtschaftlichen Probleme unserer Gesellschaft und entzündet sich dabei insbesondere an dem Thema der sozialen Gerechtigkeit.

2.4. Einen offenen Meinungsstreit zulassen

Wer eine offene Gesellschaft will, muss auch abstruse Mei-nungen und deren öffentliches Äußern zulassen. Der Streit um das hohe Gut der Meinungsfreiheit ist die vierte Her-ausforderung für das demokratische Gemeinwesen. Der für

Eine offene Gesellschaft muss auch abstruse Meinungen zulassen.

eine offene Gesellschaft notwendige Meinungsstreit wird von zwei Seiten bedroht. Zum einen durch einen zuneh-menden Populismus. Dieser verklärt die je eigene Meinung zum angeblichen Willen des Volkes. Gefährlich wird solcher Populismus, wenn er versucht, die Deutungshoheit zu gewinnen, und die Abgrenzungen, die ihm eigen sind, zu Stigmatisierungen und letztlich zu Ausgrenzungen von Men-schen führen. Populismus ist ein schleichendes Gift und so eine Gefährdung der Demokratie. Zum anderen kann aber auch in der notwendigen Auseinandersetzung mit populistischen Strömungen die nötige Differenzierung auf der Strecke bleiben. In der demokratischen Debatte ist »Populismus« zunehmend zum Kampfbegriff geworden, der eine sachge-rechte Auseinandersetzung unterläuft.

3. Die Demokratie braucht sie alle: den Einzelnen, die Gemeinschaft, die Gesellschaft und den Staat

In allen vier Dimensionen zeigt sich: Demokratie ist anstren-gend und braucht ermutigende Erfahrungen im Alltag.

Demokratie ist anstrengend und braucht ermutigende Erfahrungen im Alltag.

Die bisherigen Praxiserfahrungen der Evangelischen Aka-demie der Nordkirche mit ihren beiden Regionalzen-tren für demokratische Kultur lassen sich in Überein-

stimmung mit aktuellen Studien der Sozialwissenschaft, Entwicklungspsychologie und Pädagogik auf eine einfache Formel bringen: Wir brauchen mehr Menschen, die bereit und in der Lage sind, sich in ihrer gesamten Lebenswelt für Demokratie und gegen antidemokratische Bestrebungen und Strukturen zu engagieren. Mit anderen Worten, wir brauchen Konzepte und Methoden, die für einen Zuwachs an Motivation, Befähigung und Gelegenheit wirken.

Im Nahbereich der Kommunen ist die Herausforderung zum einen besonders groß, da nachbarschaftliche Strukturen und ein entsprechendes Miteinander manchmal die offene Auseinandersetzung erschweren. Zum anderen bietet gerade der überschaubare Rahmen der Kommunalpolitik vielfältige Möglichkeiten, persönliches Engagement, gemeinsame Praxis, zivilgesellschaftliches Agieren und staatliches Handeln in ein fruchtbares Miteinander zu bringen. Jedes dieser Handlungsfelder ist notwendig und jedes ist anders als die anderen.

a) Notwendig ist eine Motivation zur Demokratie. Die Vermittlung theoretischen Wissens um demokratische Strukturen und Prozesse bleibt abstrakt, solange es nicht Bestandteil der eigenen aktiven Alltagsgestaltung wird. In den nicht mehr ganz jungen Bundesländern fühlen sich immer noch

Zu wenige nehmen Demokratie als persönliche Chance und Bereicherung wahr.

zu wenige für das Gelingen gesellschaftspolitischer Prozesse mitverantwortlich, und noch weniger nehmen Demokratie bislang als persönliche Chance und Bereicherung wahr. Durch Beratung, Bildung, Diskurskultur und Begleitung/Coaching können mehr Menschen als bisher für die Gefahren

demokratiefeindlicher Haltungen sensibilisiert und dafür gewonnen werden, in ihrem beruflichen und privaten Alltagsleben aktiv für Demokratie zu wirken.

b) Notwendig ist eine Befähigung zur Demokratie. Dies geschieht durch Wissen über die Demokratie. Denn immer mehr Menschen begegnen der demokratischen Gesellschaftsordnung und ihren Akteuren mit Vorbehalten: Viele – bspw. in Mecklenburg-Vorpommern – haben die Veränderungen der letzten Jahre als persönliche Krise erlebt, Massenarbeitslosigkeit, Abwanderung und die Auflösung sozialer Bezüge prägten und prägen das Leben und damit auch das Verhältnis zur Demokratie und das Verständnis von Demokratie. Die daraus resultierende Haltung ist häufig geprägt durch Resignation und Rückzug in die Sphäre des Privaten. Gleichzeitig wird Demokratie aber auch unkritisch idealisiert und mit einer Vielzahl unrealistischer Forderungen und Erwartungen überhäuft: Demokratie soll transparent und schnell in ihren Maßnahmen sein, Wohlstand und Freiheit garantieren, allen individuellen Einzelinteressen in vollem Umfang entsprechen und Gleichheit der Lebensbedingungen gewährleisten. Wachsende Unzufriedenheit mit der politischen Praxis ist vor dem Hintergrund solcher Erwartungshaltungen zwangsläufig. Unzulänglichkeiten der Alltagspolitik, mühsame und langwierige Verhandlungen und mitunter unbefriedigende Kompromisslösungen werden oft nicht als Wesensmerkmale demokratischer Praxis wahrgenommen.

Die Befähigung zur Demokratie geschieht ergänzend zur Wissensvermittlung durch demokratische Erfahrungen. Um demokratiefeindlichen Positionen den Nährboden zu entziehen, muss demokratisches Miteinander mehr sein als ein utopischer Anspruch: Es braucht eine erlebbare und konkrete Alltagspraxis möglichst vieler Menschen. Nur durch ihre aktive Teilhabe an politischen Prozessen können Menschen Demokratie als eine Chance und Bereicherung wahrnehmen und sich für das Gelingen mitverantwortlich fühlen. Das Ler-

nen durch Demokratie sollte so früh wie möglich beginnen, ideal für gezielte Anreize sind die Lernorte Kita und Grundschule.

Entscheidend für eine gelingende Vermittlung demokratischer Werte sind sowohl die Haltung des Vermittelnden als auch eine demokratische Struktur des Lernumfeldes. Ziel sollte die Schaffung eines Klimas sein, in dem ein ehrlicher und gleichberechtigter Austausch über Wertorientierungen und Haltungen sowie die daraus resultierenden politischen Positionen möglich ist. Kinder sollen so früh wie möglich die Erfahrung machen, dass ihre Wünsche und Bedürfnisse wahrgenommen und respektiert werden, die Umsetzung aber einerseits von festen Rahmenbedingungen und andererseits von den Interessen und Bedürfnissen anderer abhängig ist. Vorrangig ist deshalb die Entwicklung, Durchführung und Begleitung von demokratiefördernden Bildungsmaßnahmen.

c) Notwendig ist die Gelegenheit zur Demokratie. Es fehlt insbesondere in den ländlichen Regionen schlicht an Möglichkeiten für demokratisches Engagement. In den am wenigsten besiedelten Räumen hat sich zum Teil sogar eine rechtsextreme Bewegung etabliert, die durch die Gründung von Vereinen und Bürgerinitiativen erfolgreich in dieses zivilgesellschaftliche Vakuum eindringt. Es ist deshalb nötig, Bürgerinnen und Bürger gerade in solchen Regionen zu ermutigen und zu begleiten, wenn sie sich für eine pluralistische und an den Grundwerten der Menschenrechte orientierte Gesellschaft engagieren wollen. Dies darf aber nicht bevormundend geschehen, sondern braucht das sensible Wahrnehmen der jeweiligen Möglichkeiten vor Ort.

Um angesichts der genannten Herausforderungen bestehen zu können und Demokratie als Lebensform zu stärken, brauchen wir das Miteinander von engagierten Personen, zivilgesellschaftlichen Vereinen und staatlichen Akteuren. Die

Angebote der Beratung und Begleitung durch die Mitarbeitenden der Regionalzentren für demokratische Kultur im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern sind dabei ein hilfreiches Instrument.

Der Autor dankt den Mitarbeitenden der beiden Regionalzentren für demokratische Kultur in Trägerschaft der Evangelischen Akademie der Nordkirche, insbesondere deren Leitung, Elisabeth Siebert und Hartmut Gutsche, für die hilfreiche Unterstützung beim Schreiben dieses Textes.

Mehr über die Evangelische Akademie der Nordkirche und ihre beiden Regionalzentren für demokratische Kultur: www.akademie-nordkirche.de

Lesen Sie auch das Interview mit Eric Wallis, Leiter des Regionalzentrums für Vorpommern-Greifswald, auf Seite 42.

Zehn Thesen zu der Frage, was nun zu tun ist



Prof. Dr. Harald Welzer, Direktor der gemeinnützigen Stiftung FUTURZWEI sowie Vorstand der Initiative Offene Gesellschaft in Berlin, lehrt an der Europa-Universität Flensburg und an der Universität Sankt Gallen.

Zwischenruf von Prof. Dr. Harald Welzer

Schön, dass sich in England eine Bewegung gegen den Brexit formiert. Schön auch, dass es in den USA Proteste und Demonstrationen gegen den Präsidenten und seine Regierung gibt, großartig vor allem, dass die Checks and Balances funktionieren, so ganz gegen die Wünsche und Absichten des Präsidenten. Aber viel besser wäre es gewesen, wenn es den Brexit nicht gegeben und wenn Trump nicht gewählt worden wäre. Es ist viel leichter, für die Demokratie und die Offene Gesellschaft, für Liberalität und Gleichheit einzutreten, solange die Demokratie und die Offene Gesellschaft noch bestehen. Wenn Autokraten an die Macht kommen, setzen sie alles daran, diese Macht zu sichern und auszubauen, und das bedeutet immer: die Demokratie zu bekämpfen und ihre Institutionen unter Druck zu setzen.

Das geschieht nicht nur in den USA, sondern auch in Ungarn, in Polen und vor allem in der Türkei. In Deutschland ist die Gefahr einstweilen gering, dass das Land neurechten Bewegungen nachläuft, aber gerade darum ist dieses Land ein Stabilitätsanker für die Demokratie weltweit, und gerade deswegen muss es in diesem Land eine starke pro-demokratische Bewegung geben. Die Demokratie und die Offene Gesellschaft sind zivilisatorisch zu wertvoll, als dass man sie der Politik allein überlassen dürfte. Daher die folgenden Thesen:

1. Wir brauchen eine soziale Bewegung, die sich dem Weiterbauen am zivilisatorischen Projekt der Offenen Gesellschaft verschreibt. Eine Bewegung »dafür«.
2. Verfassungen wie das Grundgesetz sind das perfekte Rahmenwerk der Offenen Gesellschaft, die sich dadurch auszeichnet, dass sie durch Kritik, etwa durch soziale Bewegungen, modernisierungsfähig ist und bleibt.
3. Wir müssen also die Offene Gesellschaft verteidigen, wenn wir Modernisierung wollen – zu einer sozialökologischen Transformation, zu mehr Gerechtigkeit, verringerter sozialer Ungleichheit, Reduzierung der skandalösen Bildungungleichheit, Zukunftsorientierung der Parteiprogramme u. a. m.
4. Eine soziale Bewegung für die Offene Gesellschaft ist etwas Neues: Denn in der Gegenwartsgesellschaft richtet sich alle Aufmerksamkeit auf das Dagegensein. Das ist nachvollziehbar, denn Dagegensein ist viel einfacher als Dafürsein. Es erspart eine eigene konstruktive Leistung. Für etwas zu sein erfährt daher jede Menge routinierte Kritik: von den analytischen Durchblickern und gut ausgebildeten Zynikern, von den Personengruppen, die gern hassen, von vielen Medienvertretern, die irrigerweise annehmen, dass ihre Geschäftsgrundlage Kontroverse und Hysterie sei.
5. Eine soziale Bewegung ist eine analoge Bewegung, d. h. sie erfordert das Dabeisein, das Auftreten, Hingehen, Debattieren, Demonstrieren, also körperliche Präsenz und Erfahrung.
6. Es gab in Deutschland Ansätze zu einer solchen Bewegung: Anti-Pegida-Demonstrationen waren Demonstrationen FÜR Demokratie, ebenso wie das zahlenmäßig gigantische und höchst praktische Eintreten unendlich vieler Bürgerinnen und Bürger für die Aufnahme der Flüchtlinge, das auch ein Eintreten FÜR unsere Form von Gesellschaft war. Solche Sternstunden der Demokratie und der Offenen Gesellschaft sind weder politisch noch medial in ihrer Bedeutung zur Kenntnis genommen worden.
7. Man sollte an diesem Eintreten für die Demokratie die gegen das Gemeinwohl gerichteten Bestrebungen von schlecht integrierten Angehörigen der Eliten messen: also etwa die Handlungen und Haltungen von Politikern wie Horst Seehofer oder Managern von Wirtschaftsunternehmen wie Volkswagen oder Deutsche Bank. Hier herrscht eine Kultur der Missachtung gesellschaftlicher Standards vor, die demokratiegefährdend ist.
8. Ein soziale Bewegung für unsere, also die Offene Gesellschaft muss in den Konflikt gehen, Streitbar und verletzlich sein.
9. Eine soziale Bewegung für unsere, also die Offene Gesellschaft muss lustvoll, einladend, attraktiv sein. Was kein Problem ist, besonders im Vergleich zu dem, was die Feinde der Offenen Gesellschaft zu bieten haben.
10. Die Weimarer Republik ist nicht daran gescheitert, dass sie zu viele Feinde hatte, sondern daran, dass sie zu wenig Freundinnen und Freunde hatte. Also fangen wir mal an mit der Bewegung.

Stichwort: Offene Gesellschaft

Der Begriff geht auf das 1945 erschienene Buch »Die offene Gesellschaft und ihre Feinde« des Philosophen und Wissenschaftstheoretikers Karl Popper zurück. Er bezeichnet zunächst eine Gesellschaftsordnung, die auf abstrakten Regeln und Relationen wie Recht und Arbeitsteilung basiert und die sich substantiell auf rationale Entscheidungen der Individuen stützt. Die offene Gesellschaft steht in der Tradition des Liberalismus und beruht im Kern auf der diskriminierungsfreien, formellen Rechtsgleichheit ihrer Mitglieder. Ihr Gegensatz ist die geschlossene Gesellschaft, mit der Popper kollektivistische und totalitäre Gesellschaftsformen bezeichnete. Allerdings kann man auch Klassengesellschaften mit geringer sozialer Durchlässigkeit und wenig Elitenmobilität als geschlossen betrachten. Im Verständnis von Popper ist die offene eine demokratische Gesellschaft, deren wesentliches Merkmal in der Möglichkeit einer gewaltfreien Übertragung der Macht besteht. Dieses Prinzip grenzt Popper deutlich von einem Demokratieverständnis ab, nach dem die Demokratie ein Verfahren ist, das die Interessen der Mehrheit zum Ausdruck bringt.

Die Redaktion



Im März 2017 erschien Harald Welzers Buch »Wir sind die Mehrheit. Für eine offene Gesellschaft« (Fischer Taschenbuch). Es liefert »Argumente gegen Rechtspopulisten und andere Menschenfeinde«, so die Verlagsankündigung. Populisten würden den öffentlichen Diskurs dominieren, Politik und Medien reagierten aufgeschreckt. »Es scheint fast vergessen, dass es immer noch eine demokratische und freiheitliche Mehrheit gibt. Zeit sich zu Wort zu melden!«



Dr. Eric Wallis leitet in Anklam das RAA-Regionalzentrum für demokratische Kultur Vorpommern-Greifswald. Er studierte in Greifswald und im schwedischen Göteborg Sprachwissenschaft, Kommunikation und Psychologie. In seiner Dissertation befasste er sich mit politischer Kommunikation und Kampagnen-Sprache. Träger des Zentrums in Anklam wie auch des Zentrums in Neubrandenburg (für die Mecklenburgische Seenplatte) ist der Verein Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA).

»Die Lösungen liegen meist schon in den Menschen«

Fünf Regionalzentren für demokratische Kultur gibt es in Mecklenburg-Vorpommern. Dr. Eric Wallis, Leiter des Zentrums in Vorpommern-Greifswald, beleuchtet im Gespräch mit Franziska Wells Entstehung, Arbeitsweise und Umfeld und geht auch auf die Bedeutung der Kirche ein.

Seit wann gibt es das Regionalzentrum und wie sind Sie aufgestellt?

Dr. Eric Wallis: Nachdem 2007 die NPD in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern einzog, wurden im Land fünf Regionalzentren ins Leben gerufen. Salopp gesagt haben diese den Auftrag, Rechtsextremismus zu verhindern. Ich leite das Regionalzentrum in Vorpommern-Greifswald, dem drittgrößten Flächenlandkreis Deutschlands. In unserem Landkreis gibt es rechtsextreme Kameradschaften, rechte Wählergemeinschaften, die NPD hat eine Geschäftsstelle in Anklam. Dass die NPD damals in den Landtag kam, verdankt sie ganz entscheidend hohen Wählerzahlen in unserem Landkreis. Rechtsextreme Einstellungen sind hier also stärker verbreitet als anderswo.

»Extremistische Einstellungen gedeihen dort, wo das Vertrauen in den Staat erschüttert ist.«

Extremistische Einstellungen gedeihen dort, wo das Vertrauen in den Staat erschüttert ist. Wer keine Verantwortung mehr übernimmt für die Gesellschaft, in der er oder sie lebt, sucht die Schuld bei Ausländern, bei der EU, bei »denen da oben«. Unsere Aufgabe ist daher nicht einfach, denn es

reicht ja nicht, einen Videoabend zum Rechtsextremismus zu veranstalten oder einen Vortrag zu den Symbolen von Rechtsextremen zu halten. Wir sind ein fünfköpfiges Team und haben je zwei Beraterinnen für das Gemeinwesen und die Demokratiepädagogik. Unsere Themen sind Prävention, Hilfe zur Selbsthilfe, Vernetzung und Fortbildung wichtiger Akteure.

Wann werden Beratungen in Anspruch genommen?

Beratungen werden immer öfter auch präventiv in Anspruch genommen. Die Frage lautet dann: Wie kann ich trotz aller Probleme in meiner Kommune eine aktive Bürgergesellschaft herstellen? Wir stellen dann fest, dass in solchen Gemeinden wegen einer ganzen Menge Frust gar nicht mehr miteinander geredet wurde.

Oft werden wir nicht einmal dann offiziell angefragt, wenn etwas vorgefallen ist. Man möchte sich nicht als »rechte Ecke« abstempeln lassen, das bringt negative Schlagzeilen. Dieses Ausweichen macht es oft noch viel schlimmer. Dann erst verfestigen sich solche Einstellungen, weil Menschen denken, es wäre erlaubt, Integrationshelfer und Ehrenamtliche zu bespucken, zu beleidigen, anzupöbeln oder zu attackieren. Bürgervertreter, die verantwortlich handeln, haben ein Gespür dafür, dass unangenehme Dinge wie Rassismus der ganzen Gemeinde schaden, und wenden sich frühzeitig an uns. Politische Verantwortung trägt man eben nicht nur, wenn es darum geht, Sportplätze einzuweihen, sondern vor allem, wenn Herausforderungen anstehen.

Wir unterstützen Netzwerke und Bündnisse, die sich gründen wollen, und bringen die wichtigen Akteure zum Beispiel beim Thema Integration regelmäßig zusammen. Wir koordinieren den Prozess zu einem Integrationskonzept

unseres Landkreises mit vielen Teilnehmern aus der Zivilgesellschaft.

Ein zweiter großer Teil unserer Arbeit ist die Demokratiepädagogik, denn demokratisches Miteinander will gelernt sein und unsere Schulpläne lassen dafür nicht sehr viel Zeit, bei all dem Wissen, das es heute noch zu vermitteln gibt. Wir bilden Lehrer*innen und Schulsozialarbeiter*innen weiter mit dem »Klassenratskoffer«. Wir unterstützen Schulen auf dem Weg zum Titel »Schule ohne Rassismus« und wir zeigen, wie man Toleranz und Akzeptanz vermitteln kann.

Wie läuft eine mobile Beratung ab?

Das ist ganz unterschiedlich und richtet sich nach den Anfragen. Wir sind für alles offen und kennen unser Handwerkszeug, um auf jede erdenkliche Situation reagieren zu können. Die Lösungen liegen meist schon in den Menschen, unsere Aufgabe besteht darin, die nötigen Schritte mit ihnen gemeinsam zu gehen, sodass sie die Umsetzung effektiv angehen können. Dafür sind wir auch zertifiziert. Wichtig ist: Unsere Beratungen sind kostenfrei, wir sind mobil und kommen auch ins letzte Dorf, Beratungsinhalte verbleiben bei den involvierten Personen und wir bleiben auch dann am Ball, wenn es schwieriger wird.

Wie wird Demokratie durch Ihre Arbeit gestärkt?

Wenn ländliche Räume Strukturen verlieren, schwindet das Vertrauen. Die Menschen müssten nun selbst etwas unternehmen. Sie dürfen auch unbequem sein, das lässt unsere Gesellschaft zu. Wo man sich nicht aufrafft, sondern Flüchtlinge oder allgemein Ausländer verantwortlich macht für eigenen Frust, dort schadet man am Ende sich selbst. Denn es werden Unterschiede gemacht, wo keine sein dürfen. Es gibt keine Menschen zweiter Klasse, sonst können morgen nicht mehr nur Flüchtlinge diese Menschen sein, sondern jeder von uns. Unsere Arbeit befähigt die Menschen, selbst aktiv zu werden, sich verantwortlich zu fühlen, etwas zu gestalten, rechtsextreme Einstellungen als das zu erkennen, was sie sind: ein Schaden für uns alle.

Gibt es besondere Herausforderungen der Arbeit in Vorpommern? Ist Demokratie hier weniger verankert als anderswo in Deutschland?

Um Demokratie zu verankern, müssen Menschen sie gespürt und ausprobiert haben. Unsere ländliche Ecke war bis ins 19. Jahrhundert von der Leibeigenschaft geprägt. Kaiserreich und Nationalsozialismus hatten keine freien Bürger zum Ideal. Und auch die DDR und die LPGs haben die Menschen nicht so recht mit der Demokratie auf Tuchfühlung gebracht, in der freibestimmte Menschen sich als verantwortlicher Teil des Staates fühlen und sich für ihre

Bedürfnisse einsetzen. Seit 1990 nun gibt es diese Möglichkeit. Leider nutzen in Mecklenburg-Vorpommern 20 Prozent der Menschen diese Möglichkeit kaum aus, sondern vertrauen Rechtspopulisten, die behaupten, dass Ausländer für ihre Probleme verantwortlich seien. Ich stelle dann immer die Frage, ob diese Menschen glauben, es ginge ihnen in irgendeiner Weise besser, wenn die Ausländer wieder weg wären.

»Um Demokratie wertzuschätzen, muss man sie ausprobiert haben.«

Ich denke aber auch, dass die rechten Einstellungen kein Problem nur Mecklenburg-Vorpommerns sind. Die Politikwissenschaft attestiert etwa 20 Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung sehr rechte Einstellungen. Wie gesagt, um Demokratie wertzuschätzen, muss man diese ausprobieren. Da beißt sich die Katze in den Schwanz: Wer sich nicht vor Ort einsetzt und als Bürger versucht, Probleme auf den Tisch zu bringen, der wird nichts erreichen, der wird nicht mit seinen Politikern ins Gespräch kommen und wird weiterhin empfinden, es würde über seinen Kopf hinweg entschieden. Ich sage nicht, dass es einfach wird, Dinge so zu gestalten, wie man es möchte. Aber man sollte es doch wenigstens mit Eifer versuchen, bevor man den Rechtspopulisten glaubt, die Flüchtlinge seien an allem schuld.

Welche Rolle spielen Kirchengemeinden für Ihre Arbeit?

Eine wichtige. Gerade im ländlichen Raum, wo der Rückzug der Strukturen vorangeht. Wo Ämter und Sparkassen fusionieren, Krankenhäuser dichtmachen, Bus und Bahn immer seltener fahren, weil es eben weniger Menschen gibt, sind die Kirchen mit ihren Aktivitäten wichtige Orte, wo die Menschen zusammenfinden können.

Welche Wünsche und Erwartungen haben Sie an Kirche?

Da ich weiß, dass die Kirchen bereits viel machen und ich sehr viele aktive Pastor*innen kenne, halte ich mich mit Erwartungen zurück, denn diese stehen mir nicht zu. Ich wünsche mir jedoch eine wache Kirche, die auch für junge Menschen attraktiv ist.

Das Gespräch führte Pastorin Franziska Wells.

Mehr über das Regionalzentrum Vorpommern-Greifswald: www.demokratie-mv.de

Zwei weitere Regionalzentren sind in Trägerschaft der Evangelischen Akademie der Nordkirche. Lesen Sie auch den Beitrag von Akademie-Direktor Klaus-Dieter Kaiser auf S. 34.

Demokratie in Unternehmen ist doch gut – oder?

Neue Organisationsformen gesucht: Vernetzung, Selbstbestimmung und Kooperation sollen die hierarchische Struktur in Unternehmen ablösen. Doch welche Chancen, welche Risiken bringt die neue Unternehmensdemokratie mit sich? Und was bedeutet das für die verfasste Mitbestimmung, eine demokratische Errungenschaft, die es schon lange gibt?

Von Monika Neht

Unternehmen und ihre Beschäftigten stehen in Zeiten der Digitalisierung und Globalisierung vor vielfältigen Herausforderungen: Digitalisierung erfordert neue Kommunikations- und Beteiligungsmöglichkeiten in Unternehmen; junge Menschen erwarten mehr Selbstbestimmung, Gestaltungsräume und Sinn in ihrer Arbeit; Unternehmen

müssen agiler werden, um auf die rasanten technischen und wirtschaftlichen Veränderungen schnell reagieren zu können; Deutschland braucht mehr soziale Innovationen und soziale Innovationen brauchen mehr Beteiligung der Beschäftigten; Unternehmen sollen die Produktionsintelligenz ihrer Mitarbeitenden nutzen und haben zu wenig Zeit, Abstimmungen durch mehrere Hierarchiestufen laufen zu lassen.

So oder ähnlich lauten die Beschreibungen der aktuellen Trends in der Arbeitswelt. Die Schlussfolgerungen ähneln sich ebenfalls: Die herkömmliche Organisation der Unternehmen mit top-down-Strukturen, Abteilungsdenken und einem Machtgefälle entsprechend der Hierarchie stößt an ihre Grenzen. Um unter komplexen, unsicheren, sich schnell ändernden und oft mehrdeutigen Umweltbedingungen erfolgreich zu sein, muss das Unternehmen agil sein,

d. h. sich schnell auf neue Bedingungen einstellen, sich in unterschiedlichen Szenarien bewegen und mit der Umwelt in gutem Kontakt sein können. Für die Beschäftigten bedeutet dies: Ihre Fähigkeit, sich in Prozessen mit vielfältigen Schnittstellen zu anderen Akteuren und Prozessen zu bewegen, wird wichtiger als die Fähigkeit, sich in hierarchischen Strukturen zurechtzufinden.

Auf der Suche nach neuen Organisationsformen rücken insbesondere Start-ups aus der IT-, der Internet- und der Kreativbranche in den Fokus. Hier scheint zu funktionieren, was man auch in größeren, klassischen Unternehmen anderer Branchen nun braucht und bieten möchte: Vernetzung, Selbstbestimmung, Autonomie, Innovationskraft, Kreativität, Kooperation über verschiedene Bereiche und Organisationen hinweg.¹ Zugleich ist es einsichtig, dass all dies kaum

angeordnet werden kann, sondern von den Beschäftigten nur freiwillig geleistet wird. Dafür braucht es eine Unternehmenskultur, die die Erwartungen der Beschäftigten aufnimmt: die eigene Meinung einbringen zu können, Arbeitsbedingungen selbst zu gestalten und an unternehmerischen

**Start-ups machen es vor:
Autonomie schlägt Hierarchie.**

Entscheidungen beteiligt zu werden. Insofern verwundert es nicht, dass zunehmend häufiger festgestellt wird: Unternehmen müssten demokratischer werden, um wirtschaftlich erfolgreich zu sein und ihre Attraktivität auf dem Personalmarkt zu steigern.

¹ Dass es im Zuge der Digitalisierung zugleich zu einfachen Tätigkeiten mit einem hohen Grad an Formalisierung und Standardisierung kommt, in denen Individualität gerade nicht gefragt ist, sei an dieser Stelle nur erwähnt.

2015 erschienen gleich zwei Bücher zu demokratischen Organisationsformen von Unternehmen. Sowohl in dem Buch von Andreas Zeuch »Alle Macht für niemand«² wie auch in dem Sammelband »Das demokratische Unternehmen«³, herausgegeben unter anderem von dem ehemaligen Telekom-Vorstand Thomas Sattelberger, werden die verschiedenen Ansätze sowie Beispiele von Unternehmen vorgestellt, die demokratische Elemente in ihre Organisation eingeführt haben. »Das demokratische Unternehmen« wurde gar zum »Managementbuch des Jahres 2015« gewählt.

Fast zeitgleich sind einige Dokumentarfilme zu neuen Umgangs- und Organisationsformen in Unternehmen erschienen, die auf Veranstaltungen gezeigt und diskutiert werden und die in den Zusammenhang der Demokratisierung von Unternehmen gestellt werden können. Im Rahmen des Filmfestivals »Futurale« des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales wurde z. B. der Film »Mein wunderbarer Arbeitsplatz«⁴ gezeigt: Unternehmen befreien sich und ihre Beschäftigten von starren Hierarchien und Strukturen, fördern Selbstbestimmung und Vernetzung. Seit 2015 werden vielerorts Veranstaltungen rund um die Kurzfilme »Augenhöhe« durchgeführt, in denen Unternehmen vorgestellt werden, die neue Werte in der Arbeitswelt umsetzen wollen. Die Filmreihe wurde durch eine der erfolgreichsten Crowdfunding-Kampagnen in Deutschland finanziert.⁵

Dieser Trend zur Demokratie kann irritieren: Heißt es nicht, dass die Demokratie in unserer Gesellschaft gefährdet sei? Und nun setzen ausgerechnet Unternehmen auf die Demokratisierung ihrer Organisation? Ist die verfasste Mitbestimmung in Betrieben nicht bereits eine großartige demokratische Errungenschaft? Aber in den Filmen und in den Büchern spielt sie keine oder eine nur sehr untergeordnete Rolle.⁶ Was also ist eigentlich damit gemeint, wenn von »demokratischen Unternehmen« oder »Unternehmensdemokratie« die Rede ist?

Wann ist ein Unternehmen ein demokratisches Unternehmen?

Während sich der Begriff der Wirtschaftsdemokratie bisher in erster Linie auf die makroökonomische Ebene bezieht, setzt Unternehmensdemokratie auf der Betriebsebene an. Wobei wirtschaftspolitische Regelungen zum Teil den Rah-

men für demokratische Gestaltungen auf der Unternehmenzebene setzen (z. B. durch das Betriebsverfassungs- oder das Montan-Mitbestimmungsgesetz).

Auffällig ist, dass Beschreibungen der Unternehmensdemokratie oftmals gerade nicht die verfasste Mitbestimmung meinen, wie sie etwa im Betriebsverfassungsgesetz beschrieben wird. Es geht nicht um eine kollektive Interessenvertretung, sondern um die individuelle Beteiligung an Entscheidungsprozessen im Unternehmen, um »Mitbestimmung und Demokratie in der ersten Person«.⁷ Für Sattelberger ist das ein Fortschritt, denn in der verfassten Mitbestimmung würde Demokratie in der »klassischen Duopol-Diskussion«⁸ zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern stattfinden. Die Mitarbeitenden würden entweder geschützt oder gar entmündigt, in jedem Fall zu Objekten werden. In demokratischen Unternehmen dagegen würden die Mitarbeitenden als Subjekte gesehen, die sich selbst vertreten. Damit unterschätzt Sattelberger allerdings die Bedeutung der Individuen in der verfassten Mitbestimmung: Sie wählen ihre Vertreter*innen in Gewerkschaften und Betriebsräten und nehmen in Versammlungen Einfluss auf die Strategie ihrer Vertretungen, agieren also als Subjekte. Doch geht es Sattelberger nicht darum, die Sozialpartnerschaft von Gewerkschaften und Arbeitgebern abzuschaffen, sondern zu ergänzen: »Trio statt Duo – Arbeitgeber, Gewerkschaften und das Individuum.«⁹

Sattelberger identifiziert vier Dimensionen eines demokratischen Unternehmens: Zum einen werden *Führungskräfte (ab)gewählt* oder auf Zeit berufen (siehe das Beispiel der Haufe-umantis AG im Kasten). Auf der Arbeitsebene können zweitens Mitarbeitende ihre Arbeit, Arbeitsinhalte und wesentliche Arbeitsbedingungen *selbstbestimmt gestalten*. In der dritten Dimension gestaltet das Unternehmen seine Organisation vielfältig, *chancenfair* und *diskriminierungsfrei*. Die vierte Dimension des »gesunden Unternehmens« bezieht sich sowohl auf gesundes Arbeiten wie auch auf »die Verteilung des Erwirtschafteten auf die Stakeholder und das organische Zusammenwirken von Wirtschaft und Gesellschaft«.¹⁰

Zeuch spitzt den Kern der Unternehmensdemokratie auf eine Frage zu: »Wer definiert Probleme in einem Unternehmen oder einer Organisation?«¹¹ Wer die Definitions-

macht hat, entscheidet, was im Unternehmen zum Thema wird. »Infolgedessen ist es nicht nötig, über die Entscheidungskultur [sic] hinaus inhaltliche Themen einer Demokratisierung vorzugeben. Das wäre vielmehr ein Widerspruch, denn es käme einer Bevormundung gleich.«¹²

Nach dieser Definition wären Unternehmen, die keinen Betriebsrat haben, keineswegs per se undemokratisch. Sie sind es erst dann, wenn die Beschäftigten keine Möglichkeit haben, das Thema auf die Tagesordnung zu stellen, zu diskutieren und darüber demokratisch zu entscheiden.

Führungskräfte werden (ab)gewählt Das Beispiel Haufe-umantis AG

Das Softwareunternehmen hat sehr früh demokratische Unternehmensführung implementiert. Auslöser war im Jahr 2003 die Unzufriedenheit der Beschäftigten mit einer strategischen Entscheidung der Leitung, die nach einigen Diskussionen revidiert wurde. Dieses Schlüsselereignis führte zur Einführung demokratischer Elemente:

- Alle Beschäftigte haben Entscheidungsbefugnisse.
- Die Unternehmensstrategie wird gemeinsam festgelegt.
- Grundlegende Entscheidungen werden von allen gemeinsam getroffen (wie z. B. die Übernahme durch die Haufe-Gruppe 2011).
- Die Führungskräfte und die Geschäftsleitung werden in regelmäßigen Zyklen nach einem Bewerbungs- und Diskussionsprozess neu gewählt und können abgewählt werden.
- Die Beschäftigten definieren den Personalbedarf, suchen nach Bewerber*innen und treffen die Einstellungsentscheidung.
- Die Teams können auch über Entlassungen entscheiden.

Quelle: Zeuch, A. (2015): a. a. O. (Fn. 2), S. 106 ff.
Sattelberger, T. / Welpe, I. / Boes, A., u. a. (2015): a. a. O. (Fn. 3), S. 263 ff.

Zeuch differenziert drei Dimensionen der Beteiligung von Beschäftigten, die unterschiedlich ausgeprägt sein können¹³:

In der ersten Dimension reichen die *Partizipationsgrade* von »gar nicht« über »Information«, »Konsultation« und »Mitbestimmung« bis zu »Selbstbestimmung«, wobei Unternehmensdemokratie mit dem Grad »Mitbestimmung« beginnt.

² Zeuch, A. (2015): Alle Macht für niemand. Aufbruch der Unternehmensdemokraten, Hamburg; s. auch: www.unternehmensdemokraten.de

³ Sattelberger, T. / Welpe, I. / Boes, A., u. a. (2015): Das demokratische Unternehmen – Neue Arbeits- und Führungskulturen im Zeitalter der digitalen Wirtschaft, Hamburg; s. auch: <http://democraticorganization.com/>

⁴ www.arbeitenviernull.de/filmfestival/filme/mein-wunderbarer-arbeitsplatz.html

⁵ augenhoehe-film.de/de/home/idee-projektbeschreibung/ 52.155 Euro wurden gesammelt.

⁶ Bezeichnend die Aussage eines Beschäftigten in dem Film »Mein wunderbarer Arbeitsplatz«, dass es im Unternehmen einen Betriebsrat gebe, dessen Vorsitzender der Geschäftsführer sei.

⁷ Dörre, K. (2015): Das demokratische Unternehmen – ein zukunftstaugliches Leitbild?, in: T. Sattelberger u. a.: Das demokratische Unternehmen – Neue Arbeits- und Führungskulturen im Zeitalter der digitalen Wirtschaft, Hamburg, S. 100.

⁸ Wagner, S. (2015): Zur Einführung – ein Gespräch mit Thomas Sattelberger, in: T. Sattelberger u. a., Das demokratische Unternehmen – Neue Arbeits- und Führungskulturen im Zeitalter der digitalen Wirtschaft, Hamburg, S. 18.

⁹ Ebd. (Hervorh. i. O.).

¹⁰ Ebd., S. 12.

¹¹ Zeuch, A. (2015): a. a. O. (Fn. 2), S. 57 (Hervorh. i. O.).

¹² Ebd., S. 58.

¹³ Ebd., S. 63 ff.

Der Aufgabenpool

Das Beispiel der Farbenwerke Wunsiedel

Wer kennt es nicht? Zur eigenen Arbeit gehören auch Anteile, die man nicht (mehr) so gerne macht. Aber was bleibt einem übrig? Es muss ja gemacht werden. Und so richten wir uns ein.

Die Farbenwerke Wunsiedel gehen einen anderen Weg: Die Mitarbeitenden analysieren ihre täglichen Aufgaben gemeinsam und fragen, wer sie jeweils gerne oder eben nicht gerne macht. Oftmals ist jemand da, der oder die die Aufgabe gerne übernimmt. Sonst wird gefragt, wie die Abneigung gegen eine Aufgabe abgebaut werden kann.

*Auslöser war die unbesetzte Stelle des Einkaufsleiters, für die sich keine geeignete Bewerbung fand. Es gab aber Mitarbeitende, die bereit waren, einzelne Aufgaben zu übernehmen. So gibt es nun in manchen Bereichen keine Leitung im hierarchischen Sinne, sondern viele Leiter*innen für verschiedene Bereiche.*

Quelle: Zeuch, A. (2015): a.a.O. (Fn. 2), S. 124 f.

Die zweite Dimension der *Partizipationsreichweite* bezieht sich auf die Zeitachse mit kurz-, mittel- und langfristigen Entscheidungen und auf die Bedeutungsachse mit »nicht existenziellen«, »das Wohl des Unternehmens nachhaltig beeinflussenden« und »existenziellen Entscheidungen«. Zeuch ordnet diese Ausprägungen den Reichweiten operativer, taktischer und strategischer Entscheidungen zu. Auf der operativen Ebene geht es v. a. um die Gestaltung der täglichen Arbeit, also um kurzfristige Entscheidungen ohne direkte existenzielle Bedeutung für den Erfolg des Unternehmens. Eine Beteiligung auf dieser Ebene ist nicht ungewöhnlich (siehe das Beispiel der Farbenwerke Wunsiedel im Kasten). Die Beteiligung auf der strategischen Ebene dagegen ist eher selten. Sie bezieht sich auf langfristige und

existenziell bedeutungsvolle Entscheidungen wie z. B. zu Fusionen, neuen Geschäftsfeldern und strategischen Ausrichtungen.

Die dritte Dimension der *Partizipationsfrequenz* reicht von »selten«, »häufig« bis »kontinuierlich«. Demokratische Unternehmen ermöglichen kontinuierlich und verlässlich die Beteiligung der Beschäftigten.

Sattelberger und Zeuch betonen den Prozesscharakter der Unternehmensdemokratie. Die Ausprägungen unterscheiden sich von Unternehmen zu Unternehmen und auch innerhalb des Unternehmens zwischen verschiedenen Bereichen. In der Fertigung bestehen andere Möglichkei-

ten der Demokratisierung als in der Entwicklung. Auch der Weg zur Demokratisierung kann sehr unterschiedlich sein, weswegen Sattelberger empfiehlt, einfach zu beginnen und nicht »lange Konzeptionsdiskussionen zu führen«. ¹⁴

Der Soziologe Klaus Dörre schreibt daher auch eher von Unternehmen mit demokratischem Anspruch oder Selbstverständnis und relativiert damit das Bild eines umfassend demokratischen Unternehmens. Mehr noch: Von »Demokratie im Wortsinne kann man eigentlich erst sprechen, wenn alle Unternehmensmitglieder auf den Organisationszweck, auf das Was, Wie und Wozu der Produktion gleichermaßen Einfluss nehmen können. Von einem solchen Partizipationsniveau sind Unternehmen (...) häufig noch relativ weit

Wer ist das Volk?

Das Beispiel von Premium Cola

Wie stellt man den Geschäftsführer, Gründer und Eigentümer eines Unternehmens vor, wenn all diese Bezeichnungen nicht gelten? Man lässt ihn selbst zu Wort kommen:

»Moin! Ich bin der »zentrale Moderator« des Premium-Getränk-kollektivs. Das heißt, ich bin dafür zuständig mit insgesamt 1680 gewerblichen Partner_innen und potenziell einigen zehntausend Endkund_innen einen Konsens zu erreichen – in allen Fragen, die irgendjemand aufwirft. Filter gibt es nicht. Zugangfilter zum Kollektiv gibt es auch kaum. Es reicht, Stakeholder_in zu sein (egal ob intern oder extern, genau das soll ja aufgelöst werden, jeder Mensch ist gleich wichtig), eine/n vorhandenen Kollektivist_in mal persönlich gesehen zu haben, und einen realen Namen anzugeben. Das wars. Im Moment reden rund 130 Leute mit, und jede/r einzelne hat dabei Vetorecht. Das heisst, sobald jemand das Wort »Veto« ausspricht (eine Begründung ist keine Pflicht), ist eine Entscheidung so nicht getroffen. Es klingt für die meisten Menschen unmöglich, so ein Unternehmen zu steuern, aber das mache ich seit 2001.«

Uwe Lübbermann, Premium Cola

Quelle: <http://komfortzonen.de/uwe-luebbermann-premium-cola/> (zuletzt abgerufen 2.2.2017)

entfernt.« ¹⁵ Ein Unternehmen, das davon gar nicht weit entfernt ist, ist die Firma »Premium« (siehe Kasten), die nicht nur die Organisationsmitglieder umfassend beteiligt, sondern auch Stakeholder wie Kunden und Lieferanten.

Die Risiken demokratischer Unternehmen

Demokratische Prinzipien in Unternehmen stoßen nicht nur auf Zustimmung, sondern es gibt aus unterschiedlichen Richtungen Einwände oder Hinweise auf Risiken:

— Partizipation und demokratische Verfahren sind *zeit- und aufwendig*. Sie steigern Kosten, die durch die Organisation von innerbetrieblichen Prozessen und Verhand-

¹⁴ Wagner, S. (2015): a.a.O. (Fn. 8), S. 13.

¹⁵ Dörre, K. (2015): a.a.O. (Fn. 7), S. 99.

lungen entstehen. Schon jetzt dürfe jeder »überall mitreden, muss eingebunden werden, man teamsitzt sich zu Tode«¹⁶, ohne dass der Kunde davon einen Nutzen habe.

Unternehmen, die ein demokratisches Selbstverständnis haben, differenzieren jedoch, in welchen Bereichen es in welchem Umfang zu welchen Themen zu Abstimmungsprozessen kommt, sodass keineswegs immer alle mitreden. Zudem sind Entscheidungsprozesse, die verschiedene Hierarchiestufen durchlaufen müssen, nicht unbedingt schneller als demokratische Abstimmungen. Und Entscheidungen, die in der Hierarchie fallen, treffen nicht immer auf Zustimmung der Beschäftigten. Durch Unzufriedenheit, Demotivation und innere Kündigungen aufgrund mangelnder Beteiligung entstehen ebenfalls Kosten.

— Allerdings beinhaltet eine unterschiedliche Reichweite demokratischer Beteiligung das *Risiko einer geteilten Belegschaft*. Unter Umständen profitieren Fachkräfte oder Bereiche, in denen vor allem Jüngere arbeiten, mehr als Beschäftigte, die sehr standardisiert arbeiten, gering qualifiziert oder nur vorübergehend im Unternehmen tätig sind. Dörre warnt daher, dass Modelle, die sich auf »demokratische Inseln an der Spitze der Arbeitspyramide« beschränken, unterschiedliche Klassen von Arbeitnehmer*innen erzeugen.¹⁷

— Unternehmen sind *keine angstfreien Räume*. Durch Globalisierung und Digitalisierung wächst die Konkurrenz sowohl der Unternehmen untereinander als auch der Beschäftigten am globalen Arbeitsmarkt. Beschäftigte müssen damit rechnen, dass ihre Arbeit irgendwo auf der Welt oder in der Cloud schneller und billiger erbracht werden könnte. Wie gestalten sich demokratische Entscheidungsprozesse in Zeiten der offenkundigen

gen oder latenten Bedrohung von Arbeitsplätzen? Die Forderung von Sattelberger, Beschäftigte sollten sich als »Unternehmensbürger« verstehen, deren Recht und Pflicht es ist, die eigene Meinung kundzutun¹⁸, stößt an Grenzen, wenn es das Risiko der »Ausbürgerung«, also der Entlassung gibt.

— Die Akzeptanz demokratischer Prozesse ist gefährdet, wenn Unternehmen sie ausschließlich vom *wirtschaftlichen Erfolg* abhängig machen. Wenn Partizipation als »Schönwetterkonzept«¹⁹ gemeint ist, dann liegt die Frage nahe, ob Unternehmensdemokratie lediglich eine »weitere »Neokapitalismus-Sau« (ist), die wir durch unsere Firmen jagen.«²⁰

Partizipation kostet Zeit und ist kein »Schönwetterkonzept«.

— Die neu verstandene Demokratisierung der Unternehmen gefährdet die demokratische *Errungenschaft der verfassten Mitbestimmung*. Dörre weist darauf hin, dass für »viele Unternehmen mit demokratischem Anspruch gilt, dass sie ein ambivalentes Verhältnis zur formalisierten Mitbestimmung entwickeln«²¹. Betriebliche Mitbestimmung scheint nicht notwendig zu sein, wenn doch alle Beschäftigten auf Augenhöhe die Geschicke des Unternehmens und die eigenen Arbeitsbedingungen mitgestalten können. Die demokratische Beteiligung auf der individuellen Ebene wird gegen die verfasste – also in Gesetzen geregelte – Mitbestimmung gestellt. Dabei könnte das Risiko, dass Beteiligungsrechte in Zeiten der Krise abgebaut werden, durch formalisierte Mitbestimmungsrechte begrenzt werden.

Diese Auswahl an Einwänden und Gegeneinwänden zeigt: Auf die Frage, ob demokratische Organisationsformen von Unternehmen sinnvoll und angemessen sind, gibt es weder ein klares Ja noch ein eindeutiges Nein. Vieles hängt von der konkreten Ausgestaltung ab, vieles von der Haltung und den Motiven für die Einführung demokratischer Beteiligung. Insbesondere sind die Auswirkungen dieser Partizipationsmöglichkeiten (noch) ungeklärt: Tragen sie zu Entlastung oder Belastung der Beschäftigten bei? Werden Systemgrenzen verwischt oder produktiv durchlässig? Welche Folgen hat es, wenn Stakeholder – z. B. Kunden oder Lieferanten – an unternehmerischen Entscheidungen beteiligt werden? Welche Rollenkonflikte könnte es geben (z. B. zwischen der Rolle als Unternehmensbürger und der als abhängig Beschäftigter)? Wie spielen demokratische Entscheidungsprozesse und Eigentumsfragen zusammen?

Gefährden demokratische Unternehmen unsere Demokratie?

Diese und andere Fragen werden sicher in der öffentlichen Diskussion – und auch in Veranstaltungen und Gesprächen des KDA – eine Rolle spielen. Eine wesentliche Frage ist dabei, in welcher Weise die Gestaltung demokratischer Prozesse in Unternehmen Einfluss auf die Demokratie in unserer Gesellschaft nimmt.

Hier können Chancen identifiziert werden, wenn zum Beispiel Beschäftigte befähigt und ermutigt werden, sich an demokratischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen und ihre Meinungen, Erfahrungen und Kenntnisse einzubringen.

Es bestehen aber auch Risiken: Wenn Unternehmen demokratische Konzepte nur als Feigenblatt nutzen, sie ökonomischen Kennziffern unterwerfen und in Konflikten und Krisen die Beteiligung wieder zurücknehmen, dann werden sie eher zu einer Demokratiemüdigkeit beitragen. Noch gra-

vierender wird es, wenn Unternehmensdemokratie zur Spaltung der Belegschaft beiträgt und so den Eindruck verstärkt, dass Demokratie nicht für alle gilt, sondern ein Privileg der Menschen ist, die gut ausgebildet sind und auf dem Arbeitsmarkt gebraucht werden.

Einen Einfluss auf die Demokratie nehmen Unternehmen auch mit ihrer Haltung zur verfassten, also kollektiven Mitbestimmung, und hier liegt ein besonderes Augenmerk des KDA: Wenn demokratische Beteiligung auf der individuellen Ebene genutzt wird, um kollektive Interessenvertretung auszuhöhlen, dann schwächt das die Gewerkschaften

Eine stabile Sozialpartnerschaft bleibt unerlässlich.

auch als sozial- und arbeitsmarktpolitische Akteure in der Gesellschaft – und gefährdet damit eine wesentliche demokratische Errungenschaft. Auch und gerade deswegen sind Unternehmen, die ein demokratisches Selbstverständnis vertreten, und ihre Belegschaft aufgefordert, sich über ihre Unternehmensgrenzen hinaus für eine stabile Sozialpartnerschaft in unserer Gesellschaft einzusetzen.

¹⁶ Sprenger, R. K. (2016): Demokratie in Firmen geht nicht, in: enorm Magazin 1/2016, online: <https://enorm-magazin.de/demokratie-firmen-geht-nicht> (zuletzt abgerufen 5.2.2017).

¹⁷ Dörre, K. (2015): a.a.O. (Fn. 7), S. 112.

¹⁸ Wagner, S. (2015): a.a.O. (Fn. 8), S. 15.

¹⁹ Dörre, K. (2015): a.a.O. (Fn. 7), S. 108.

²⁰ Göppe, F. / Borck, G. (2015): Unternehmensdemokratie – Lösung oder neuester Kniff zur kapitalistischen Gängelung?, online: www.arbeitswelten-lebenswelten.de/blog-news-und-presse/detail?newsid=139 (zuletzt abgerufen 10.2.2017).

²¹ Dörre, K. (2015): a.a.O., S. 107.

Mitbestimmung – Demokratie am Arbeitsplatz

Die Mitbestimmung in Betriebs- und Aufsichtsräten in Deutschland ist seit Jahrzehnten bewährt. Doch was bedeutet es für die Mitbestimmung, wenn ein hiesiges Unternehmen nach niederländischem Recht firmiert? Oder wenn zunehmend Leiharbeiter und Werkvertragskräfte beschäftigt werden? Zwei Beispiele, die zeigen: Die Mitbestimmungsregeln müssen an neue Gegebenheiten angepasst werden, gerade auch auf europäischer Ebene.

Von Heike Riemann

Seit einem knappen Jahr tourt eine sehenswerte Ausstellung der Hans-Böckler-Stiftung durch Deutschland: »Vom Wert der Mitbestimmung« beschreibt das Engagement für Demokratie auch »hinter dem Werkstor« und die damit einhergehende Entwicklung der deutschen Mitbestimmung seit 1945.

Der KDA der Nordkirche präsentiert sie im Mai 2017 in der Anscharkirche Neumünster und anschließend in der öffentlichen Bücherhalle in Hamburg-Harburg.

Die Ausstellung lässt sich auch als besondere Würdigung derjenigen verstehen, die als Interessenvertretung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Betriebs- und Aufsichtsräten aktiv sind: aktuell rund 185.000 Betriebsratsmitglieder und ca. 8.000 Vertreter in Aufsichtsräten bundesweit.

Die letzte Tafel der Ausstellung könnte auch die erste sein: Selbstbewusst bilanziert die Hans-Böckler-Stiftung dort Mitbestimmung u. a. als friedensstiftend sowie gesellschaftlich und wirtschaftlich stabilisierend. Mitbestimmung sei zudem eine »zentrale Voraussetzung für die gleichberechtigte Teilnahme der Arbeitnehmer an der Gestaltung des demokratischen Sozialstaates«.

Es werden aber auch Herausforderungen für eine Mitbestimmung der Zukunft genannt: Nicht nur, dass es bis heute immer wieder vorkommt, dass Betriebsratsgründung und -arbeit zum Teil massiv behindert wird. Auch neue Unternehmensformen und (digitale) Arbeitszusammenhänge machen es notwendig, neue Regelungen zu finden oder bestehende anzupassen. Hinzu kommen Fragen, die sich aus einer zunehmenden Internationalisierung ergeben.

Das »Weißbuch Arbeiten 4.0« des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) widmet sich ebenfalls dem Thema Mitbestimmung. Ende November 2016 veröffentlicht,

markiert es das vorläufige Ende eines zweijährigen öffentlich und fachspezifisch geführten Dialogprozesses über die Arbeitswelt der Zukunft und ihre Ausgestaltung. Auch hier sind Fragen, die sich aus der gegenwärtigen Entwicklung ergeben, besonders im Blick, z. B. wie Tarifstrukturen in Deutschland gestärkt werden können, welche Rechte und Ressourcen für Mitbestimmung im digitalen Zeitalter gebraucht werden oder wie mehr Beschäftigte von Mitbestimmung profitieren können.

Neun von zehn Betrieben ohne Betriebsrat

Während Mitbestimmung für die einen etwas Selbstverständliches ist und sie sich eine Zukunft ohne Mitbestimmung gar nicht vorstellen können, haben andere nur eine geringe bis keine Vorstellung bzw. keine praktischen Erfahrungen.

Zwar werden rund 41% aller Arbeitnehmer*innen in Deutschland von einem Betriebsrat vertreten, da aber Betriebsräte überwiegend in größeren Unternehmen existieren, gibt es ihn nur in rund 9% aller Betriebe, die dazu berechtigt wären.

Sicherlich ein Grund, warum der Begriff Mitbestimmung in das Glossar des Weißbuchs »Arbeiten 4.0« aufgenommen wurde. Dort werden »die wichtigsten Fachbegriffe aus der Arbeitswelt von heute, morgen und übermorgen« erklärt (vgl. www.arbeitenviernull.de/glossar).

Bei der Mitbestimmung gibt es zwei Ebenen. Betriebsräte sind bei allen Fragen, »die sich für die Beschäftigten unmittelbar an ihrem Arbeitsplatz stellen«, zu beteiligen; das nennt man »betriebliche Mitbestimmung«. Die »unternehmerische Mitbestimmung« findet über Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten statt; dort geht es um die Mitwirkung bei wirtschaftlichen Planungen und Entscheidungen.

Im Aufsichtsrat: die weniger bekannte Seite der Mitbestimmung

Der Aufsichtsrat kontrolliert und berät die Geschäftsführung und den Vorstand.

Für Firmen mit 500–2.000 Beschäftigten ist eine Besetzung des Aufsichtsrates nach dem Drittelbeteiligungsgesetz vorgesehen: 2/3 der Mitglieder werden von den Anteilseig-

nern gestellt, 1/3 von den Arbeitnehmenden gewählt. Bei Betrieben mit mehr als 2.000 Beschäftigten ist eine paritätische Besetzung vorgesehen: Arbeitgeber- wie Arbeitnehmerseite stellen die gleiche Anzahl von Mitgliedern für den Aufsichtsrat, wobei auf der Seite der Arbeitnehmenden auch ein Vertreter der leitenden Angestellten und zwei bis drei Gewerkschaftsvertreter mitgerechnet werden.

Bei vielen Mittelständlern fehlen die Arbeitnehmer im Aufsichtsrat.

Ende 2015 hatten 635 Firmen in Deutschland einen Aufsichtsrat nach dem Drittelbeteiligungs- oder Mitbestimmungsgesetz. Auch hier könnte die Anzahl größer sein. Etwa die Hälfte der Mittelständler, die einen Aufsichtsrat nach Drittelparität besetzen müssten, sei säumig, berichtet die FAZ (24. 8. 2015) unter Berufung auf eine aktuelle Studie des Gesellschaftsrechtlers Walter Bayer von der Universität Jena. Mögliche Gründe: Unkenntnis der rechtlichen Situation, aber auch fehlende Kontrolle.

Mitbestimmung auf europäischer Ebene

Bei internationalen Firmen erfordern viele Fragen eine länderübergreifende Zusammenarbeit – nicht nur auf Leitungsebene, sondern auch bei den Arbeitnehmervertretungen.

Sich überhaupt zu einem Europäischen Betriebsrat (EBR) zusammenschließen zu können, regelt eine EU-Richtlinie. Im vergangenen Jahr feierte sie ihr 20-jähriges Bestehen und immer wieder ist zu hören: Nur so sei es für Arbeitnehmervertretungen möglich, mit der obersten Unternehmensleitung in Kontakt zu kommen.

Die Richtlinie gilt für Unternehmen mit mindestens 1.000 Arbeitnehmenden in der EU, wenn das Unternehmen in mindestens zwei Mitgliedsstaaten jeweils 150 Arbeitnehmende oder mehr beschäftigt. Sie gilt auch für die in EU-Ländern befindlichen Niederlassungen internationaler Konzerne, die ihren Hauptsitz nicht in der EU haben.

Ende 2016 gab es 1.115 Unternehmen mit einem Europäischen Betriebsrat. 510 davon waren in mehr als zehn Ländern tätig, 360 in fünf bis zehn Ländern. Das macht deutlich, es gibt eine Reihe von Herausforderungen für die



Die KDA-Publikation »Stimme der Arbeit« erschien von 1964 bis 2005. Eine der ersten Ausgaben griff die Frage auf, welche Rolle Betriebsräte bei der Mitbestimmung im Unternehmen einnehmen.

Zusammenarbeit in einem Europäischen Betriebsrat: Wie wird die grenzüberschreitende Arbeit organisiert, wie lassen sich gute Lösungen für die unterschiedlichen Sprachen, Kommunikationsgewohnheiten oder kulturellen Unterschiede finden?

Mit welchen Kompetenzen Europäische Betriebsräte ausgestattet sind, ist dabei mehr oder weniger Verhandlungssache. Das Umsetzungsgesetz (das dafür sorgt, dass EU-Gesetze im jeweiligen EU-Land Anwendung finden) gibt lediglich vor: »Um zu gewährleisten, dass die Arbeitnehmer von Unternehmen und Unternehmensgruppen, die in mehreren Mitgliedstaaten tätig sind, in angemessener Weise unterrichtet und angehört werden, muss ein Europäischer Betriebsrat eingerichtet oder müssen andere geeignete Verfahren zur länderübergreifenden Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer geschaffen werden.«

Ein Europäischer Betriebsrat ist also nicht einfach ein deutscher Betriebsrat in XXL. Das kann er auch gar nicht sein, denn betriebliche Mitbestimmung ist in den Ländern der EU ganz unterschiedlich organisiert.

Der Europäische Betriebsrat ist kein deutscher Betriebsrat in XXL.

Was den Durchblick beim Thema Mitbestimmung zusätzlich erschwert: andere Länder, andere Rechtsformen. Wie sieht Mitbestimmung aus, wenn die Firma eine »ausländische Rechtsform hat«, z.B. als »public limited company« (plc, britisches Recht) oder als N.V. (naamloze vennootschap, eine Aktiengesellschaft nach niederländischem Recht)? In einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung aus dem Jahr 2015 wird darauf hingewiesen, dass die Anzahl derartiger Gesellschaften in Deutschland steigt, die trotz inländischer Tätigkeit und entsprechender Mitarbeitendenzahl keinen Aufsichtsrat mit (paritätischer) Arbeitnehmendenvertretung haben.

Bundesrat fordert zukunftsfeste Gestaltung

Das Schließen dieser Lücke im Gesetz gehört zu den Maßnahmen, die der Bundesrat mit einer aktuellen Entscheidung im Februar 2017 auf den Weg gebracht hat. Unter dem Titel »Mitbestimmung zukunftsfest gestalten« fordert er u. a., »Lücken im deutschen Mitbestimmungsrecht zu schließen und gleichzeitig auf europäischer Ebene dafür einzutreten, dass entsprechende Schlupflöcher geschlossen und keine neuen Umgehungstatbestände geschaffen werden«. Der Bundesrat betonte dabei noch einmal, dass die gesetzliche Mitbestimmung »gelebte Demokratie in Betrieb und Unternehmen« sei, die zu den »Kernelementen unserer Kooperations- und Konsenskultur« gehöre.

In einem Betrieb arbeiten heute nicht nur Menschen zusammen, die alle zur selben Firma gehören. Betriebsangehörige, Leiharbeitnehmer, Werkvertragsbeschäftigte, aber auch rechtlich Selbstständige sind u. U. gemeinsam in einer Produktion tätig. Der Bundesrat spricht sich deshalb auch dafür aus, den für die Mitbestimmung maßgeblichen Arbeitnehmerbegriff an die betriebliche Realität anzupassen, mit anderen Worten: eine einheitliche Vertretung aller Beschäftigten eines Betriebes zu ermöglichen. Auch »arbeitnehmerähnliche Personen« sollen durch einen gemeinsamen Betriebsrat mit vertreten werden.

Fazit: Mitbestimmung an neue Realitäten anpassen!

Die Mitbestimmung von Arbeitnehmern auf betrieblicher und unternehmerischer Ebene ist wichtig, für den Betrieb, das Unternehmen, aber auch für die Wirtschaft und die Gesellschaft generell. Oft werden Krisensituationen als Beispiele herangezogen: »Ohne Betriebsrat oder eine Mitwirkung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat wäre das nicht so gut ausgefallen«, heißt es dann. Dabei profitieren wir als Gesellschaft auch ohne Krise von der Mitbestimmung: Sie übt Demokratie im Alltag und macht sie selbstverständlich.

Doch die Ausgestaltung von Mitbestimmung kann mühsam sein. Akzeptanz- wie Regelungsbedarf gibt es sowohl auf der betrieblichen Ebene als auch im nationalen wie internationalen Kontext – gerade in einer zunehmend global agierenden Wirtschaft, die nicht auf den simplen Austausch von Waren beschränkt bleibt, sondern auch Herstellung, Dienstleistungen, Steuern oder rechtliche Auflagen jeweils nach firmeneigenen Bedürfnissen optimieren will und dafür z. B. Firmensitze verlegt oder Unternehmensformen anpasst. Eine zunehmende Digitalisierung erweitert zusätzlich die

Demokratie und Mitbestimmung bleiben eine Baustelle.

Möglichkeiten der internationalen Zusammenarbeit bzw. der Verlagerung von Arbeiten, auch auf Menschen, die formal nicht zur Firma gehören. Regelungen der Mitbestimmung sollten deshalb entsprechend erweitert werden. Neue Realitäten schaffen neuen Regelungsbedarf: Demokratie und auch Mitbestimmung sind eine Baustelle.

Der Katalog zur Ausstellung »Vom Wert der Mitbestimmung« ist einsehbar unter:

www.boeckler.de/pdf/v_2016_03_07_katalog.pdf

Interview zu Mitbestimmung mit IG-Metall-Chefin Ina Morgenroth auf der folgenden Doppelseite.

Wo Arbeitnehmer mitentscheiden

Das Recht auf Mitbestimmung in Führungsgremien gibt es ...

- in staatlichen und privaten Unternehmen
- vorwiegend in staatlichen Unternehmen
- nur in Ausnahmefällen
- in der Regel ab einer Beschäftigtenzahl ...



*gilt nicht für staatliche Unternehmen **nur GmbHs, bei AGs kein Schwellenwert, sofern ein Betriebsrat existiert

Quelle: ETUI 2015 / Hans-Böckler-Stiftung

»Arbeit 4.0 braucht den Sozialstaat 4.0«



Seit 2016 ist Ina Morgenroth 1. Bevollmächtigte und Geschäftsführerin der IG Metall Region Hamburg. Damit vertritt die 39-Jährige politisch und rechtlich rund 45.000 Gewerkschaftsmitglieder.

Ina Morgenroth, 1. Bevollmächtigte und Geschäftsführerin der IG Metall Region Hamburg, gehört mehreren Aufsichtsräten an. Sie gibt hier einen Einblick in die praktische Seite der Mitbestimmung und geht auf die Zukunft von Arbeit und Arbeitnehmervertretung ein.

Du bist gewählte Arbeitnehmer*innenvertreterin im Aufsichtsrat von Stromnetz Hamburg. Was heißt das?

Ina Morgenroth: Der Aufsichtsrat von Stromnetz Hamburg besteht aus zwölf Personen und ist paritätisch besetzt, d. h. sechs Personen vertreten die Arbeitgeber bzw. Anteilseigner und sechs die Arbeitnehmer*innen. Wir beraten und kontrollieren die dreiköpfige Geschäftsführung. Den Vorsitz im Aufsichtsrat hat Jens Kerstan, Senator für Umwelt und Energie in Hamburg. Dadurch kommen auch Belange zur Sprache, die Hamburg insgesamt berühren. Das ist dann immer besonders spannend.

Aber auch für die Arbeitnehmer*innen der Vattenfall GmbH und von Still bin ich in den Aufsichtsräten. Das sind sehr ernst zu nehmende Gremien. Die Geschäftsführer müssen uns regelmäßig zur Geschäftslage berichten und Einblick in die Strategien geben. Darüber lässt sich so einiges erreichen.

Die Anforderungen an Betriebsräte steigen und steigen. Noch immer ist die Größe des Betriebsrates und eine Freistellung von der regulären Arbeit abhängig von der Anzahl der Mitarbeitenden im Betrieb, so wie es vor Zeiten im Betriebsverfassungsgesetz festgelegt wurde. Fair?

Es macht in der Tat Sinn, diese Regelungen zu überprüfen. Eine Freistellung für eine einzelne Person aus dem Betriebsrat gibt es z. B. erst ab 200 Mitarbeitenden.

Froh bin ich, dass seit 2013 eines gerichtlich geklärt ist: Regelmäßig im Betrieb beschäftigte Leiharbeiter*innen sind bei der Anzahl der Beschäftigten für eine Betriebsratswahl mit zu berücksichtigen. Denn wenn Belegschaften

durch den Einsatz von Leiharbeitskräften geschrumpft werden, heißt das noch lange nicht, dass Betriebsräte weniger zu tun hätten.

Und eine große Sorge bleibt: Noch immer berichten mir Kolleginnen und Kollegen, wie sie bei der Betriebsratsarbeit behindert werden oder wie sogar durch üble Tricks versucht wird, sie loszuwerden und das Kündigungsverbot für Betriebsräte zu umgehen. Das muss ein Ende haben!

Durch Arbeit 4.0 sind fast alle bisherigen Regelungen auf dem Prüfstand, so scheint es. Wenn Arbeit nicht mehr an Ort und Zeit gebunden ist, also nicht mehr zwangsläufig im Betrieb stattfindet, und neue Formen wie der formal selbständige Clickworker entstehen, führt das zu mehr oder weniger Regelungsbedarf?

Zunächst einmal: Arbeit 4.0 ist für mich nicht ohne einen Sozialstaat 4.0 denkbar. Es kann nicht sein, dass wir uns als Gesellschaft allein auf die Veränderungen der Arbeitswelt durch Digitalisierung und Globalisierung konzentrieren. Genauso gilt es, unseren Sozialstaat weiterzuentwickeln und zu schauen, was uns wirklich wichtig ist. Wir müssen dafür sorgen, dass die Menschen und die Gesellschaft – die betriebliche und die tarifliche Ebene gehören für mich dazu – gestärkt werden für ein gutes und erfülltes Leben.

Wir wirken als Gewerkschaft bei den neuen Herausforderungen gerne mit. Ein Beispiel: Als Antwort auf die neuen Anforderungen durch die Digitalisierung der Arbeit wird stets Weiterbildung genannt. Seit 2016 haben wir für die Betriebe der Metall- und Elektroindustrie eine neue tarifliche Bildungsteilzeit. Die macht es möglich, dass Arbeitnehmer*innen in Teilzeit gehen oder sich freistellen lassen, um sich weiterzubilden. Und zwar ohne die bisherige betriebliche Notwendigkeit. Das befördert selbstbestimmte Weiterbildung und macht die Arbeitnehmer*innen zugleich flexibler – was ja im Zusammenhang mit 4.0 immer wieder angemerkt wird.

Braucht Arbeit 4.0 auch eine Gewerkschaft 4.0?

Ich bin überzeugt, wir sind als IG Metall auf einem guten Weg, um uns auch in Zukunft für Arbeitnehmer*innen-Interessen stark zu machen.

Für Menschen, die als Click- oder Crowdworker arbeiten, haben wir z. B. das Projekt FairCrowdWork installiert. Dort findet man Unterstützung und vielerlei hilfreiche Informationen.

Die Begleitung von Arbeitnehmer*innen entlang von Wertschöpfungsketten, unabhängig von der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Betrieb oder einer bestimmten Branche, wird zunehmend wichtiger. Da sind wir auf einem guten Weg, auch unter den Einzelgewerkschaften verstärkt zusammenzuarbeiten.

Und zunehmend sind wir auch international vernetzt. In unseren Gewerkschaftsverbund IndustriALL Global Union arbeiten Vertreter*innen aus rund 140 Ländern mit. So können wir beim Aufbau neuer Werke oder Verlagerungen von Betrieben frühzeitig darauf einwirken, dass Arbeitnehmer*innen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Gemeinsam gehen wir gegen prekäre Arbeit vor.

Vielen Dank für das Gespräch!

Das Gespräch führte Heike Riemann.

Mehr Infos über das Projekt FairCrowdWork: www.faircrowdwork.org

»Demokratie im Handwerk hat Tradition und Zukunft«

Demokratische Selbstbestimmung und Teilhabe sind wichtig, um die Bürgergesellschaft und ihre Institutionen lebendig zu gestalten. Das Handwerk nimmt traditionell seine Verantwortung für die entsprechende Gestaltung der Gesellschaft wahr und ist selber demokratisch organisiert. So sind die Handwerkskammern die demokratisch legitimierte Vertretungen des Handwerks in der jeweiligen Region. Dieses Modell steht für Gemeinsinn, Solidarität und Freiheit, sagt Josef Katzer, Präsident der Handwerkskammer Hamburg, im Gespräch mit Kerstin Albers-Joram. Es sei auch für die Zukunft das beste System, so Katzer; eine Gefahr sei aber, wenn sich Menschen nirgendwo mehr engagieren wollten.

Herr Katzer, Sie sind Präsident der Handwerkskammer Hamburg. Welche Bedeutung hat Demokratie für das Handwerk und die Handwerkskammer?

Josef Katzer: Eine große Bedeutung! Unsere Selbstverwaltung ist erfolgreich gelebte Demokratie. Die Kammer ist die berufsständische Vertretung einer demokratischen Selbstverwaltung. Die Aufsicht hat die Wirtschaftsbehörde,

»Unsere Selbstverwaltung ist erfolgreich gelebte Demokratie.«

also der Staat, aber das Handwerk regelt seine Angelegenheiten über die Kammer selbst – praxisnäher, sachgerechter und demokratischer, als eine Behörde es könnte. Und als

Einrichtung aller Handwerksbetriebe ist die Kammer organisierte Solidarität, weil sie auch den Bedürfnissen kleiner Firmen und Gewerke Geltung verschafft. Die Handwerkskammer vertritt die Interessen aller Mitglieder, wie es in dieser Form einzelnen Betrieben oder Verbänden nicht möglich wäre.

Handwerksbetriebe sind per Gesetz verpflichtet, Kammermitglied zu sein. Das klingt so gar nicht nach Demokratie. Können Sie das unseren Leser*innen erklären?

Die Pflichtmitgliedschaft ist im Gegenteil Voraussetzung für die demokratische Qualität der Selbstverwaltung! Erst die Pflichtmitgliedschaft macht es der Handwerkskammer möglich, im Namen des gesamten Hamburger Handwerks zu sprechen und zu handeln. Weil die Kammer alle Betriebe vertritt, wird unsere Stimme bei Politik und Verwaltung sehr aufmerksam gehört. Die Positionen und Leitlinien

»Quasi-staatlicher Einfluss muss in einem Rechtsstaat demokratisch legitimiert sein.«

für die Kammerarbeit legen die Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter in der Vollversammlung mit ihren Beschlüssen fest. Und verfassungsrechtlich gilt: Über die Kammer übt das Handwerk großen, teils hoheitlichen Einfluss aus. So ein quasi-staatlicher Einfluss muss in einem Rechtsstaat demo-

kratisch legitimiert sein. Die Kammer regelt Angelegenheiten, die für alle Betriebe wichtig sind. Nach dem Gleichheitsgrundsatz müssen deshalb alle Handwerkerinnen und Handwerker durch die Kammer vertreten sein, um mitwirken zu können. Die demokratische Legitimation der Selbstverwaltung ist der tiefste Grund für die Pflichtmitgliedschaft der Handwerksbetriebe, wie es das Bundesverfassungsgericht wiederholt begründet hat.

Das Hamburger Handwerk hält seit Jahren die Zahl der Ausbildungsanfänger stabil. Was erwarten junge Menschen vom Handwerk?

Die Handwerkskonjunktur läuft auf vollen Touren, doch auch bei schwächerer Konjunktur ist das Handwerk ein stabiler Wirtschaftsfaktor. Wer also jetzt startet und seine Berufung in einem unserer mehr als 100 Handwerksberufe findet, der hat ausgezeichnete Zukunftsperspektiven: als Fach- oder Führungskraft, mit Meistertitel oder auch über ein duales Studium an der Berufsakademie Hamburg. Damit Betriebe und Bewerber passend zueinander finden, engagieren sich die Handwerkskammer, Unternehmen und Innungen in der Berufsorientierung an den Schulen. Dabei werden Handwerksberufe praktisch »erlebbar«. Das Lohnniveau im Hamburger Handwerk liegt über dem Bundesvergleich, auch höher als in Berlin. Aber wichtiger als die Vergütung sind für Azubis nach unseren Umfragen die Freude am Beruf, gute Zukunftsperspektiven, Sicherheit und eine gute Unternehmenskultur, zu der auch familienfreundliche Arbeitsbedingungen gehören. Im Handwerk steht der Mensch im Mittel-



Der Gebäudereinigermeister Josef Katzer ist seit 2009 Präsident der Handwerkskammer Hamburg.

punkt, ganz nach dem Motto »Bei uns zählt nicht, wo man herkommt, sondern wo man hinwill«.

Statistisch betrachtet arbeiten in einem durchschnittlichen Handwerksbetrieb sieben Personen, es gibt also viele kleine Betriebe im Handwerk. Welche Führungskulturen beobachten Sie und wie sieht es mit der Mitbestimmung aus?

Handwerksbetriebe werden traditionell mit hohem Verantwortungsbewusstsein geführt. In Krisenzeiten, wie in der Finanzkrise 2008, haben viele Betriebe alles daran gesetzt, die Mitarbeiter zu halten. Und auch im Konjunkturohoch wie jetzt schauen kluge Inhaber, was die Beschäftigten brauchen, um mit der Arbeit zufrieden zu sein, um also zu bleiben. In kleinen Betrieben kennt man sich persönlich. Da werden praktikable Wege gesucht und gefunden, damit beispielsweise Familie und Beruf gut vereinbar sind, Kinder betreut oder Angehörige gepflegt werden können. Eine wachsende Zahl der Betriebe trägt das Hamburger Familiensiegel. Sie setzen flexible Arbeitszeitmodelle um, die Beschäftigten werden bei wichtigen betrieblichen Fragen zu Rate gezogen und vieles mehr. Das funktioniert nur mit einer guten Kommunikation im Betrieb. So ist es nicht überraschend, dass die organisierte Mitbestimmung im Handwerk eher selten ist – weil die Interessen der Beschäftigten auch ohne Betriebsrat berücksichtigt werden. Und ein gutes Miteinander motiviert unvergleichlich gut.

Sie sind Inhaber und Geschäftsführer einer großen Gebäudereinigungsfirma, der Katzer GmbH, und weiterer Firmen mit insgesamt rund 900 Beschäftigten. Welche Wege gehen Sie hier?

Auch mein Unternehmen trägt das Hamburger Familiensiegel. Sicherlich ist es verglichen mit kleinen Betrieben anspruchsvoller, alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gleichermaßen zu erreichen. Wichtig ist dafür eine Unternehmenskultur, in der alle das Gefühl und die Gewissheit haben, dass ihre Leistung gesehen und gewürdigt wird. Darauf achte ich sehr. Für die Belange der Belegschaft muss man ein offenes Ohr haben. Zufriedene Mitarbeiter sind das wertvollste Kapital eines Unternehmens – dieses Wort nehme ich sehr ernst.

Es gibt auch Kammerkritiker, die die Abschaffung des Kammerystems fordern. Was sagen Sie denen?

Den Kritikern des Kammerystems sage ich: Begreifen Sie die Kammern doch als die freiheitlichen Einrichtungen, die sie tatsächlich sind! Als Selbstverwaltungseinrichtungen verkörpern Kammern den Gedanken der Subsidiarität. Das heißt: Eine gesellschaftliche Gruppe, wie die Handwerkerinnen und Handwerker, regelt ihre Angelegenheiten soweit

»Wenn wir den Mittelstand erhalten wollen, brauchen wir die Kammern.«

selbst, wie es in ihren Kräften steht. Der Staat als nächsthöhere Ebene lässt ihr dafür den Raum. Das ist ein Prinzip der Freiheit! Die Alternative ist, dass der Staat alles regelt, von ganz oben bis auf die unterste gesellschaftliche Ebene. Der Staat müsste dann die Aufgaben übernehmen, die heute die Kammern erfüllen. Das würde höhere Kosten verur-

sachen – und wäre keinesfalls effizienter. Eine Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft würde dem Handwerk keinerlei Gewinn bringen, sondern nur einen gewaltigen Verlust von Selbstbestimmung und gesellschaftlichem Einfluss. Nur dank eigenständiger Handwerkskammern bleiben die Belange des Handwerks deutlich sichtbar, anstatt hinter den Interessen unterschiedlicher Unternehmen und Branchen zu verschwinden. Wenn wir den Mittelstand erhalten wollen, der unsere Gesellschaft über Sozialabgaben und Steuern trägt, brauchen wir die Kammern. Unser Kammerystem steht für Gemeinsinn und Solidarität, das ist für den Zusammenhalt der ganzen Gesellschaft immens wichtig.

Bitte erklären Sie das etwas näher, was meinen Sie mit dem Gedanken von Gemeinsinn und Solidarität?

Das hat sehr viel mit dem Thema Demokratie zu tun. In den vergangenen Jahren hat sich in der Welt einiges extrem und äußerst schnell verändert. Viele Menschen sind verunsichert und fühlen sich von Politik und Institutionen nicht

»Freiheit wird zunehmend missverstanden als absolute Bindungslosigkeit.«

mehr repräsentiert. Sie beteiligen sich nicht mehr an Wahlen oder drücken mit ihrer Stimmabgabe einzig ihren persönlichen Unmut aus. Viele wollen nirgendwo mehr dazugehören, nicht zum Verein, nicht zur freiwilligen Feuerwehr, nicht zur Kammer. Dahinter steht ein verkürztes und gefährliches Verständnis von Freiheit. Freiheit wird zunehmend missverstanden als absolute Bindungslosigkeit. Damit gerät aber unsere demokratische Ordnung schleichend aus den Fugen. Freie Wahlen sind ebenso ein Merkmal von Demokratien wie

stabile Institutionen. Gleichzeitig verlieren auch Tugenden der sozialen Marktwirtschaft wie Eigeninitiative, Solidarität und Verantwortungsbereitschaft in der globalisierten Wirtschaftswelt an Bedeutung. Die Solidarität in unserer Selbstverwaltung der Kammer sichert die Wahrung der Interessen aller Mitglieder, nicht nur desjenigen, der am lautesten ruft oder am meisten bezahlt. Gemeinsinn und Solidarität, ist das nicht das Grundprinzip menschlichen Zusammenlebens? Entsteht Gemeinsinn nicht durch die Erfahrung von Solidarität? Bedeutet Solidarität nicht gegenseitige Hilfsbereitschaft, das Eintreten füreinander und auch die Akzeptanz des Andersdenkenden? Dieser Gedanke ist mir persönlich sehr wichtig.

Welche Bedeutung hat hier das ehrenamtliche Engagement?

Gemeinsinn ohne Ehrenamt kann es nicht geben. Bei der Kammer engagieren sich rund 1.500 Handwerkerinnen und Handwerker in vielen Funktionen ehrenamtlich, gemeinwohlorientiert und freiwillig. Wir brauchen die Menschen, die Verantwortung auch für die nachfolgende Generation übernehmen. Wir brauchen das Ehrenamt im Handwerk für die Qualitätssicherung in der Ausbildung, für die Gestaltung der Zukunft. Und das Ehrenamt braucht die Solidarität der Gesellschaft. Für mich ist es eine Frage der eigenen Moral und Verantwortung, solidarisch zu handeln und sich damit auch ehrenamtlich zu engagieren. Der Gesellschaft etwas davon zurückzugeben, was man von ihr erfahren hat. Es ist eine Frage des Demokratieverständnisses. Große Aufgaben brauchen eine starke wirtschaftliche und solidarische Gemeinschaft. Eine Gemeinschaft, die ihre wirtschaftliche Stärke nutzt, in nachhaltigen Fortschritt investiert und sozial verantwortlich handelt. Die für Gemeinwohl und Gemeinwesen anpackt. Die nicht in Jahresbilanzen denkt, sondern in Generationen. Eine Gemeinschaft, in der Leben und Arbeiten im Einklang sind.

Diese Werte greift das Grundwertepapier »Wofür wir stehen« von Handwerkskammer und Nordkirche auf. Was ist Ihnen da das Wichtigste?

Der Titel sagt schon alles: »Wofür wir stehen: Das Leben nach Werten leben und gestalten«. Was macht eine »gute« Wirtschaft aus, wie muss die Gesellschaft beschaffen sein, in der wir alle leben wollen? Das sind doch die Fragen, die uns wirklich alle beschäftigen. Eine »gute« Wirtschaft, die Arbeit und Erfüllung im Beruf bringt und den Lebensunterhalt sichert, dafür steht das Handwerk. Das Grundwertepapier nennt Werte wie Achtsamkeit und Respekt, Verantwortung und Vertrauen, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Solche Werte lebt das Handwerk von jeher, deshalb sage ich: Ich bin stolz, Präsident einer Gemeinschaft sein zu dürfen, die solche Werte konsequent lebt.

Herr Katzer, ich danke Ihnen für das Interview und den interessanten Einblick in die demokratische Gestaltung des Handwerks!

Das Gespräch führte Kerstin Albers-Joram.

Mehr Informationen zur Handwerkskammer unter: www.hwk-hamburg.de

Das Grundwertepapier ist zu finden unter: www.kda.nordkirche.de/2017_grundwertepapier_hwk_nordkirche

Luther und wir: Freiheit als Voraussetzung der Demokratie

Ohne Freiheit ist Demokratie undenkbar. Das folgende Plädoyer für den Wert der Freiheit spannt den Bogen von den eigenen Erfahrungen als DDR-Bürger über den Widerstreit zwischen Freiheit und Gerechtigkeit bis zur Begründung der Freiheit bei Luther vor 500 Jahren – mit Auswirkungen bis heute.

Von Rüdiger Schmidt

Es liegt schon einige Zeit zurück, aber ich erinnere mich an diese Begebenheit. Deutlich sehe ich die Teilnehmer des Gesprächs vor mir, als in die Runde eine Frage geworfen wurde: »Was hat Freiheit eigentlich mit Demokratie zu tun?« Das machte mich sprachlos, zumal diese Themenstellung nicht etwa von Jugendlichen oder jungen Erwachsenen vor-

getragen wurde, sondern von einer Person mittleren Alters, die ihr bisheriges Leben, offenbar ganz selbstverständlich, in einem demokratischen Land gelebt hatte. Dieser Punkt löste bei mir eine Art Empörung aus und ich ging meinen Gedanken darüber nach, warum für mich Demokratie ganz selbstverständlich mit Freiheit verbunden ist.

Erinnern wir uns: Bis 1990 gab es die Deutsche Demokratische Republik. Vieles, was die Beschreibung »demokratisch« oder »frei« im Namen trägt, hat mit Demokratie wenig zu tun. So verhielt es sich mit den staatlich diktierten Massenorganisationen der DDR wie der Freien Deutschen Jugend (FDJ) oder dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB), die in ihren Bezeichnungen den Namen »Freiheit« trugen, aber deshalb noch nicht frei und demokratisch waren. An der Oberfläche beinhaltete das politische System



Demokratie braucht Freiheit: Viele evangelische Christinnen und Christen setzen sich in der DDR für Veränderungen ein, hier bei einem »Kirchentag von unten« im Juni 1988 in Halle.

DDR Elemente einer bürgerlichen Demokratie, sie war aber von Anfang an ein Staat, der sich als Diktatur des Proletariats verstand und eine sozialistische Gesellschaft nach sowjetischem Modell zum Ziel hatte.

Unsere Nordkirche, die bundesweit jüngste evangelische Landeskirche, wurde Pfingsten 2012 gegründet. Sie ist ein Zusammenschluss der früheren Nordelbischen Kirche, der Landeskirche Mecklenburgs und der Pommerschen Kirche – die Fusion von Landeskirchen der alten Bundesrepublik und in der ehemaligen DDR. Ich selber habe fast die Hälfte meines Lebens in diesem Land, der DDR, gelebt und gearbeitet. Schon den Kindern wurde beigebracht, zu bestimmten Dingen nicht die eigene Meinung zu sagen, denn das konnte negative Konsequenzen haben und Bestrafung bedeuten bis hin zum Freiheitsentzug. Als Jugendlicher und

junger Erwachsener habe ich mir zusammen mit wenigen anderen Freiheiten genommen und jede Bevormundung in den Wind geschlagen, dabei bewegten wir uns auf »dünnem Eis« und riskierten Repressalien im privaten und beruflichen Alltag. Folglich forderten viele evangelische Christen in der DDR schon lange vor der friedlichen Revolution im Herbst 1989 die Demokratisierung des Sozialismus.

Meine Erfahrungen führten mich zu der Einsicht: Ohne Freiheit sind demokratische Prozesse undenkbar. Der Mut einer Minderheit, die sich die Freiheit genommen hatte, eine andere Gesellschaft zu denken, führte wenige Jahre später zum friedlichen Aufbegehren der Menschen in der DDR, zum Fall der Mauer und schließlich zur Wiedervereinigung Deutschlands. Die persönliche, souveräne und bürgerliche Freiheit wurde zurückerobert.

Freiheit und Gleichheit – zentrale Werte im Konflikt

Jedoch gerade nach der Wiedervereinigung hat der Wert der Freiheit im Vergleich zum Wert der Gleichheit in der Bevölkerung an Ansehen verloren. Dabei begleiten uns seit der Französischen Revolution der Leitspruch und zugleich die Forderung nach Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Schon der Aufbruch in die Demokratie seit dem 19. Jahrhundert beinhaltet den Konflikt, der bis heute für Diskussionsstoff sorgt: zwischen dem Wert der Freiheit und dem der Gleichheit. Es stellt sich die Frage, ob wir zugunsten der Gleichheit auf Freiheit verzichten wollen oder umgekehrt den Wert der Freiheit höher schätzen und dafür Ungleichheit in Kauf nehmen?

Freiheit oder Gleichheit – was schätzen wir höher?

Mit dem Aufkommen der »sozialen Frage« seit dem 19. Jahrhundert, dem Erstarken der Arbeiterbewegung hat sich der Diskurs über Demokratie im Kontext von Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit verändert. Mit der Industrialisierung veränderten sich die Arbeits- und Lebensbedingungen für breite Schichten von Grund auf und die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit rückte in den Mittelpunkt gesellschaftlicher Konflikte. Erst mit Bismarcks Sozialreformen am Ende des 19. Jahrhunderts gab es zumindest für einen Teil der Bevölkerung Schutz bei Krankheit und Arbeitslosigkeit sowie finanzielle Absicherung im Alter. Die bisweilen widersprüchlichen Werte von Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit sind seither Gegenstand gesellschaftlicher Grundsatzdebatten. Der Sozialphilosoph Max Horkheimer beklagte noch kurz vor seinem Tod 1973 diesen Spagat: »Je mehr Gerechtigkeit, desto weniger Freiheit, je mehr Freiheit, desto weniger Gerechtigkeit.« Das ist problematisch, denn einerseits ist die Akzeptanz des Wertes Freiheit groß, andererseits bedeutet das Intervenieren des Staates zugunsten von mehr Gerechtigkeit die Einschränkung individueller Freiheit.¹

Im vergangenen Jahr wurde die Publizistin Carolin Emcke mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels ausgezeichnet. In ihrer Dankesrede forderte sie die Zivilgesellschaft auf, sich einzumischen. »Freiheit ist nichts, was man besitzt, sondern etwas, das man tut.« Auch die Demokratie hat mit Widersprüchen und Konflikten zu kämpfen, die wir aushalten müssen. Demokratie wird lebendig, wenn wir als selbstbewusste und eigenwillige Bürgerinnen und Bürger unsere individuelle Freiheit zur selbstständigen Lebensgestaltung tatsächlich nutzen können. Dafür brauchen wir die notwendige soziale Sicherheit für alle Gesellschaftsmitglieder, aber auch immer wieder zivilgesellschaftliches Engagement, denn Demokratie und individuelle Freiheit sind keineswegs Selbstläufer, wie die Gegenwart in erschreckender Weise verdeutlicht. Demokratie, die Teilhabe an gesellschaftlich-politischer Macht, ist ein öffentliches Gut, für das wir uns einsetzen und das wir schützen müssen.

Die Reformation als Wegbereiter der Demokratie

In diesem Jahr feiern wir das Jubiläum den 500. Jahrestag von Luthers Thesenanschlag. Die Evangelisch-Lutherische Kirche beruft sich auf sein Wirken. Springen wir also gedanklich in das Jahr 1508, als der Mönch Martin Luther nach Wittenberg kommt und dort im Jahr 1517 seine berühmten 95 Thesen veröffentlicht. Diese waren von Luther zunächst als eine Diskussionsgrundlage gedacht, aber sie trafen einen Nerv mit ihrer Kritik am Bußsakrament und dem Ablasshandel, mit dem die damalige katholische Kirche die Gewissen der Menschen belastete und ängstigte. Seine Gegner zwangen Luther dazu, sich auch gegen Konzilsbeschlüsse und den Papst zu wenden. 1520 schrieb er dann die berühmte Schrift »Von der Freiheit eines Christenmenschen« mit der eingängigen Doppelthese: »Ein Christenmensch ist ein freier Herr über alle Dinge und niemand Untertan. Ein Christ ist ein dienstbarer Knecht aller Dinge und jedermann Untertan.« Das war die entscheidende Einsicht aus der biblischen Erkenntnis heraus, dass der Mensch sein Heil und seine Freiheit nicht aus sich selbst oder von Kirche und Staat hat, sondern als Geschenk Gottes. Das war nicht politisch gemeint,

aber es hatte enorme Auswirkungen auf alle kulturellen und gesellschaftlichen Bereiche. Das sollte sich zeigen, als er 1521 vor Kaiser und Reich bekräftigte, dass er es nur widerrufen könne, wenn er durch Vernunft und die Schrift in seinem Gewissen überzeugt würde: »Hier stehe ich und kann nicht anders«. Das war revolutionär und hat die weitere Entwicklung zutiefst geprägt.

Freiheit als Geschenk Gottes.

Auch die Bundesregierung hat zum Luther-Jubiläum eine Positionsbeschreibung vorgelegt, vergleichbar einer amtlichen Sicht auf die Reformation. Das Papier nennt die Reformation das, was sie ohne Frage war: eines der zentralen Ereignisse der deutschen Geschichte. Und, so heißt es dort weiter: »Die Aufklärung, die Menschenrechte und auch die Demokratie heutiger Prägung wurden durch die Reformation entscheidend beeinflusst.«² Freiheit und Mitgestaltung waren damals und sind heute treibende Kräfte gesellschaftlicher Entwicklung.

Demokratie und Freiheit in Gefahr

Der erste afroamerikanische Präsident der US-amerikanischen Geschichte warnte in seiner Abschiedsrede im Januar 2017 die Menschen davor, sich in »Blasen«, also abgeschlossene Welten, zurückzuziehen. Verhärtete Positionen und eine selektive Wahrnehmung der Realität stellten eine Bedrohung für die Demokratie dar. Zunehmend würden die Menschen nur noch Nachrichten akzeptieren, die zu ihren Meinungen passen, ob sie wahr seien oder nicht.

Wir leben in einer spannenden multimedialen Zeit. Das Internet ist keine Bedrohung, sondern bietet die Möglichkeit, uns vielseitig zu informieren und weltweit zu vernetzen. Vielleicht erschwert uns diese Flut an Informationen manchmal auch die Meinungsbildung und verunsichert. Jede und jeder kann sich für einen Weg entscheiden, wenn er oder sie sich Ziele setzt. Wir haben die Freiheit zu wählen. Ge-

meint ist damit nicht die verklärte Freiheit des Wilden Westens mit dem Recht des Stärkeren im Kampf um Besitzstände, sondern das Recht und Angebot, unser eigenes Leben und unsere Gesellschaft mitzugestalten. Populisten machen sich derzeit das Anwachsen sozialer Ungleichheit und die Unzufriedenheit der Bürger zunutze. Sie schüren und benutzen die Angst der Bevölkerung vor einer ungewissen Zukunft und konstruieren daraus eine Botschaft der Fremdenfeindlichkeit und des Fremdenhasses. Auf der Suche nach einem Ausweg aus den Ängsten hin zu einer scheinbaren Klarheit und Übersichtlichkeit der Welt lassen sich im Moment viele Menschen verführen und stellen dabei zentrale Werte in Frage. Deshalb sind Freiheit und Demokratie in Gefahr. Ein paraphrasiertes Zitat von Benjamin Franklin ist in diesen Tagen besonders aktuell: »Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, der wird am Ende beides verlieren.«³ Unser Bedürfnis nach Geborgenheit und Leben in Sicherheit ist natürlich, jedoch müssen mit Blick auf sicherheitspolitische Überlegungen auch im Kampf gegen Terrorismus Grundrechte unverletzbar bleiben. Es gilt, die offene Demokratie zu verteidigen. Dafür müssen wir, ganz im lutherischen Sinn, persönlich eintreten, damit sich die deutsche Geschichte von 1933 nicht wiederholt.

Wir müssen für die Demokratie persönlich eintreten.

Nehmen wir in diesem Sinn also das Reformationsjubiläum an, als eine Herausforderung für unser Denken und Handeln. Die Reformation in ihrer Leidenschaft für Wahrheit und Freiheit wird uns weiter bewegen und unsere Kirche, die eine Reformation nicht nur hinter sich hat, sondern andauernd vor sich. Wir sollten diesem Geist der Reformation mit der Bereitschaft zur Gestaltung und Erneuerung verbunden bleiben.

¹ Bundeszentrale für politische Bildung (2013): Politische Grundwerte. Über Freiheit und Gleichheit, www.bpb.de/apuz/166649/ueber-freiheit-und-gleichheit (zuletzt abgerufen 20.1.2017).

² Bundesbeauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (Hrsg.) (2017): Die Bundesregierung und das Reformationsjubiläum 2017 – eine Positionsbeschreibung, Berlin.

³ Dr. Benjamin Franklin's nachgelassene Schriften und Correspondenz, nebst seinem Leben. Band 3. Franklin's Leben ersten Theil enthaltend, Weimar 1818.

Alle Macht den Verbrauchern?



Sind Kaufentscheidungen demokratische Abstimmungen am Ladentisch darüber, was auf welche Weise produziert wird? Theoretisch ja. Aber in der Praxis gibt es einige Hindernisse, wenn man sich mit dem eigenen Einkauf für mehr Nachhaltigkeit einsetzen will. Und daneben ist immer noch gesellschaftliches Engagement nötig, um Veränderungen zu erreichen.

Von Ulrich Ketelhodt

In Diskussionen in meinem Arbeitsfeld Landwirtschaft und Ernährung wird diese Argumentationsfigur immer wieder gern ergriffen: Wenn das Angebot von Waren nicht ökologisch korrekt ist, dann sind die VerbraucherInnen schuld. Schließlich kaufen sie SUVs, Fleisch, Billigklamotten und Flugreisen. Sie haben wohl noch nicht das richtige Bewusstsein oder gerade das richtige – je nach Standpunkt, aber auf jeden Fall haben sie die Verantwortung dafür, dass die Dinge in die bestehende Richtung laufen. Zugleich beteuern sehr viele KundInnen, dass sie beim Einkauf ökologische Gesichtspunkte berücksichtigen – und im Laden wieder vergessen. Dadurch verlieren die »Weltretter« an Glaubwürdigkeit. Aber ist denn das Einkaufsverhalten einzelner

Kann das Einkaufsverhalten Einzelner die Welt retten?

Menschen geeignet, um die Welt zu retten? Die Diskussion über »Wollen wir, was wir sollen?«¹ hatte zu Beginn dieses Jahrhunderts einen Höhepunkt. Doch mir erscheint ein Blick auf das Spannungsfeld zwischen privatem und gesellschaftlichem Engagement weiterhin wichtig.

Den KonsumentInnen wird es nicht leicht gemacht, sich »richtig« zu entscheiden. Aber es stellt sich auch die Frage, ob die Entscheidung am Ladentisch überhaupt weitreichend genug ist, um umzusteuern in Richtung mehr Ökologie. Im Folgenden einige Überlegungen dazu.

Mehr Konsum gleich größerer Fußabdruck

Die Mehrheit der Menschen, die sich für nachhaltigen Konsum interessieren, gehört zu den Besserverdienenden und gibt ihr Geld auch aus². Mehr Konsum, also mehr Wohnfläche, weitere Urlaubsreisen usw., verursachen einen größeren Ökofußabdruck. Finanzielle Ausgleichszahlungen in einen Fonds, der anderswo Bäume pflanzt, beruhigen das Gewissen und stehen subjektiv für Schritte der Veränderung. Für nachhaltigeren Konsum, also mit möglichst kleinem Fußabdruck, stehen u. a. die Stichworte Konsum ohne Besitz, faire Produkte, energieeffiziente und emissionsarme Produkte und Suffizienz.

Konsequenzen global – und nicht zu überblicken

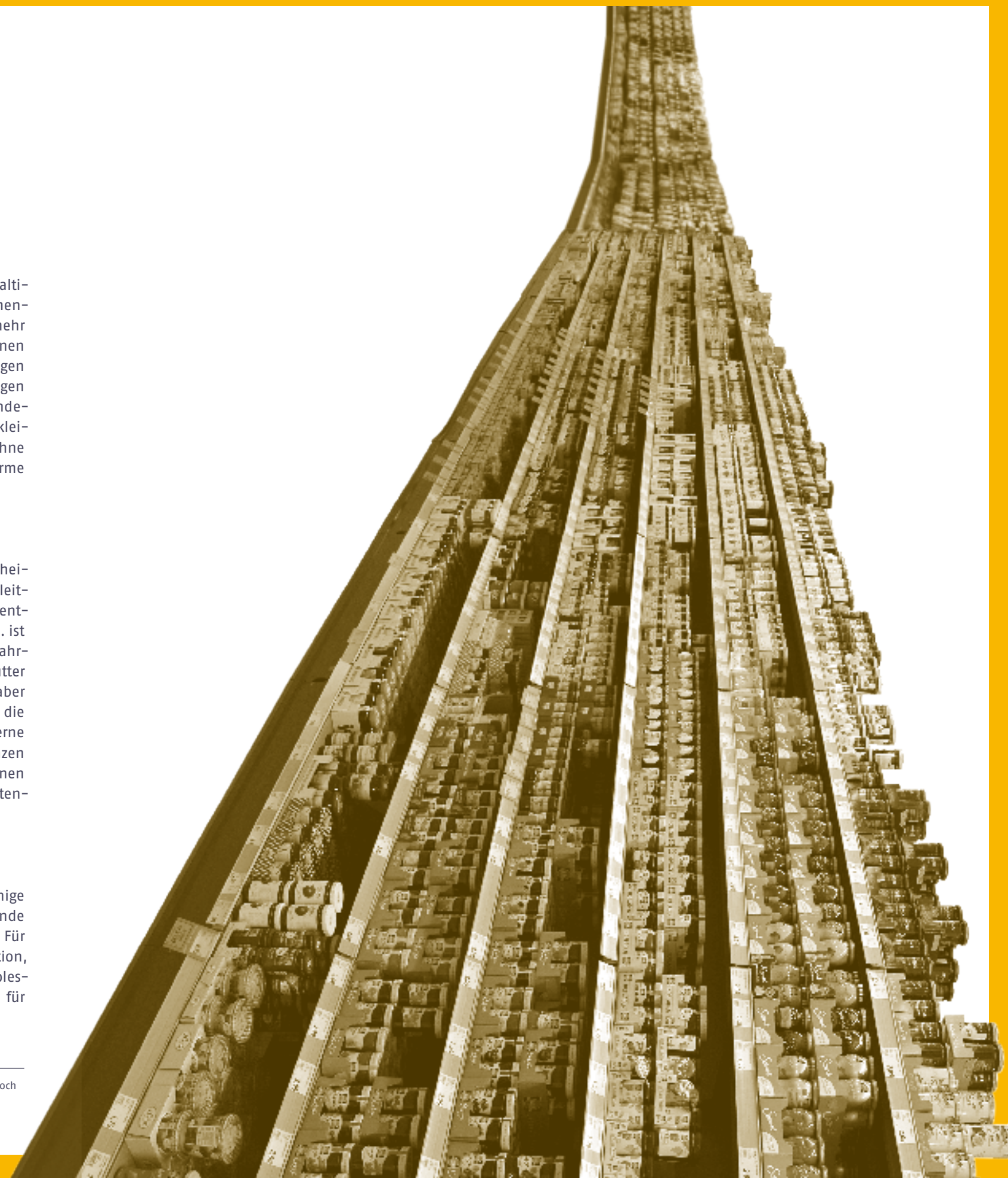
Es ist nicht leicht, sich gegen ein Produkt zu entscheiden, wenn die negativen ökologischen und sozialen Begleiterscheinungen der Herstellung sich der Wahrnehmung entziehen. Die Welt der landwirtschaftlichen Produktion z. B. ist für die meisten BundesbürgerInnen nicht persönlich erfahrbar, etwa wenn das Rind hier im Stall steht, aber das Futter aus Südamerika kommt. Es gibt Informationen darüber, aber das alles ist wenig anschaulich. Qualität und erst recht die ökologische Bilanz von Herstellung und Entsorgung (externe Kosten) sind im Laden nicht beurteilbar. Die Konsequenzen unserer Kaufentscheidungen sind global, aber wir können das nicht überblicken. Die viel beschworene Konsumentensouveränität ist so nicht möglich.

Kurzlebigkeit schafft Umsatz

Verbraucherorganisationen kritisieren, dass einige Geräte eine Sollbruchstelle haben, die kurz nach dem Ende der Garantiezeit auch das Ende der Nutzung bedeutet. Für die Kaufentscheidung wäre das eine wichtige Information, die aber selbstverständlich nicht offengelegt wird. Obsoleszenz ist das Stichwort. Ein neues Gerät muss her und für Umsatz ist gesorgt.

¹ Brand, Karl-Werner (2000): Wollen wir, was wir sollen? Plädoyer für einen dialogischpartizipativen Diskurs über nachhaltige Entwicklung, in: Andreas Fischer / Gabriela Hahn (Hrsg.): Vom schwierigen Vergnügen einer Kommunikation über die Idee der Nachhaltigkeit, Frankfurt/M., S. 12–34.

² imug Konsumstudie (2014): Nachhaltiger Konsum: Schon Mainstream oder noch Nische?, im Auftrag der REWE Group, www.imug.de/index.php/nachhaltiger-konsum/nachhaltiger-konsum.html (zuletzt aufgerufen 16.2.17), S. 35.



Überfluss wirkt entmündigend

Die Vielfalt der gleichen oder sehr ähnlichen Produkte ist für die KonsumentInnen unübersichtlich und verwirrend. Der Vergleich dieser Produkte nach den Kriterien Verpackungsgröße, Inhaltsstoffe, Preis, Herkunft, Siegel u. a. überfordert die Menschen in den Läden und führt letztendlich dazu, dass VerbraucherInnen vor der Informationsflut resignieren und keine rationale Entscheidung mehr treffen können. Das Signal an die Produzenten verliert die Steuerungsfunktion.

Preissignale sind ungeeignet

Ach wäre doch alles gut, was teuer ist! Wir würden uns viele Dinge nicht leisten können, aber wir könnten uns im Supermarkt orientieren. Leider lügen die Preise, denn oft zahlen andere für unseren Konsum mit ihrer Lebensqualität (Arbeitsbedingungen in den Textilfabriken in Asien); oder ein billig hergestelltes Produkt hat einen hohen Ladenpreis, weil es einen bestimmten Lebensstil verspricht, der gerade angesagt ist.

Konzerninteressen gegen eine ökologischere Wirtschaft

Die Konzerne wollen Geld verdienen, wie alle Unternehmen. Aktiengesellschaften werden in der Regel zusätzlich getrieben von den Verzinsungsforderungen der Anteilseigner. Höhere Gewinne sind leider nicht immer mit mehr Ökologie zu erzielen; und mehr Wirtschaftsmacht und Einfluss in wenigen Händen dienen meist anderen Zielen als einer nachhaltigen Wirtschaftsweise.³

Hier kommen strukturelle Aspekte in den Blick, die weniger mittels privater Kaufentscheidungen als eher durch politische Entscheidungen zu beeinflussen sind. Neben individuellen Lösungsversuchen ist gesellschaftliche Willensbildung gefragt. Wer sich seine eigenen Karotten zieht und/oder wer sich gesellschaftlich einmischt, verändert die Welt. Im Weiteren gesellschaftliche Handlungsfelder:

Öffentliche Mittel und Steuern

Es gibt viele Beispiele, wie die Finanzpolitik Signale setzt, z. B. mit der Kerosin- und Dieselbesteuerung, die für einen nachhaltigen Konsum falsche Anreize gibt⁴. Ein Beispiel öffentlicher Zuwendung: Landwirtschaftliche Betriebe bekommen durchschnittlich etwa die Hälfte ihres Einkommens als EU-Direktzahlungen. Die ganz großen Betriebe erhalten die gleichen Zuwendungen je Hektar wie die mittelständischen. Trotzdem ist in diesem Wirtschaftsbereich von »Marktwirtschaft« und von »Angebotssteuerung durch Nachfrage« die Rede. Erstaunlich, denn zugleich wird beklagt, dass die mittelständischen Betriebe ihre Tore schließen und der Ökoanbau nicht über ein paar Prozentpunkte kommt.

Ich wiederhole meine Frage vom Beginn: Ist das Einkaufsverhalten einzelner Menschen (privates Nachhaltigkeitshandeln) geeignet, die Welt zu retten? Konsumverhalten kann einen großen Beitrag leisten, aber es besteht die Gefahr, dass »Konsumieren ... mit politischer Aktivität verwechselt (wird), jeder Gang in den Biosupermarkt wird zur zivilgesellschaftlichen Partizipation. In Wirklichkeit ist es umgekehrt: Politik und mit ihr das gute Gewissen wird zur konsumierbaren Ware.«⁵

Die privaten Kauf- und Nichtkaufentscheidungen können eine Vorbildwirkung haben, wenn es z. B. zunehmend schick wird, einen eigenen Kaffeebecher mitzubringen und den Einwegbecher zu ächten. Die Kaufentscheidungen sind Signale für die zukünftige Produktion der Güter, die Wirkung ist aber aus den dargelegten Gründen nur unzureichend. Volkswirtschaftlich gesprochen: Wir VerbraucherInnen haben nur eine eingeschränkte Konsumentensouveränität, denn wir sind nicht vollständig informiert, handeln nicht rational und es herrscht keine vollkommene Konkurrenz.⁶

Um wirksamen Einfluss zu nehmen, muss die Mitwirkung der BürgerInnen am politischen Nachhaltigkeitsdiskurs dazukommen. Mit diesem Diskurs ist nicht die öffentliche Moralisation des privaten Verhaltens (Umweltsünder) gemeint, sondern das Engagement für verbindliche Rahmen-

bedingungen. Für dieses Engagement bietet unser politisches System Foren wie Parteien, Wahlen, Verbände u. v. m. Auch Veränderungsprozesse am eigenen Arbeitsplatz anzustoßen gehört dazu. Gemeinsames Handeln ist das beste Rezept gegen Ohnmachtsgefühle, die sich sowohl im Supermarkt wie auch beim politischen Engagement einstellen können.

Gemeinsames Handeln – das beste Rezept gegen Ohnmacht.

Nicht weniger als die Zukunft unserer Demokratie steht auf dem Spiel, wenn wir gemeinsam keine demokratischen Antworten finden auf die ökologischen Herausforderungen wie den Klimawandel. Die Führer mit den einfachen Antworten bringen sich bereits in Stellung.

Mehr zu diesem Thema:

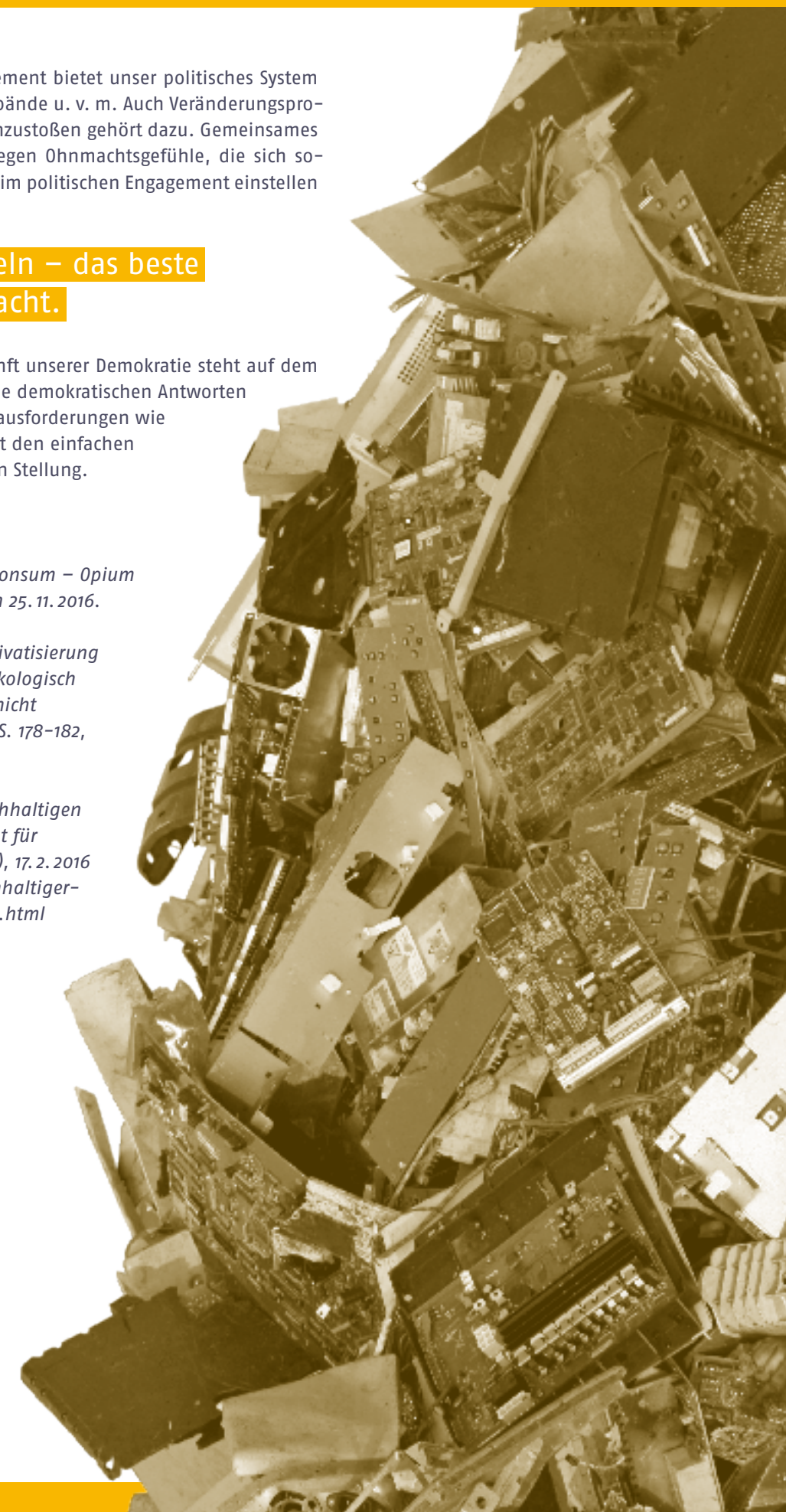
- Rathfelder, André: *Bewusster Konsum – Opium fürs Volk*, www.freitag.de, vom 25. 11. 2016.
- Grunwald, Armin: *Wider die Privatisierung der Nachhaltigkeit – Warum ökologisch korrekter Konsum die Umwelt nicht Retten kann*, in: *GAIA 3–2010*, S. 178–182, und *Diskussion in GAIA 1–2011*.
- imug: *Indikatoren für den Nachhaltigen Konsum, Kurzstudie für den Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE)*, 17. 2. 2016 www.imug.de/index.php/nachhaltiger-konsum/nachhaltiger-konsum.html (zuletzt aufgerufen 16. 2. 17).

³ Über die Macht der Konzerne in der Agrar- und Lebensmittelindustrie: Konzernatlas 2017, hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung u. a., Berlin.

⁴ Borkum statt Bali – Umweltbundesamt mahnt zum Verzicht auf Flugreisen, Wirtschaftswoche 4. 7. 2016, www.wiwo.de/technologie/umwelt/borkum-statt-bali-umweltbundesamt-mahnt-zum-verzicht-auf-flugreisen/13825196.html (zuletzt aufgerufen 16. 2. 17).

⁵ Behr, Dieter / Bolyos, Lisa (2008): *Schlafende Riesen? Kritik des kritischen Konsums und Thesen zu Brüchigkeiten in der Wertschöpfungskette*, in: *Kurswechsel* 3–2008, S. 70–79.

⁶ <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/konsumentensouveraenitaet.html#erklaerung> (zuletzt aufgerufen 16. 2. 17).



Das KDA-Team



GUDRUN NOLTE-WACKER M. A.

*Sozialpsychologin und Soziologin,
Leiterin des KDA der Nordkirche*

Dorothee-Sölle-Haus, Königstr. 54, 22767 Hamburg
Fon 040 / 30 620-1351, Fax 040 / 30 620-1359
gudrun.nolte-wacker@kda.nordkirche.de



KERSTIN ALBERS-JORAM M. A.

*Referentin für betriebsbezogene Arbeit
und Handwerk*

Dorothee-Sölle-Haus, Königstr. 54, 22767 Hamburg
Fon 040 / 30 620-1352, Fax 040 / 30 620-1359
kerstin.albers-joram@kda.nordkirche.de



PASTORIN RENATE FALLBRÜG

Führungskraftarbeit und Unternehmensethik

Dorothee-Sölle-Haus, Königstr. 54, 22767 Hamburg
Fon 040 / 30 620-1361, Fax 040 / 30 620-1359
renate.fallbrueg@kda.nordkirche.de



FRANK HEIDRICH M. A.

Veranstaltungs- und Bildungsmanagement

Dorothee-Sölle-Haus, Königstr. 54, 22767 Hamburg
Fon 040 / 30 620-1355, Fax 040 / 30 620-1359
frank.heidrich@kda.nordkirche.de



ANGELIKA KÄHLER

*Dipl.-Sozialwirtin, Referentin für Arbeit
und Gesundheit*

Dorothee-Sölle-Haus, Königstr. 54, 22767 Hamburg
Fon 040 / 30 620-1357, Fax 040 / 30 620-1359
angelika.kaehler@kda.nordkirche.de



PD DR. RALF PTAK

*Wirtschaftswissenschaftlicher Referent, Privatdozent
für ökonomische Bildung an der Universität Köln*

Dorothee-Sölle-Haus, Königstr. 54, 22767 Hamburg
Fon 040 / 30 620-1356, Fax 040 / 30 620-1359
ralf.ptak@kda.nordkirche.de



HEIKE RIEMANN

Betriebswirtin, Regionsleiterin Hamburg

Haus der Kirche, Hölertwiete 5, 21073 Hamburg
Fon 040 / 51 90 00-942, Fax 0431 / 51 90 00-984
heike.riemann@kda.nordkirche.de



KATHLEEN SCHULZE

Sekretariat, Hamburg

Dorothee-Sölle-Haus, Königstr. 54, 22767 Hamburg
Fon 040 / 30 620-1350, Fax 040 / 30 620-1359
kathleen.schulze@kda.nordkirche.de



MARTINA SCHMIDT

Sekretariat Lübeck und Projektmanagement

Breite Straße 48 a, 23552 Lübeck
Fon 0451 / 891-574, Fax 0451 / 891-695
martina.schmidt@kda.nordkirche.de



RÜDIGER SCHMIDT

*Gemeindepädagoge, Kultur- und Bildungsmanager,
Regionsleiter Lübeck/Lauenburg und Ostholstein*

Breite Straße 48 a, 23552 Lübeck
Fon 0451 / 891-574, Fax 0451 / 891-695
ruediger.schmidt@kda.nordkirche.de



DR. STEFAN ATZE

Theologe und wirtschaftsethischer Referent

Evangelisches Zentrum, Gartenstr. 20, 24103 Kiel
Fon 0431 / 55 779-420, Fax 0431 / 55 779-499
stefan.atze@kda.nordkirche.de



MAIKE HAGEMANN-SCHILLING

*Dipl.-Pädagogin, Referentin für
das EU-Projekt SEMPRES, Kiel*

Evangelisches Zentrum, Gartenstr. 20, 24103 Kiel
Fon 0431 / 55 779-421, Fax 0431 / 55 779-499
maike.hagemann-schilling@kda.nordkirche.de



ULRICH KETELHODT

*Dipl.-Ing. agr., wissenschaftlicher Referent
für Landwirtschaft und Ernährung*

Evangelisches Zentrum, Gartenstr. 20, 24103 Kiel
Fon 0431 / 55 779-418, Fax 0431 / 55 779-499
ulrich.ketelhodt@kda.nordkirche.de



INGE KIRCHMAIER

Dipl.-Pädagogin, Regionsleiterin Altholstein

Evangelisches Zentrum, Gartenstr. 20, 24103 Kiel
Fon 0431 / 55 779-423, Fax 0431 / 55 779-499
inge.kirchmaier@kda.nordkirche.de



MONIKA NEHT

Dipl.-Soziologin, wissenschaftliche Referentin

Evangelisches Zentrum, Gartenstr. 20, 24103 Kiel
Fon 0431 / 55 779-424, Fax 0431 / 55 779-499
monika.neht@kda.nordkirche.de



CORNELIA WILLRODT

Sekretariat Kiel

Evangelisches Zentrum, Gartenstr. 20, 24103 Kiel
Fon 0431 / 55 779-400, Fax 0431 / 55 779-499
cornelia.willrodt@kda.nordkirche.de



JOCHEN PAPKE

Diakon, Regionsleiter Westküste

Markt 28, 25746 Heide
Fon 0481 / 68 91-75, Fax 0481 / 616-78
jochen.papke@kda.nordkirche.de



PASTOR DR. JÜRGEN KEHNSCHERPER

Regionsleiter Mecklenburg-Vorpommern

Am Ziegenmarkt 4, 18055 Rostock
Fon 0381 / 25 224-38
juergen.kehnscherper@kda.nordkirche.de



CHRISTIAN PETERS

Sozialökonom

Am Ziegenmarkt 4, 18055 Rostock
Fon 0381 / 37 56 853
christian.peters@kda.nordkirche.de



PASTORIN FRANZISKA WELLS

*Evangelisches Pfarramt Tutow
Platz der Einheit 1a, 17129 Tutow*

bis 31.12.2016

HERAUSGEBER

Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt
Hauptbereich 2 für Seelsorge, Beratung und ethischer Diskurs
Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland
Königstraße 54, 22767 Hamburg

www.kda.nordkirche.de

VERANTWORTLICH FÜR DEN INHALT

Gudrun Nolte-Wacker

REDAKTION

Inge Kirchmaier
Monika Neht
Gudrun Nolte-Wacker
Ralf Ptak

TEXTREDAKTION

Detlev Brockes
www.detlevbrockes.de

GESTALTUNG UND SATZ

Und Schwarz. Designbüro
www.undschwarz.de

BILDNACHWEIS

Martin Weinhold: Seite 3
Marcelo Hernandez / Nordkirche: Seite 4
epd-bild / akg-images: Seite 5
epd-bild / akg-images: Seite 7
iStock: Seite 13
bpk | Bayerische Staatsgemäldesammlungen: Seite 18/19
Fotolia: Seite 27
Maike Hagemann-Schilling: Seite 28/29
iStock: Seite 30
Ulf Dahl: Seite 35
vhw: Seite 40
iStock: Seite 44/45
Peter Bisping: Seite 56
Handwerkskammer Hamburg: Seite 59
epd-Bild / Bernd Bohm: Seite 63
iStock: Seite 69
Martin Weinhold: Seite 70/71

DRUCK UND BINDUNG

nndruck, Kiel
Papier: Circle Offset Premium White
Auflage: 2500

Kiel, Mai 2017



www.kda.nordkirche.de



Evangelisch-Lutherische
Kirche in Norddeutschland

